REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2,— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Anzeigenpreise Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 85 A — BERLIN • Dienstag, den 12. April 1932 — 1. JAHRGANG

Sieg Hindenburgs — und Vormarsch des Faschismus.

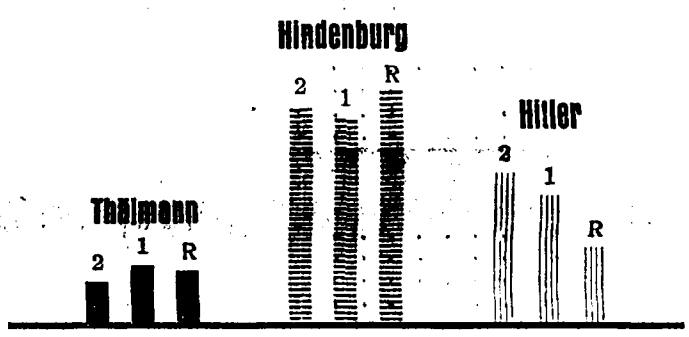
W-er. Das Ergebnis des zweiten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl kommt gewiß für niemanden überraschend, insofern, als jeder einigermaßen rechnende Mensch den Sieg HINDENBURGS voraussehen konnte. Auch daß die Stimmen, die im ersten Wahlgang auf den HUGENBERG-Kandidaten DUESTERBERG entfallen waren, zwischen HINDENBURG und HITLER geteilt werden würden, und daß davon den größeren Teil HITLER bekommen würde, war nicht schwierig vorauszuraten. Ueberraschend aber kommt sicher dreierlei: die im allgemeinen wenig verminderte Wahlbeteiligung, die Stabilität der HINDENBURG- und HITLER-Zahlen und die ungeheure Abnahme der THÄLMANN-Stimmen.

Fraglos erklärt sich die große Abnahme der THÄLMANN-Stimmen in der Hauptsache dadurch, daß gerade auf kommunistischer Seite die Wähler zu Hause geblieben sind, in der an sich richtigen Ueberzeugung, daß die für THÄLMANN abgegebenen Stimmen das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl in keiner Weise beeinflussen könnten. Daß es trotzdem ein Fehler war, nicht zur Wahlurne zu gehen, liegt selbstverständlich auf der Hand; denn HITLER hat vorläufig die propagandamäßig starke Parole für sich, daß sich die für ihn abgegebenen Stimmen von Mal zu Mal vermehren, während das für die Kommunistische Partei nicht nur nicht zutrifft, sondern viele gerade weniger krisenfeste Wähler zurückschreckt. Gerade wenn man bedenkt, daß die „Rote Fahne" noch am Sonntag morgen geschrieben hat: „Jeder muß heute zur Wahl gehen; wer zu Hause bleibt, hilft dem Klassenfeind!", dann ist die Trägheit eines großen Teiles der „revolutionären Avantgarde" um so nachdrücklicher zu bewerten; denn nichts anderes kann im allgemeinen jemanden davon zurückgehalten haben, seinen Zettel auch das zweite Mal in die Wahlurne zu stecken. Freilich hat die KP manches dazu getan, die Ueberzeugung von der Wichtigkeit dieser Wahl bei ihren eigenen Genossen abzuschwächen, indem sie allzu freigebig mit dem billigen Schlagwort vom parlamentarischen Kretinismus hausieren ging, ohne die Folge zu bedenken, daß dann mancher sich schon geistig gesund dünkt, wenn er eine parlamentarische Wahl gering einschätzt. Ueberhaupt hat sicher das Hin und Her der kommunistischen Taktik, dessen vorläufiger Gipfel wohl die Beteiligung am vorjährigen „Stahlhelm"- und HITLER-Volksentscheid darstellt, die KP-Wähler verwirrt. Dieser Vorwurf kann der KP unter keinen Umständen erspart bleiben und dürfte ihr vor allen Dingen von den kommunistischen Parteigenossen selber nicht erspart werden, wenn diese Partei noch lange Wert darauf legt, politisch ernst genommen zu werden.

„Der „Vorwärts", von dem FRANZ MEHRING einmal gesagt haben soll, er sei das sittlich verkommenste Blatt, beeilt sich, selbst wenn FRANZ MEHRING dies nicht gesagt haben sollte, wenigstens den Nachweis zu führen, daß er es mit Recht gesagt haben könnte. Was hier an Verdrehung geleistet wird und an Liebedienerei für HINDENBURG übersteigt in der Tat alle Vorstellungen. Zunächst die Verdrehung: „Die Zahl der THÄLMANN-Wähler, die für HITLER gestimmt haben, geht für ganz Deutschland hoch in die Hunderttausende, mit einer halben Million dürfte sie eher zu gering geschätzt sein." Der „Vorwärts" will den Anschein erwecken, als ließe sich diese Behauptung auf eine rein rechnerische, also gewiß zuverlässige Grundlage stellen. Davon kann natürlich keine Rede sein; denn selbst in den Fällen, in denen HINDENBURG und HITLER mehr Stimmen gewonnen haben als die früheren DUESTERBERG-Stimmen ausmachen, und wo THÄLMANN gleichzeitig an Stimmen verloren hat, ist durchaus nicht sicher, daß diese gerade auf HITLER entfallen sind. Mindestens ebensoviel *Wahrscheinlichkeit*, wenn nicht noch mehr, spricht dafür, daß Kommunisten HINDENBURG gewählt haben aus einem Gefühl der Sorge heraus, HITLER könne doch gegenüber HINDENBURG noch siegen — ganz abgesehen davon, daß es außerdem noch andere Möglichkeiten gibt.

Gesamtergebnisse:

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Reichst. 1930.
Thälmann	3 706 388	4 983 197	4 590 160
Hindenburg	19 359 642	18 650 730	20 850 254
Hitler	13 417 460	11 339 285	6 379 672
Duesterberg	—	2 557 590	2 457 886
Abg. gültige Stimmen	36 491 894	37 647 115	34 958 471



2 bedeutet: 2. Wahlg. 1: 1. Wahlg. R: Reichstagswahl 1930.

Selbstverständlich besteht die *Möglichkeit*, daß manche kommunistischen Wähler diesmal HITLER gewählt haben, aber ebenso besteht die andere, daß manche sozialdemokratischen HINDENBURG-Wähler diesmal THÄLMANN gewählt haben, weil sie den Sieg HINDENBURGS nicht unnötig unterstreichen wollten. Alle diese Vermutungen über Verschiebungen lassen sich mit dem Wahlergebnis durchaus vereinbaren.

Der Sieg HINDENBURGS ist für den „Vorwärts" Grund, zu behaupten: „Der Faschismus hat die Entscheidungsschlacht verloren. . . . Wenn HINDENBURGS Stimmenzahl dennoch . . . gesteigert werden konnte, so ist das zweifellos das Verdienst der Eisernen Front und der Sozialdemokratischen Partei. . . . Käme es auf die Kommunisten an, dann wäre HITLER heute Reichspräsident."

Vielleicht überlegt sich die SP in einer ruhigen Minute, wie es eigentlich kommt, daß die deutsche Arbeiterschaft — um mit Argumenten der SP zu reden — so verwirrt wurde, daß fünf Millionen davon für THÄLMANN stimmen. Der einzige und zureichende Grund dafür ist der ständige und wiederholte Verrat aller sozialistischen Prinzipien seitens der SP. Nur die Ueberzeugung, daß diese Partei eine über alle Maßen traurige Erscheinung der proletarischen Bewegung darstellt, läßt die ungeheure Masse von Arbeitern ihr Heil in der KPD erblicken, obwohl sie von politischen und manchen andern Fehlern geradezu strotzt. Wie wenig inneren Gehalt die SPD hat, sieht man daran, daß solche Gedankengänge der Führung dieser Partei offenbar völlig fernliegen. In einer unglaublich selbstgefälligen Art verbucht sie die HINDENBURG-Stimmen, geradezu, als ob HINDENBURG ihr Parteimitglied sei, und sie wagt es, in Fettdruck zu erklären: „Die Führung auf diesem Wege (aus der Wirtschaftskrise heraus) gehört von heute ab noch eindeutiger als je zuvor der Sozialdemokratischen Partei."

Die SPD hat den Anspruch auf Führung der Massen aus den Niederungen heraus längst verwirkt. Sie hat die Massen jahrzehntelang geführt, und zwar in das Unglück des Weltkrieges hinein, in das fast noch größere Unglück der „Revolution" von 1918, das für die Arbeiterschaft statt des Sozialismus, der im Programm der SPD stand, eine sogenannte demokratische Republik schuf, die unter überaus tätiger Anteilnahme der SPD und ihrer Führer der Hort des Faschismus geworden ist, den sie heute darstellt. Denn das muß der SPD deutlich und immer wieder gesagt werden: Zur Abwehr des Faschismus hat sie beileibe nicht alle Mittel ergriffen, die ihr dafür zu Gebote gestanden haben; es genügt für den Beweis dieser Behauptung der Hinweis, daß SEVERING zwar im Verbieten von proletarischen Kampforganisationen äußerst regsam ist, wie zum Beispiel beim Rotfrontkämpferbund, gegen den sicher nur ein Bruchteil des Materials vorlag, das heute gegen die Mordstoßtrupps der NS vorliegt, und daß SEVERING selber der Oeffentlichkeit — wenn auch viel zu spät — enthüllt hat. Er hat auch bisher noch keine Anstalten gemacht, aus der Veröffentlichung dieses Materials die notwendigen Folgerungen zu ziehen, sondern verläßt sich dabei auf Oberreichsanwalt und frühere Generäle. Diese Tatsachen zu kennen — was man beim „Vorwärts" voraussetzen muß — und gleichzeitig zu behaupten, die Partei der Severinge solle die Führung im Kampf gegen den Faschismus haben, ja, sogar sich über „die Partei des Klassenverrats, die moralisch bankrotte KPD", zu entrüsten —, das setzt eine Gesinnung voraus, deren Kennzeichnung wir hier aus Mangel an passenden Worten unterlassen, wobei wir dem Leser anheimstellen, sich selber ein Urteil darüber zu bilden.

*

Der Faschismus hat beileibe nicht seine Entscheidungsschlacht verloren. Die hat am 10. April überhaupt nicht stattgefunden. Die Entscheidungsschlacht zwischen Faschismus und sozialistischer Arbeiterschaft findet so gut wie sicher überhaupt nicht im Parlament statt. Es bleibt nach wie vor die Aufgabe der Arbeiterschaft, sich für diese Aufgabe, die ihr durch kein Herumdrücken erspart werden kann, rechtzeitig zu rüsten. Nach einem alten und erprobten militärischen Grundsatz ist der Angriff die beste Gegenwehr. Die Arbeiterschaft beschränkt sich seit Jahren auf die bloße Verteidigung und wird dabei von Position auf Position zurückgeworfen. Wann endlich wird man hier das Signal zum Sammeln blasen, eine Truppenschau vornehmen und das Ganze marschbereit machen?

AUS DEM INHALT:

Schanghai Freistaat?
Betriebsanwalt Winter.
Fehlurteile aus der Technik.
Von der Seine bis an die Memel.
Arbeitskämpfe.
Landgericht gegen Noske.
100 kg Kaffee = 36 cbm Gas.

Leipzig, 11. April.

Der ehemalige Leutnant SCHERINGER wurde heute wegen fortgesetzten Hochverrats und Verstoßes gegen § 4, 1 RSchG zu 2½ Jahren Festung verurteilt.

6 Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

*

Wir kommen auf das Urteil noch zurück.

Von der Seine bis an die Memel.

TURATIS Begräbnis.

H. M. Paris, Anfang April.

Am vergangenen Sonntag wurde der italienische Sozialistenführer FILIPPO TURATI in Paris auf dem Père Lachaise begraben. Ein Zug von 8000 Menschen folgte dem Sarg, meist französische Sozialisten, aber auch eine große Zahl von Italienern, die der Faschismus wegen ihrer politischen Gesinnung aus Italien verdrängt hat. Die Fahnen der II. Internationale, der italienischen und französischen Sozialdemokratischen Partei und anderer Organisationen führten den Zug an.

Die Trauerfeier für TURATI wurde nicht zu einer machtvollen Kampfkundgebung gegen den Faschismus. Aus den Worten der Redner klang immer wieder die den Angriffsgeist schwächende Erklärung, daß der Faschismus ja nicht ewig dauern kann.

Die französische „RGO".

Die Zahl der eingeschriebenen Erwerbslosen hat in der letzten Märzwoche zum ersten Mal seit langer Zeit gegenüber der Vorwoche eine Abnahme gezeigt. Diese leise Hoffnung einer Besserung in der Lage der Arbeiterschaft, mag sie auch nur saisonmäßig bedingt sein, trifft gerade zur rechten Zeit ein, um den Streikwillen der Schuh- und Textilarbeiter, die seit Wochen die Angriffe der Unternehmer auf die Löhne abzuwehren suchen, zu stärken.

Annähernd 10 000 Schuharbeiter stehen seit acht Wochen im Streik, rund 8000 Textilarbeiter seit einem Monat. Diese Streiks stehen im wesentlichen unter der Leitung der CGT, dem alten Gewerkschaftsverband. Verhandlungen mit den Unternehmern haben noch kaum stattgefunden, um so mehr Zusammenstöße mit der Sicherheitspolizei, die von Staatswegen zum Zweck der Streikunterdrückung mobilisiert worden ist.

Der bisherige Verlauf des Streiks, wenn er auch noch nicht zu einem Erfolg geführt hat, rechtfertigt aber keineswegs den Lärm der CGTU, des radikalen Verbandes, über Streikbruch und Verrat. Wo liegen denn die Erfolge der CGTU? In Sedan haben sie einen Streikversuch in den Stahlwerken abbrechen müssen, der mit einer Lohnkürzung und der Entlassung von 100 der besten Gewerkschaftsmitglieder endigte. Die CGT hatte sich an diesem Streik nicht beteiligt, Anlaß genug, um die Schuld an dem verlorengegangenen Streik den Reformisten in die Schuhe zu schieben. Im Kohlenbergbau des Nordens schlug die CGTU eine andere Taktik ein: Sie befahl ihren Anhängern, sich nicht an der Urabstimmung zu beteiligen, die die CGT für oder gegen den Streik ausgeschrieben hatte. Begründung? Sie wolle den CGT keine Gelegenheit geben, einen Streik zu führen, der von den Führern ja doch verraten würde.

Bedeutungsvoller als diese Rechtfertigungen, mit denen verfehlte Organisationen das eigene Tun verteidigen, sind die Wirkungen, die die Führung der Organisationen auf die Mitglieder ausüben.

Der Kongreß der CGTU zeigte bei den Delegierten keineswegs das Bewußtsein, einer aufsteigenden Bewegung zu dienen. Man gestand auf diesem Kongreß ein, daß man z. B. bei den Bergleuten wenig Einfluß habe. (Uebrigens heißt es, daß die Unternehmer im Norden es gern sehen, wenn Funktionäre der CGT durch solche der CGTU ersetzt werden. Denn diese lassen sich nicht auf Verhandlungen ein wegen der damit verbundenen „reformistischen Gefahr"; die Unternehmer befinden sich also in der glücklichen Lage, ungefragt handeln zu dürfen, niemandem gegenüberzustehen, der persönlich von ihnen Rechenschaft fordert.)

Wir haben in unserem Artikel: „Die Nacht der Solidarität" die Wiedervereinigung der Straßenbahner mit der alten Gewerkschaft geschildert. Auch in den Reihen der CGTU spürt man, daß diese Rückkehr eine Anzahl weiterer Uebertritte nach sich ziehen wird, daß damit die Politik der CGTU verurteilt ist. Die Nahrungsmittelarbeiter haben sich auf dem Kongreß schon nicht mehr vertreten lassen, die Delegierten der Hafenarbeiter und der Lehrer befanden sich mit der Kongreßleitung im scharfen Widerspruch. Jetzt, Anfang April, haben sich zwei Drittel der Gewerkschaften der Nahrungsmittelarbeiter von der CGTU losgesagt. Die Lehrer des Departements Finistère sind auch ausgeschieden. In der Gewerkschaftsbewegung zeigen sich also die ersten fruchtbaren Ansätze einer Wiedervereinigung der Arbeiterschaft, auf dem Boden, den wir für den aufnahmefähigsten für diese notwendige Aktion des Proletariats halten.

Die Faschisten.

Aber auch der Chauvinismus spürt Frühlingskräfte in seinen Adern. Vor wenigen Tagen ist eine überparteiliche Organisation gegründet worden, die die reaktionärsten der Reaktionären in ihren Reihen zusammenschließt.

Am 4. April veranstaltete dieses Gebilde im Saal „Wagram" seine erste öffentliche Kundgebung. Etwa 2500 Menschen waren erschienen. Ein zufriedenes Publikum saß da, das mit behäbigem Lächeln die Gemeinheiten anhörte, die die verschiedenen Redner in den Saal schleuderten. Zwei Organisationen schienen die Vorhut dieses Faschistenklubs zu bilden. Die eine trägt den Namen „Ordnung und gesunder Menschenverstand", die andere den Namen „Feuerkreuz", eine aus ehemaligen Frontkämpfern bestehende Organisation, deren Wesen man Deutschen nicht zu beschreiben braucht.

Aus den Gedankengängen dieser Vertreter des „gesunden Menschenverstandes" hier einige Proben:

Zur Sozialpolitik: Seitdem es eine Sozialversicherung in Frankreich gibt, gibt es eine nennenswerte Anzahl von Erwerbslosen. Die Zwangsversicherung muß durch eine freiwillige ersetzt werden. — Die Arbeiter sollen wieder frei werden, was bei diesen Organisationen bedeutet, daß sie nicht durch Gewerkschaften gebunden sind. Die neunprozentige Lohnkürzung im Bergbau wurde als Beweis dafür angesehen, daß die Untertags-Arbeiter endlich verstehen, daß ihre Interessen an die der Unternehmer gebunden sind.

Zur Staatspolitik: Das augenblickliche parlamentarische System muß beseitigt werden. Seit Gründung der Republik sind 250 000 Gesetze angenommen worden, seit 1870 allein 100 000. Die meisten sind so formuliert, daß sie gar nicht durchgeführt werden. NAPOLEON machte seine Gesetze in wenigen Stunden mit Hilfe weniger Ratgeber. Das Gleiche berichtet man über MUSSOLINI....

Zur Wehrpolitik: Welcher Narr wünscht den Krieg? Aber es gibt zwei Arten von Menschen: die Träumer, die sich auf Worte beschränken, und die Unterrichteten, die konkrete Vorsichtsmaßnahmen gegen den Krieg treffen... Auf der einen Seite stehen die, die Mondpolitik treiben, auf der anderen Seite die Weltpolitiker.

Zeitvertreib eines Unternehmers.

Zum Schluß den neuesten Streich COTYS, des Königs der Parfümfabriken und reaktionären Zeitungen. „La Luminière" erzählt, daß COTY vor zwei Jahren einen alten Park mit einem berühmten Schloß aus dem 18. Jahrhundert gekauft habe. Dieses Schloß hat COTY jetzt einfach niederreißen lassen.

Warum? Weil er es aus Marmor neu bauen will.

Diesseits und jenseits des Rheins finden sich die Optimisten der II. Internationale, die langsam verdutzt werdenden Vertreter der Spaltungspolitik in den Gewerkschaften, die schäumenden Faschisten und die Herren vom Schlage LAHUSENS.

Landtag plötzlich einberufen.

Preußenregierung sucht ihr Leben zu verlängern.

Der preußische Landtag ist am Sonnabend mittag telegraphisch zu einer Plenarsitzung für Dienstag, den 12. April, mittags 12 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen zwei Gegenstände: 1. Aenderung des § 20 der Geschäftsordnung (über die Wahl des Ministerpräsidenten); 2. ein kommunistischer Antrag, der sich gegen Beeinträchtigung der kommunistischen Wahlpropaganda wendet.

Der Paragraph 20 lautet: „Der Landtag wählt mit verdeckten Stimmen den Ministerpräsidenten. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

Ergibt sich keine solche Mehrheit, so kommen die beiden Anwärter mit den höchsten Stimmenzahlen in die engere Wahl.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los durch die Hand des Präsidenten."

Die Regierungsparteien beantragen, den durch Fettdruck hervorgehobenen Satz zu streichen.

Der „Vorwärts" begründet den Antrag der Regierungsparteien folgendermaßen:

„Es ist ein unerträglicher Zustand, daß ein Mißtrauen nur von einer Mehrheit des Landtags ausgesprochen werden darf, daß aber für die Wahl des Ministerpräsidenten, d. h. eine positive Maßnahme von viel größerer Wichtigkeit, unter Umständen eine Minderheit ausschlaggebend sein kann. Außerdem kann ein solches Mißverhältnis zwischen Mißtrauensvotum und Ministerpräsidentenwahl die Gefahr mit sich bringen, daß ein ständig sich wiederholendes Spiel mit Regierungssturz und Ministerpräsidentenwahl getrieben und damit jede positive parlamentarische Arbeit unmöglich gemacht wird."

Diese Begründung macht nicht verständlich, weshalb der bisher ertragene „unerträgliche Zustand" mit solcher Hast noch geändert werden soll, nachdem der Landtag eigentlich seine Arbeiten schon abgeschlossen hatte. Verständlich ist der Antrag nur als ein Versuch der Regierungsparteien, die Regierung BRAUN auch nach den Preußenwahlen, für die sie nichts Gutes ahnen, noch am Ruder zu halten. Denn wenn der Antrag durchgeht, ist die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten erschwert; es besteht also die Aussicht, das Ministerium BRAUN als geschäftsführendes Ministerium weiter regieren zu lassen.

Die „Germania" hebt das Peinliche und politisch Unkluge dieses Manövers hervor:

„So unanfechtbar nach der sachlichen Seite die beabsichtigte Korrektur der Geschäftsordnung ist, so unklug und bedenklich ist es andererseits, das allzulange Versäumte in letzter Stunde vor der Neuwahl des Landtages noch nachholen zu wollen. Nicht nur ist das Risiko einer peinlichen Niederlage mit schädlichen Wirkungen für den Ausgang der Wahlen sehr groß, auch der Vorgang an sich ist in dieser Stunde und unter diesen Umständen sehr wenig erfreulich."

*

Die Oppositionsparteien bemühen sich, für Dienstag die Beschlußunfähigkeit des Landtags herbeizuführen. Beschluß*fähig* ist der Landtag bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte seiner Mitglieder, beim gegenwärtigen Landtag also von mehr als 225 Abgeordneten. Die Regierungsparteien haben 230 Abgeordnete. Zur Annahme des Antrags ist einfache Mehrheit ausreichend; denn es handelt sich um eine Aenderung nicht der preußischen Verfassung, sondern der Geschäftsordnung des Landtags.

Ein politisches Urteil.

Einstweilige Verfügung gegen Noske bestätigt.

Die NS hatten gegen NOSKES Verbot der Verteilung von Werbenummern nationalsozialistischer Zeitungen während des „Osterfriedens" bei einem hannoverschen Gericht eine einstweilige Verfügung erwirkt. Dagegen hatte NOSKE Berufung eingelegt.

In diesem Streit entschied jetzt die 9. Zivilkammer des Landgerichts Hannover, indem sie die einstweilige Verfügung gegen NOSKE im wesentlichen bestätigte. Die offenbar von einem nationalsozialistischen oder mit den NS sympathisierenden Richter stammende Begründung dieses Urteils enthält eindeutige Beleidigungen NOSKES und GROENERS:

„...daß der Oberpräsident trotz erkannter Ungesetzlichkeit seiner Maßnahmen diese getroffen und durchgesetzt habe, ... daß es dem Oberpräsidenten von Anfang seines Vorgehens an in erster Linie darauf angekommen ist, durch schonungslose Ausnutzung staatlicher Machtmittel die ihm mißliebige Werbung politisch Andersdenkender zu unterdrücken. ... Entweder hat der Oberpräsident über den Sachverhalt der hier strittigen Werbung falsch berichtet oder der Innenminister hat trotz richtigen Berichts den oben als unhaltbar gekennzeichneten Standpunkt ... eingenommen und aufrechterhalten. Im letzteren Falle liegt die Willkür beim Innenminister, nicht beim Oberpräsidenten. ... Ein derartiges Vorgehen von Beamten, die in leitender Stellung tätig sind, ist widerrechtlich und stellt sich als eine zum Schadenersatz verpflichtende unerlaubte Handlung im Sinne der §§ 823 ff. BGB dar. ... Es entspricht anerkannter Rechtsprechung, daß gegen Willkürmaßnahmen von Beamten der ordentliche Rechtsweg offensteht. ... Ob der Staat es ist oder ein Privater, der mit widerrechtlichen Eingriffen droht, kann dabei jedenfalls keinen Unterschied machen, wenn die staatlichen Eingriffe, die für den vorliegenden Fall oben als glaubhaft angenommen worden sind, sich als eindeutige Willkürmaßnahmen darstellen. Wenn also die Machtstellung der staatlichen Behörden dazu mißbraucht wird, sachlichen Erwägungen fernstehende Absichten um jeden Preis durchzusetzen..."

Oberpräsident NOSKE teilte am Sonnabend mit: „Gegen die Entscheidung in Sachen der einstweiligen Verfügung, die heute morgen eine hannoversche Zivilkammer erlassen hat, ist bereits Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt. Wegen der ganz ungewöhnlichen Begründung des Urteils finden zur Zeit Erörterungen zwischen dem preußischen Innenminister und dem Justizminister statt. Der Innenminister hat die Begründung des Urteils auf schnellstem Wege angefordert."

Attentat auf den Reichsbankpräsidenten Luther.

Reichsbankpräsident LUTHER reiste am Sonnabendabend zu den BIZ-Verhandlungen nach Basel ab.

Während er auf einem Bahnsteig des Potsdamer Bahnhofes in Berlin auf die Abfahrt seines Zuges wartete, näherten sich ihm zwei elegant gekleidete Herren. Der eine zog plötzlich eine Pistole und schoß Dr. LUTHER an. Der Schuß streifte leicht den Oberarm.

Die Attentäter stellten sich dann dem aufsichtsführenden Beamten. Es handelt sich um den 34jährigen Kaufmann KERTSCHER und den 59jährigen Dr. ROOSEN. ROOSEN hat folgende Selbstanzeige niedergeschrieben: „Selbstanzeige. Wir, Dr. MAX ROOSEN, Hamburg, Alsterglasis 10, und WERNER KERTSCHER, Etzdorf bei Eisenberg, in Thüringen domizilierend, geben hiermit zu polizeilichem Protokoll, daß wir am 9. April 1932, abends 8.50 Uhr, auf dem Bahnsteig A, den Dr. HANS LUTHER, Präsidenten der Reichsbank, angeschossen haben. Dem ordentlichen Richter und dem deutschen Volk, in dessen Namen er Recht spricht, werden wir über diese Tat Rechenschaft ablegen. Wir wünschen die Eröffnung des Hauptverfahrens und beantragen unter Ablehnung des Schnellverfahrens die gerichtliche Voruntersuchung."

In der Vernehmung haben die beiden erklärt, sie seien Gegner der Geldpolitik der Reichsbank. Vor einiger Zeit haben sie gegen LUTHER eine Strafanzeige wegen Hochverrats, Schädigung des Volksvermögens, verschleierter Buchführung usw. eingereicht. Das Verfahren wurde aber von der Staatsanwaltschaft I Berlin eingestellt. Wie die Polizei mitteilt, gaben KERTSCHER und ROOSEN an, früher Mitglieder der NSDAP gewesen zu sein. Bei ROOSEN wurde eine Einladung zu einer Veranstaltung des nationalsozialistischen Juristenbundes gefunden. Nähere Auskunft lehnten die Attentäter ab: sie würden sie nur vor dem ordentlichen Richter erteilen.

*

Das Ganze erweckt den Eindruck, als sei es den Attentätern ausschließlich darauf angekommen, den Reichsbankpräsidenten zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über seine Geldpolitik zu nötigen.

Zum Streik in der Erfurter Schuhindustrie.

E. H. Erfurt, 8. April.

In Nr. 68 des „Funken", vom 20. März, wurde eingehend über die unerhörten Unternehmermethoden in der Schuhfabrik LINGEL und METZLER berichtet. Es handelte sich darum, daß die Firma dem Namen nach in zwei Firmen geteilt wurde. So schufen die Unternehmer sich die Möglichkeit, die Arbeiter bei LINGEL auf die Straße zu werfen, um ihnen bei METZLER zu niedrigerem Lohn die Wiedereinstellung anzubieten. Gegen die mit solchen Methoden betriebenen wiederholten Lohnabbau-Angriffe traten die Arbeiter, soweit sie nicht ausgesperrt wurden, in den Streik.

*

Die Streiklage bei LINGEL und METZLER ist zur Zeit noch unverändert. Die Arbeiter beider Firmen hatten am vergangenen Dienstag eine Versammlung, in welcher einmütig zum Ausdruck kam, daß der Streik solange durchgeführt werden soll, bsi die Forderungen der Arbeiter anerkannt werden.

Durch das saisonmäßig bedingte Ostergeschäft in der Schuhindustrie ist die Firma LINGEL anscheinend doch in gewisse Lieferschwierigkeiten gekommen. Jedenfalls versuchte die Geschäftsleitung dieser Firma, bei anderen Schuhfabriken am Orte Schuhe zu kaufen oder anfertigen zu lassen. Die meisten Schuhfabrikanten jedoch, die dem Konkurrenten die Schwierigkeiten gönnen, haben Lieferungen an LINGEL abgelehnt. Dort, wo die Firmen bereit waren, Schuhe für LINGEL anzufertigen und ein entsprechendes Ansinnen an den Betriebsrat stellten, wurden größere Lieferungen bisher durch die Solidarität und durch die Wachsamkeit der Arbeiterschaft verhindert.

Für Anfang nächster Woche sind Verhandlungen der beiden Parteien vor dem hiesigen Regierungsvertreter geplant. Ich konnte nicht in Erfahrung bringen, ob die Regierung von einer der beiden Parteien angerufen worden ist, um zu vermitteln oder ob die Regierung von sich aus einen Verständigungsversuch machen will.

Bemerkenswert ist noch, daß von der Firma LINGEL auch sämtliche Angestellte zu dem jeweils nächsten zulässigen Termin gekündigt worden sind, und zwar mit der Begründung, daß infolge der Aussperrung keine Arbeit mehr für sie vorhanden wäre und daß die Firma LINGEL von anderer Seite ihre Schuhe wesentlich billiger erhalte, als sie sie selber herstellen könnte. Ich nehme an, daß durch diese Maßnahme die Vorbedingungen geschaffen werden sollen, um die Gehalts- und Arbeitsbedingungen auch der Angestellten zu verschlechtern.

Gescheiterte Lohnverhandlungen im Baugewerbe.

Rgb. Die Lohnverhandlungen für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet fanden am 1. April in Essen statt. Die Arbeitgeber forderten ab 1. Mai eine Senkung des Maurerspitzenlohnes von 1,05 Mark auf 0,73 Mark, also einen Abbau von rund 30 Prozent. Der Tiefbauarbeiterlohn soll von 0,64 auf 0,50 Mark, also um 22 Prozent gesenkt werden. Die Gewerkschaften forderten demgegenüber eine Beibehaltung der bisherigen Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich. Praktisch bedeutet diese Forderung eine Erhöhung des Maurerstundenlohnes um 20 Prozent.

Die Verhandlungen sind gescheitert.

Zuspitzung im Streikrevier.

k Brüx, 11. April.

Auf der am Sonntag in Brüx abgehaltenen Bergarbeiterkonferenz wurde beschlossen, den Streik fortzusetzen. Unter der streikenden Arbeiterschaft herrscht Erregung darüber, daß auf einigen Staatsgruben Militärabteilungen Kohlen für die Militärbäckerei verladen haben. Auf einigen Privatschächten wurden am Sonnabend Kohlen unter dem Schutze der Gendarmerie verladen. Die Streikenden wurden von den Bergwerksbesitzern zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert und mit Entlassung bedroht, wenn sie sich am Montag nicht einfinden sollten.

Arbeitgeber-Verband löst sich auf, um von Tariflöhnen loszukommen.

Dem „Vorwärts" entnehmen wir die Mitteilung von einem mißlungenen Trick der Schwerindustriellen:

Zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verband für die Zentralheizungsindustrie bestand ein Tarifvertrag, der auch eine Regelung der Löhne enthielt. Um nun von diesen Löhnen loszukommen, hat sich der Verband für die Zentralheizungsindustrie „aufgelöst", und zwar sind dessen Mitglieder geschlossen nach vorheriger Abrede aus dem Verband „ausgetreten" und von dem Arbeitgeberverband für die nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der den ganzen Sachverhalt gekannt und gebilligt hat, als Mitglieder aufgenommen worden.

Der Arbeitgeberverband Nordwest verlangte nun von dem Deutschen Metallarbeiterverband, daß dieser die Anwendbarkeit des nordwestlichen Tarifvertrags auch auf die Arbeitsverhältnisse der Heizungsmonteure anerkennen sollte, da der Tarifvertrag, der bisher diese Arbeitsverhältnisse geregelt hat, durch „Auflösung" des Verbandes für die Zentralheizungsindustrie in Fortfall gekommen sei. Für die Monteure hätte die Anerkennung des Tarifvertrags für die nordwestliche Gruppe eine Lohnminderung von 1,28 RM auf 0,70 RM bedeutet! Da der Deutsche Metallarbeiterverband sich weigerte, dem Ansinnen des Arbeitgeberverbandes Nordwest Folge zu leisten, kam es an einer Reihe von Orten zu einem Arbeitskampf, den der Arbeitgeberverband Nordwest durch einstweilige Verfügung zu unterbinden versuchte.

Das Arbeitsgericht in Essen hat den Erlaß einer einstweiligen Verfügung abgelehnt, mit der Begründung, der Tarifvertrag für die nordwestliche Gruppe sei fachlich nicht zuständig. Das Landesarbeitsgericht hat die Berufung des Arbeitgeberverbandes Nordwest zurückgewiesen und in seiner Begründung zum Ausdruck gebracht, das Verhalten des Arbeitgeberverbandes Nordwest — bei bestehendem Tarifvertrag mit einem anderen Tarifgegner des DMV. übereinzukommen, dieser Tarifträger solle sich vorzeitig auflösen und seine Mitglieder sollten Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Nordwest werden — müsse als äußerst bedenklich hingestellt werden, so daß der Auffassung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes könne die Einrede der Arglist entgegengehalten werden, die Berechtigung nicht abzusprechen sei.

Dieser Fall zeigt, welche Wege die Unternehmer gehen und gehen können, um tarifvertragliche Verpflichtungen zu sabotieren.

Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts kommt hier den Unternehmern sehr entgegen, wonach ein Tarifvertrag in Fortfall kommt, wenn der Arbeitgeberverband, der Tarifkontrahent ist, sich auflöst bevor der Tarif abläuft.

Wie hat Berlin gewählt?

In der folgenden Zusammenstellung geben wir neben den Stimmen des 2. Wahlganges zum Vergleich die Zahlen aus dem 1. Wahlgang und die Zahlen der Reichstagswahl 1930. Bei den Angaben über die Reichstagswahl sind für THÄLMANN die kommunistischen Stimmen, für HITLER die nationalsozialistischen, für DUESTERBERG die deutschnationalen Stimmen gerechnet, für HINDENBURG die Stimmen von Zentrum, SPD, Deutscher Staatspartei, DVP, Wirtschaftspartei, Landvolk, Deutschhannoveraner, Christlich-Sozialem Volksdienst.

Bezirk:	THÄLMANN			HINDENBURG			HITLER			DUESTERBERG	
	2.Wahlg.	1.Wahlg.	Reichs.1930	2.Wahlg.	1.Wahlg.	Reichs.1930	2.Wahlg.	1.Wahlg.	Reichs.1930	1.Wahlg.	Rchs.1930
Mitte	39 789	47 574	52 872	79 539	78 922	72 824	53 038	40 284	26 359	13 906	23 425
Tiergarten	28 918	35 626	39 917	83 689	81 826	74 585	56 509	42 766	28 305	17 944	27 102
Wedding	77 752	90 215	99 223	98 398	96 836	88 940	49 616	35 843	20 758	12 254	20 015
Prenzlauer Berg	52 296	61 938	67 098	101 355	100 318	91 685	55 373	40 350	24 906	14 967	23 670
Friedrichshain	62 682	72 532	80 178	93 065	92 554	84 393	49 137	36 641	24 461	12 289	19 648
Kreuzberg	54 098	64 140	70 400	110 951	109 781	103 172	69 063	51 832	33 758	19 530	31 486
Charlottenburg	28 023	34 335	39 042	114 789	113 478	102 616	76 882	61 068	39 789	21 043	31 808
Spandau	12 776	16 249	16 432	44 477	44 908	42 270	31 025	24 886	19 283	5 788	10 377
Wilmersdorf	7 861	10 106	11 071	70 880	70 643	60 139	48 638	39 008	22 124	16 032	23 419
Zehlendorf	2 225	2 831	2 598	21 851	20 900	18 539	16 940	12 746	6 207	6 280	7 429
Schöneberg	15 167	19 037	21 991	75 116	74 129	68 091	58 674	45 579	29 322	18 230	27 124
Steglitz	10 351	13 182	14 165	59 269	57 749	55 336	59 809	47 577	28 013	16 605	21 289
Tempelhof	8 974	11 170	10 915	36 385	35 789	29 751	25 596	20 485	9 435	6 832	9 728
Neukölln	56 664	67 112	70 344	89 729	96 920	89 932	52 321	41 235	22 342	10 404	17 580
Treptow	17 461	21 209	21 791	38 767	38 441	34 089	24 137	18 915	9 338	5 763	9 010
Köpenick	14 155	13 885	15 211	30 806	23 299	24 994	25 160	15 174	7 875	5 469	7 297
Lichtenberg	36 294	43 430	45 560	71 142	69 443	62 175	42 219	32 747	20 017	10 592	14 705
Weißensee	11 638	14 084	14 185	19 799	19 197	17 399	14 995	12 128	6 171	3 353	5 245
Pankow	14 968	18 474	18 144	39 924	39 459	34 038	30 183	22 231	11 773	8 442	12 194
Reinickendorf	22 927	27 838	28 103	45 825	44 177	42 575	29 779	23 042	12 802	6 371	8 731
Gesamt	572 638	684 967	739 235	1 328 577	1 308 738	1 197 743	863 747	564 555	395 988	323 758	351 277

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name .....

Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

iSK

7. JAHRGANG 4. HEFT APRIL 1932

INHALT:

Völkerverständigung:

GRETE HERMANN:
Der Völkerbund.

MINNA SPECHT:
Briand.
Aussprüche Briands.

★

FRITZ GROB:
Gegen die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.

★

WILLI EICHLER:
Arbeiterschaft und Wahlen.
Die Reichspräsidentenwahl
Die Landtagswahlen in Deutschland

★

Zum Nachdenken:
Die katholische Presse der Vereinigten Staaten.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate
Koffer ☐ Schatullen ☐ Schränke
Schallplatten
für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen
Otto Pfotenhauer
Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Elegante und praktische
Herren- und Damenkleidung
nach Maß fertigt sauber und billig an
RUDOLF SCHÖNHEIT
Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig.
Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 104, H. r. I

BÜROBEDARFSARTIKEL
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcastraße 8.
Telephon: 25 53 42

MAGDEBURG
Apfelsaft
naturrein und ungegoren, hervorragend zur Frühjahrskur, bestes Tafelgetränk
10 Flaschen RM 5,40
Versand per Bahn
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guericke-Straße 101

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Das Zentrum gewinnt an Macht.
Eines Tages wird es seine Rechnung präsentieren.
Rüstet zum Kulturkampf!

Die Schrift:
Rettet die Kinder!
Herausgegeben vom
Sozialistisch-dissidentischen Lehrer-Kampf-Bund
1.—5. Tausend / 32 Seiten / 50 Pf.

gehört zum Rüstzeug der Kirchengegner.
Denn sie vermittelt Kenntnis von kirchlichen Erfolgen und deren Ursachen.
Denn sie bringt Klarheit über die Ziele des Kulturkampfes.

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Stimmen zum Wahlergebnis.

Die **„Rote Fahne“** erinnert an einen Satz, den sie am Tage der Wahl schrieb: „Wir beurteilen die Lage nüchtern und sind uns im klaren darüber, daß es äußerst schwierig ist, im heutigen zweiten Wahlgang die Stimmen vom ersten zu halten.“ Die Schuld für den Mißerfolg des zweiten Wahlgangs schiebt sie auf die „Feinde des kommunistischen Freiheitskampfes“, die absichtlich die Lüge ausgestreut hätten, „es handele sich im zweiten Wahlgang lediglich um eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten HINDENBURG und HITLER.“ „Auf Grund dieser Stimmungen ist über eine Million kommunistischer Wähler vom 13. März gestern der Wahlurne ferngeblieben.“ Außerdem führt die „Rote Fahne“ als Gründe für ihre Niederlage die Einschränkung des Wahlkampfes („Osterfrieden“) und den Agitationsaufwand der Bourgeoisie an. Trotzdem: „Weder der HITLER-Partei noch der SPD ist *im allgemeinen* ein . . . Einbruch in die kommunistischen Wählermassen gelungen.“

HITLER hat sich zu dem ihn begleitenden „Daily Expreß“-Korrespondenten geäußert: „Ich schreibe diesen Triumph voll und ganz der Tatsache zu, daß ich nicht vor meiner scheinbaren Niederlage im ersten Wahlgang kapitulierte. Ich will bekennen, daß meine Wahltruppen nach dem ersten Wahlgang zuerst mutlos waren. Das alles wurde durch meinen neuen Wahlfeldzug mit dem Flugzeug hinweggefegt.“ Der Verlust der KP gehe darauf zurück, daß Moskau den Kommunisten befohlen habe, für HINDENBURG zu stimmen. „Das gehe klar daraus hervor (!), daß HINDENBURG etwa eine Million Stimmen gewonnen und die Kommunisten dieselbe Zahl verloren hätten. Er sei vollkommen sicher, daß kein Kommunist für ihn gestimmt hätte.“ — HITLERS Erklärung enthält in neun Sätzen zehnmal das Wort „ich“ und sechsmal das Wort „mein.“

Die Presse außerhalb Deutschlands ist sich im wesentlichen darin einig, daß der Sieg HINDENBURGS ein erfreuliches Zeichen für die Festigkeit der bisherigen Politik Deutschlands sei, daß aber das starke Anwachsen der Nationalsozialisten Aufmerksamkeit erfordere.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, 12. April, um 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Neuer Lohnabbau. — Hitler-Gefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

Bezirk Wedding: Mittwoch, 13. April, um 20 Uhr, Gesellschaftshaus Isert, Maxstraße 12. Thema: Neuer Lohnabbau. — Hitler-Gefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir! — Freie Aussprache! Eintritt frei!

Bochum: Dienstag, den 12. April, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer öffentlichen Versammlung im großen Saal „Zur Vidume“, Dorstener Str. 14, über das Thema: Sturm über Asien. Was geht in China vor?

Braunschweig: Am Donnerstag, dem 14. April, 20.15 Uhr, im „Handelshof“, Lessingplatz 5. Thema: Ist HINDENBURGS Sieg ein Bollwerk gegen den Faschismus?

Hamburg: Donnerstag, den 14. April, 20.15 Uhr, im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstraße 21. Thema: Zur Hamburger Bürgerschafts-Wahl.

Hannover: Mittwoch, den 13. April, 20.15 Uhr, im Städtischen Saalbau, Gartenallee 1. Thema: Heraus aus der Krise durch Arbeitsbeschaffung. Zum Krisenkongreß des ADGB.

Hannover-Münden: Freitag, den 15. April, um 20.30 Uhr, spricht im Saale des „Volkshauses“ CHIYIN CHEN aus Schanghai über das Thema: Die Lage in China und die Aufgaben des europäischen Proletariats. — Freie Aussprache. Eintritt 10 Pf.

Witten: Mittwoch, den 13. April, um 19.30 Uhr, spricht CHIYIN CHEN, aus Schanghai, in einer öffentlichen Versammlung im großen Saal der Wirtschaft Burchholz, Winkelstr., über das Thema: Sturm über Asien. Was geht in China vor?

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Schanghai Freistaat?

Japans Rechte in der Mandschurei.

Zu der aufsehenerregenden Meldung der Zeitung „China-Preß“, wonach Schanghai zum Freistaat erklärt werden soll unter der Assistenz ausländischer und chinesischer Kreise, sollen die Vereinigten Staaten erklärt haben, daß dieser Plan dem Neun-Mächte-Vertrag widerspreche. Das chinesische Außenministerium hat mitgeteilt, daß es der Loslösung Schanghais vom chinesischen Reich niemals zustimmen werde. Trotz dieses Protestes ist keineswegs ausgeschlossen, daß die chinesische Regierung ihren Frieden mit Japan auf der Basis eines solchen Vorschlags erörtert. Die chinesische Regierung und die Kuomintang befinden sich mit den Japanern nicht nur in dem gleichen Gegensatz zu allen revolutionären Kräften, die sich in China regen, sie sind auch beide in starker Abhängigkeit von den Schanghaier Geldgebern. Von deren Rat wird es letzten Endes abhängen, in welche Hände Schanghai gerät, so lange das chinesische Volk selber nicht die Macht hat, darüber zu entscheiden.

Von der Tagung der Kuomintang in Lojan hat man bisher nichts Bemerkenswertes gehört. Eine Klärung über die einander widerstreitenden Interessen der Generäle ist bisher nicht erfolgt; jedenfalls ist nichts darüber in die Presse gelangt.

Bei Schanghai sind die Kämpfe wieder aufgelebt zwischen japanischen und chinesischen Truppen, einstweilen ohne Ergebnis.

*

Einen empfindlichen Schlag hat die Regierung PUJI in der Mandschurei den Russen zugefügt. Sie hat eine Verordnung erlassen, wonach der Export des Getreides nach Amerika und Europa statt über Wladiwostok über den japanischen Hafen Dairen erfolgen soll. Die russische Behörde in Charbin hat dagegen Verwahrung eingelegt.

Einen wertvollen Fund hat die chinesische Sicherheitspolizei gemacht: Sie hat den chinesisch-japanischen Vertrag aus dem Jahre 1905 wiedergefunden, den die chinesische Regierung im vorigen Jahre vergeblich gesucht hatte. Die Japaner hatten behauptet, in diesem Vertrag seien ihnen neue Eisenbahnbauten in der Mandschurei gestattet. Aus dem Original ergibt sich nunmehr, daß von solchen Rechten den Japanern nichts eingeräumt worden war. Der chinesische Außenminister hat den Vertrag der Völkerbundskommission zu lesen gegeben.

Italien zur Reparations- und Kriegsschuldenfrage.

q **Rom**, 9. April.

Im Großen Faschistischen Rat, der mit großen Vollmachten versehenen Beratungsinstanz MUSSOLINIS, die von ihm selber geleitet wird, wurde am Freitag eine Tagesordnung angenommen, in der zur Reparations- und Kriegsschuldenfrage der Standpunkt vertreten wurde: Verzicht auf Reparationen, Annullierung der Kriegsschulden und Revision der Friedensverträge. Ferner die Anregung, die zahlreichen internationalen Konferenzen zu vermeiden, die in ihrer Ergebnislosigkeit die Völker enttäuschten und die Reibungsflächen sogar noch vergrößerten.

Das Urteil über Stern und Wassiljew vollstreckt.

m **Moskau**, 9. April.

Das Präsidium des Vollzugsausschusses der Sowjetunion hat am Freitag das Gnadengesuch für STERN und WASSILJEW, die am 6. April vom Obersten Gerichtshof zum Tode verurteilt worden waren, abgelehnt. Das Urteil wurde am Sonnabend durch die Wachen der GRU vollstreckt.

Schulrat MEYER, der wie der Reichsdeutsche BECKER der Spionage verdächtigt worden ist, wurde am Sonnabend in Memel verhaftet. MEYER ist Kandidat der Volkspartei in den Landtagswahlen und steht mit an vorderster Stelle in dem Autonomiekampf des Memellandes.

Kulturaufwendungen.

Aus Madrid wird gemeldet, daß das Defizit im Staatshaushalt um 140 Millionen Pesetas gestiegen ist, weil den religösen Orden durch ein staatliches Gesetz die Unterrichtserteilung verboten worden ist. Es konnte zudem nur die Hälfte der Ordensschulen ersetzt werden, weil es an Lehrkräften mangelt.

*

Das sind Angaben, nach denen man sich ein Bild davon machen kann, wie weit das Schulwesen in Spanien in den Händen der katholischen Kirche war. Sie bestätigen die Dringlichkeit der spanischen Anti-Kirchen-Gesetze. Allerdings: ein großer Aufwand an Geld und Kraft ist nötig, um die seit Jahrhunderten in Spanien verwurzelte Herrschaft der Kirche endgültig zu brechen; das zeigt sich hier. Aber mag es zunächst auch an Lehrern und Schulen fehlen, die Schließung katholischer Ordensschulen ist auf alle Fälle ein ungeheurer kultureller Fortschritt; sie ist eine notwendige Bedingung für den Aufbau wahrer Kultur. Besser keine Schule als eine Jesuitenschule.

Spanische bürgerliche Zeitung über den deutschen „Kronprinzen“.

K. P. **Madrid**, 3. April 1932.

„Ahora“, eine republikanische Zeitung des rechten Flügels läßt sich aus Berlin Einzelheiten über den Aufruf des Exkronprinzen melden und schreibt u. a., daß sich Herr WILHELM HOHENZOLLERN seinerzeit gegen Ehrenwort verpflichtet habe, sich aller Politik zu enthalten. Jetzt habe er in alle vier Winde eine Erklärung zu Gunsten der Kandidatur HITLERS losgelassen. In Spanien wundere sich niemand, daß ein Thronanwärter sein Ehrenwort breche. Man sei dies hier gewöhnt. Im übrigen glaubt die Zeitung, daß der Aufruf auf das Ergebnis der Wahl wenig Einfluß ausüben wird.

Tagung des Finanzausschusses.

m **London**, 10. April.

Der von der Vier-Mächte-Konferenz eingesetzte Finanzausschuß hat sich nach dem Scheitern der Konferenz damit begnügt, die Wiederaufnahme der Donau-Beratungen am Dienstag in Genf vorzubereiten. Der Ausschuß vertagte seine Sitzung nach einer kurzen Besprechung.

Verlauf des Wahltages.

Nach den bisherigen Meldungen hat der Wahltag drei Todesopfer gekostet, und zwar zwei NS (in Hamburg), während der dritte Tote der von einem NS erschossene Arbeiter PAULS aus Einswarden bei Bremen ist.

Schwerverletzte gab es bei einer Schlägerei in Husum. Außerdem wurde in der Nacht zum Sonntag der sozialdemokratische Stadtverordnete GOETHE in Kassel von NS überfallen und durch einen Stich in den Unterleib schwer verletzt.

In Berlin wurden viele Versuche zur Bildung von Demonstrationszügen von der Polizei unterdrückt.

Sonst ist der Wahltag ruhig verlaufen.

Betriebsanwalt Winter.

Den Richtigen haben wir nun doch nicht gewählt. Der Richtige, „der Retter der Nation“, heißt nämlich WINTER, er nennt sich Betriebsanwalt und war, wie erinnerlich, beim ersten Wahlgang als Kandidat aufgestellt, erhielt aber „nur“ 111 000 Stimmen.

Der kann's aber! „Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Brot für alle.“ Wie er das machen will, verkündet ein Flugblatt. „Nutzbarmachung des Erdmagnetismus für die Ackerkultur.“ Sicherung der Volksernährung von eigener Scholle. Er braucht keinen Dünger mehr und kann doch einheimische und tropische Pflanzen zu ganz ungewöhnlich üppigem Wachstum bringen. In den Erdboden werden Drähte gesteckt und dann treiben die „geheimen Mächte ihr Wesen“; der Erdmagnetismus läßt die Pflanzen emporschießen. Dazu braucht WINTER weder Stall- noch künstlichen Dünger.

Das ganze erinnert etwas an die Alchemisten früherer Jahrhunderte, die aus den verschiedensten Stoffen (z. B. aus Schwefel oder Urin) Gold herstellen wollten. Aber wir wollen zugeben, daß WINTER mit den Alchemisten nur ganz entfernt verwandt ist. Denn die Versuche, aus Schwefel oder Urin Gold herzustellen, waren noch sinnvoll, solange unsere chemischen Kenntnisse unzureichend waren. Der Versuch aber, aus einer Kraft (Erdmagnetismus) einen Stoff herzustellen (und das muß WINTER, denn die Pflanzen brauchen unbedingt Kalium, Schwefel, Eisen u. s. w.), dieser Versuch ist nicht nur phantastisch, er ist geradezu unsinnig und daher undiskutabel. Es wäre also eine Beleidigung der Goldmacher, wollte man sie mit WINTER auf eine Stufe stellen.

Wenn WINTER nur behauptet hätte, daß die erdmagnetischen Kräfte zwar keinen Dünger ersetzen, aber die Düngeraufnahme seitens der Pflanze beschleunigen, dann könnten wir wenigstens mit ihm diskutieren, wir könnten ihm dann nämlich sagen, daß solche Behauptungen durch sorgfältige Untersuchungen lange widerlegt wurden.

Daß in WINTERS Garten die Pflanzen trotzdem gut wuchsen, wollen wir ihm gern glauben. Woran das liegt, können wir aber nicht nachprüfen, da er nichts verraten will, bevor er aus dem Gefängnis entlassen wird. Und überhaupt halten er und seine Freunde es nicht für angebracht, die Pläne im einzelnen zu schildern, denn das „führte nur zu unfruchtbaren Diskussionen.“

Wir wollen WINTER auch glauben, daß er in Deutschland Sojabohnen züchten konnte; er ist aber weder der einzige noch der erste, der dies fertig brachte

Im übrigen wollen wir uns hier mit der Tatsache begnügen, daß manch ein Apparat konstruiert worden ist, mit dem ungeheure Erntesteigerungen erzielt werden sollten. Z. B. gab es vor wenigen Jahren ein Elektrokulturgerät, das eine mehr als 100prozentige Erntesteigerung ermöglichen sollte, das sogar (auf Grund von Gutachten!) viel gekauft wurde, während sich nachher doch herausstellte, daß nicht nur elektrische Ströme keine Erntesteigerung hervorrufen, sondern das Elektrokulturgerät nicht einmal elektrische Ströme erzeugte.

Diesem Beispiel könnte ich eine große Zahl ähnlicher hinzufügen und WINTER wird leider nicht das letzte geliefert haben.

Auch seine 111 000 Wähler werden nicht zum letzten Mal bewiesen haben, daß, wenn schon mit magnetischen Kräften kein Dünger erzeugt werden kann, so doch mit dem Wort „magnetische Kraft“ eine Verwirrung der Geister.

Bg.

Fehlurteile aus der Geschichte der Technik.

1. Das Dampfschiff.

Als ROBERT FULTON 1809 an die bayerische Regierung den Vorschlag gelangen ließ, die Donau aufwärts mit Schiffen „ohne Pferde“ zu befahren, das heißt den Pferdezug auf „Trappelwegen“ durch Dampfbetrieb zu ersetzen, da nahm der bayerische Ingenieur und Akademiker JOSEPH V. BAADER in einem ausführlichen Gutachten dagegen Stellung und „bewies“, daß die Verwendung von Dampfschiffen auf einigermaßen schnell fließenden Strömen gänzlich unmöglich sei.

1836 sagte der Londoner Physiker DIONYSIUS LARDNER in einem Vortrage zu Bristol: „Der Gedanke, eine ozeanische Dampfschiffahrt eröffnen zu wollen, gleicht vollkommen jenem anderen: einer Reise nach dem Monde.“ Dabei hatte schon 1833 der Dampfer „Royal William“ in der Zeit vom 18. August bis 12. September den atlantischen Ozean überquert, ohne sich der Segel zu bedienen. 1838 kam ein regelmäßiger Dampferverkehr in Gang.

2. Die Eisenbahn.

JOSEPH V. BAADER sah schon 1819 der Verwirklichung seines Vorschlages einer „eisernen Commerzstraße“ (Schienenweg) zwischen Nürnberg und Fürth entgegen — diese Lokalbahn wurde aber erst 16 Jahre später eröffnet. Aber BAADER wollte wie vom Dampfschiff, so auch von der ortsbeweglichen Dampfmaschine, der Lokomotive, nichts wissen. Das war der Gegenstand eines heftigen Streites, in den er sich 1818 mit seinem Akademiekollegen, dem Ingenieur GEORG V. REICHENBACH verwickelte.

GEORGE STEPHENSON wurde ebenso wie später (1863) der österreichische Ingenieur RIGGENBACH, der Erfinder der Zahnradbahn, von seinen Zeitgenossen für einen Narren gehalten, bis er mit der 1830 eröffneten Eisenbahnlinie Manchester—Liverpool zeigen konnte, daß ein solches Unternehmen durchführbar war. Der berühmte französische Physiker ARAGO machte noch 1838 die lächerlichsten Einwände gegen die Eisenbahn geltend.

3. Die Luftschiffahrt.

Im „Journal de Paris“ vom 18. Mai 1782 sprach der berühmte Astronom LALANDE folgendermaßen seine Meinung über die Flugversuche BLANCHARDS aus: „Es ist in jeder Hinsicht als unmöglich erwiesen, daß sich ein Mensch in die Luft erheben und darin halten könne. . . Nur ein Tor kann auf die Realisierung solcher phantastischen Ideen noch hoffen.“ Und er erklärt weiter, die Unmöglichkeit, sich mit Hilfe von Flügeln in die Luft zu erheben, sei ebenso gewiß wie diejenige, dies durch das geringere spezifische Gewicht luftleerer Körper zu erreichen. Er dachte dabei an das Projekt LANAS von 1670, einer leichten hölzernen Barke mittelst luftleer gemachter dünnwandiger Kupferhohlkugeln Auftrieb zu geben. Wenige Monate später erfanden die Brüder MONTGOLFIER den Warmluftballon, dem der Gasballon des Physikers CHARLES auf dem Fuße folgte.

HELMHOLTZ hielt den Gedanken eines lenkbaren Ballons für unmöglich. Als Graf ZEPPELIN einer mathematischen Kommission der Technischen Hochschule zu Stuttgart die ersten Berechnungen zu seinem späteren Luftschiffbau nach dem Prinzip „starr und gleichschwer wie die Luft“ zur Begutachtung vorlegte, da wurden seine Ideen als undurchführbar abgelehnt. Am 9. März 1902 ließ der Verein Deutscher Ingenieure die Sache des Grafen ZEPPELIN fallen, da „nicht genug und gesichertes Material vorliege“ — obwohl ZEPPELIN bereits drei erfolgreiche Versuchsfahrten hinter sich hatte. Erst 1906 konnte sich der „närrische Graf“ durchsetzen, nachdem er 17 Jahre lang gegen allerhand Widerstände hatte kämpfen müssen.

(Aus den „Münchener Neuesten Nachrichten.“)

Das nennen sie „Wirtschaft“.

100 kg Kaffee = 36 cbm Gas.

Aus den neuesten Meldungen über den Kampf der Regierung Brasiliens gegen den Kaffee-Ueberfluß, der bekanntlich vor allem eine Folge der Hochhaltung der Preise durch ein vom Staat Brasilien herbeigeführtes Syndikat ist, stellen wir folgendes zusammen:

Die Stadtverwaltung Santos hat beschlossen, eine Million Sack Kaffee als Brennmaterial in den städtischen Gaswerken zu verheizen.

Der brasilianischen Regierung ist ein neues Verfahren für Umwandlung von Kaffee in Gas vorgelegt worden. Nach dem Verfahren sollen aus je 100 kg Kaffee 36 cbm Gas produziert werden.

Die Finanzierung der Kaffeeverbrennung im Großen ist gesichert. Die Bank von Brasilien hat dem Nationalen Kaffeerat einen Kredit von insgesamt 600 000 Contos (14 Millionen Mark) zu diesem Zwecke eingeräumt. Davon dienen 400 000 zur Bezahlung der inneren Kaffeevorräte, 100 000 Contos für Aufkauf und Bezahlung der neuen Ernte 1931/32 und 100 000 Contos für Stützungskäufe in Ausfuhrhäfen.

Die Stätte der Massenvernichtung von Kaffee ist der einige Kilometer von Santos entfernte Ort Alemoa. Der Kaffee wird dorthin in langen Güterzügen, von denen jeder Waggon 450 Sack faßt, transportiert. Er wird dann in einer Länge von 1½ Kilometern rechts und links von der Eisenbahnlinie aufgeschüttet, und zwar in einer Breite von 8 m an jeder Seite. Wie die Praxis in Brasilien gezeigt hat, verbrennt Kaffee ohne Hinzutun irgendwelcher Brennstoffe, entwickelt beim Verbrennen verhältnismäßig wenig Qualm und hinterläßt nur wenig Aschenreste.

Der brasilianischen Regierung wurde ein Plan unterbreitet, wonach 400 Millionen Kaffeebäume vernichtet werden sollen, die durch den Kaffeekäfer mehr oder weniger beschädigt sind. Den Pflanzern wird für diesen Schaden Entschädigung gewährt. Da der Gesamtbestand an Kaffeebäumen auf etwa 1¼ Milliarden geschätzt wird, so muß die Vernichtung von 400 Millionen Bäumen zu einem erheblichen Rückgang der Produktion führen.

Schnaps im Monopolkeller, statt Kartoffeln für Hungernde.

„Die notwendige Verringerung der am Beginn des Geschäftsjahres verhandenen hohen Branntweinbestände der Monopolverwaltung mußte zurückgestellt werden, um der Landwirtschaft wegen der großen Kartoffelernte eine Mehrherstellung von Branntwein zu ermöglichen. Aus diesem Grunde wurde, trotzdem die hohen Bestände ein Brennrecht von höchstens 51 Prozent rechtfertigen, ein solches von 70 Prozent zugebilligt, welches Ende März 1931 für die landwirtschaftlichen Brennereien, deren Brennrecht für Kartoffeln und anderes Getreide als Korn galt, noch eine Erhöhung auf 80 Prozent erfuhr. Unter dem Druck der schwierigen Absatz- und Geldverhältnisse bei der Landwirtschaft setzte eine lebhafte Branntweinerzeugung ein, welche noch gefördert wurde durch wiederum gewährte Ausnahmegenehmigungen gegenüber den regelmäßigen Vorschriften des Monopolgesetzes.“ (Aus dem Jahresbericht der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein.)

In verständliches Deutsch übersetzt: In Deutschland wird in der Krise viel Branntwein erzeugt, nicht etwa, weil ein entsprechender Bedarf darnach bestünde, sondern um die Kartoffeln im Interesse der Großeigentümer zu „verwerten“. Die Folge: Im Geschäftsjahr 1930/31 (1. Oktober bis 30. September) sind an die Branntweinmonopolverwaltung 2,45 Millionen Hektoliter abgeliefert worden, während sie an die Verbraucher nur wenig über 2 Millionen Hektoliter abgeben konnte. Das Ergebnis wäre noch weit ungünstiger gewesen, wenn man nicht dem Autoverkehr durch den Beimischungszwang Spiritus aufgenötigt hätte.

„Der deutsche Volkswirt“ (Nr. 28, vom 8. April), dem wir diese Angaben entnehmen, fragt: Wie will die Monopolverwaltung die aufgespeicherten Vorräte los werden? „Will man eine große Schnapspropaganda in Deutschland entfalten? . . . Es ist offenbar eine besonders unzweckmäßige und teure Art der Subvention, Kartoffeln mit hohen Kosten zu unverkäuflichem Schnaps zu brennen, den man dann mit weiterem nicht unerheblichen Aufwand für eine unabsehbare Zeit einlagern muß. Wären da nicht direkte Subventionen für den Absatz von Speisekartoffeln weit besser? Sie könnten wenigstens hungrige Magen füllen.“

Nicht nur „unzweckmäßig und teuer“, sondern empörend ist diese Subvention!

H. H.

Welches Land wünscht an deutschen Reisenden zu verdienen?

Den Fremdenverkehrs-Vereinen aller Länder geben wir den Rat, bei ihrer Notenbank oder Devisenbewirtschaftungsstelle mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß die Guthaben Deutscher sofort gesperrt werden. Denn dann will sich die deutsche Reichsbank durch Vermittlung der Reisebüros für Belebung des Reiseverkehrs Deutscher nach jenen Ländern einsetzen. Oesterreich hat, wie wir hören, einen entsprechenden deutschen Vorschlag bereits angenommen.

Wer bei der Konkurrenz nicht zu spät kommen will, sorge also rasch dafür, daß die deutschen Guthaben in seinem Lande „einfrieren“; dann nimmt ihm die deutsche Reichsbank die Reklamekosten ab; deutsche Reisende werden zu ihm kommen und das Guthaben an Ort und Stelle aufbrauchen.

Kein Grund zur Diskontsenkung.

Reichsbank nach dem Vierteljahresschluß.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichsschatzwechsel	Lombardford.	Wechsel Schecks	Notenumlauf	Girohaben	Gesamt Geldumlauf
31. 3. 1931	2323	188	142	274	1951	4456	388	6063
7. 4. 1931	2344	166	49	155	1975	4378	333	5971
29. 2. 1932	928	149	44	303	3324	4268	423	6253
7. 2. 1932	880	156	34	218	3268	4179	319	6161
31. 3. 1932	879	142	59	290	3258	4231	578	6254
7. 4. 1932	879	142	4	100	3173	4086	370	6066

Die Deckungsbestände der Reichsbank haben sich im Laufe der vergangenen Woche nicht verändert.

Die Ausleihungen sind, wie wir im vorigen Bericht voraussagten, stark zurückgegangen, mehr als sie in der Vorwoche infolge des Vierteljahresendes gestiegen waren. Der Bestand an Reichsschatzwechseln ist um 55 Millionen Mark gesunken, der Bestand an Lombardforderungen um 190 Millionen und der Bestand an Wechseln und Schecks um 85 Millionen. Diese drei Posten insgesamt haben sich um 330 Millionen Mark vermindert gegenüber einer Vermehrung von 252 Millionen Mark in der Vorwoche.

Die Entlastung der Reichsbank in der gleichen Zeit des Vorjahres war wesentlich geringer: Damals gingen Reichsschatzwechsel und Lombardforderungen insgesamt um 212 Millionen Mark zurück und der Bestand an Wechseln und Schecks stieg um 24 Millionen Mark.

Die Giroguthaben verringerten sich um 208 Millionen Mark gegenüber einer Steigerung von 86 Millionen Mark in der Vorwoche. Dieser erhebliche Rückgang ist außer auf die Entspannung nach dem Vierteljahresende wohl zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Golddiskontbank-Beteiligung bei den sanierten Großbanken nunmehr praktisch durchgeführt wird. Denn die Reichsbank hatte den Gegenwert der Golddiskontbank-Aktien, die sie zum Zwecke der Großbanken-Sanierung gekauft hatte, auf Girokonto gutgeschrieben.

*

In der Begründung der Diskontsenkung hatte die Reichsbank angeführt, daß die verhältnismäßig geringe Anspannung zum Vierteljahresschluß rasch überwunden worden ist. Der vorliegende Reichsbank-Ausweis liefert den Beleg für diese Behauptung. Die Begründung der Reichsbank ist aber nicht stichhaltig. Die Reichsbank ist trotz der Wirtschaftsschrumpfung noch immer stärker beansprucht als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Diskontsenkung bietet einen neuen Anlaß zur Kreditausweitung, auf deren Lebensgefährlichkeit wir schon oft hingewiesen haben.

Bey.

Kapitalistische „Einsicht“.

Die Belgische Nationalbank: Kartelle und Ueberproduktion.

Im neuesten Bulletin der Belgischen Nationalbank (Banque Nationale de Belgique) finden wir folgende Aeußerungen über nationale und internationale Kartelle:

„Man sieht: die nationalen und internationalen Kartelle führen bisher nur in geringem Maße zur Wiederherstellung des Gleichgewichts der Produktion, besonders wegen des großen Gegensatzes zwischen Produktionskapazität und Konsummöglichkeit: Die Konkurrenz setzt sich innerhalb der Kartelle fort, ohne die Aufrechterhaltung oder sogar die Vergrößerung des Produktionsapparates zu verhindern.

Aus diesem Grunde sind die internationalen Rohstahl-, Waggon- und Stickstoffkartelle entweder in große Schwierigkeiten geraten oder vollständig zerschlagen. Das Schienenkartell, das belgische Kartell für Drahtprodukte und das internationale Zinkkartell dagegen halten sich aufrecht oder vergrößern ihren Einfluß noch. Allerdings erleichtert die Macht und die kleine Anzahl der Produzenten hier die Zusammenarbeit.

Die Unsicherheit über den Bestand der Kartelle in der Glasindustrie hat, unter dem Einfluß technischer Umwälzungen, zu einer energischen Zusammenschluß-Bewegung und zu Fusionen unter den Glashütten geführt.

*

Es ist richtig, daß die Kartelle die Ueberproduktion *nicht verhindern*. Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. Die Kartelle verschärfen außerdem den Gegensatz zwischen Produktion und Konsumkraft und verhindern so die Wiederankurbelung der Wirtschaft. Darum: Fort mit den Kartellen!

Me.

Eine deutsche Großbank: „. . . sinnlos und gefährlich . . .“

Im Monatsbericht der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft heißt es:

„. . . Unter normalen Verhältnissen pflegt in jedem Frühjahr eine starke Entlastung des Arbeitsmarktes von seiten der Bautätigkeit einzusetzen. Mit der Wiederholung dieses Vorgangs kann in diesem Jahre nur in engsten Grenzen gerechnet werden. . . Für eine fühlbare Belebung der privaten Bautätigkeit fehlen nicht nur die finanziellen Voraussetzungen, es fehlt auch weitgehend an echtem Bedarf, nachdem in den vergangenen Jahren das Tempo der Wohnungsbautätigkeit zweifellos übersteigert worden war, auch insofern, als ein zu großer Teil der für Investitionen verfügbaren Kapitalien dem Baumarkt zugeleitet wurde. . .

Auch das Gutachten des Reichswirtschaftsrats zur Frage der Arbeitsbeschaffung geht von der Tatsache aus, daß der Wohnungsbau und ebenso auch die industrielle Investitionstätigkeit diesmal ihre sonst typische Rolle als Schrittmacher im Stadium der Krisenüberwindung nicht spielen können. . . Es ist das wertvolle Ergebnis der Untersuchungen des Reichswirtschaftsrats, daß dieses sachverständige und verantwortungsbewußte Gremium die Zweck- und Haltlosigkeit aller zum Teil parteipolitischer Agitation dienenden Pläne erwiesen hat, die den Anschein erwecken, als ob die Arbeitsbeschaffung großen Stils nur eine Frage des guten Willens der dazu Berufenen wäre. . .

Es muß aber wenigstens im Innern alles geschehen, was Hindernisse der Krisenüberwindung auszuräumen geeignet ist. Ein wirksamer Schritt dieser Art ist die große Rekonstruktion der Banken gewesen, ein zweiter die Bereinigung der Verhältnisse bei den Schiffahrtsunternehmungen. Auch diese Maßnahmen dienen nicht zuletzt der notwendigen Vertrauenswerbung. . .“

*

In ähnlichem Stil ist der größte Teil des Monatsberichtes gehalten. Enthielte der Bericht nicht die beiden zuletzt zitierten Sätze, so könnte man bei der Leitung dieser größten der deutschen Privatbanken einen derartigen Mangel an Einsicht vermuten, daß schon allein wegen dieser Eigenschaft der Direktion noch manche weitere Rekonstruktion ihres Unternehmens zu erwarten wäre.

Die beiden Sätze lassen jedoch wesentlich andere Beweggründe für die Ausführungen des Monatsberichtes vermuten, nämlich die Absicht, eine Rechtfertigung für das Eingreifen des Staates zu Gunsten von Schwerindustrie und Großbanken zu finden, deren enge Verflechtung dabei zu Tage tritt.

Umso unverständlicher muß nach den Darlegungen des Monatsberichtes seinen Lesern einer der wenigen vernünftigen Sätze des Berichts bleiben, mit dem der Bericht übrigens schließt:

„Es wäre sinnlos und gefährlich, die Verluste der großen Krise vertuschen zu wollen, gefährlicher, sie für unverwindbar zu halten.“

Ja, es ist geradezu unmöglich, die Krise zu überwinden, wenn der Mut fehlt, die Verluste in Form von Bankerotten in Erscheinung treten zu lassen. Darum Schluß mit den Sanierungen durch Staatszuschüsse und andere Subventionen!

H. L.

Eine schwerindustrielle Zeitung: „Monopol . . . Verteuerung . . . verhängnisvoll“.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schreibt in Nr. 76, vom 1. April, gegen das drohende Verkehrsmonopol:

„Die Konkurrenz der Verkehrsmittel untereinander schafft erst günstige Verkehrsbedingungen. . . **Jedem Monopol wohnt durch das Fehlen einer anspornenden Konkurrenz die Tendenz inne, in erster Linie die eigenen Ansprüche zu steigern. Das führt zur Verteuerung, die gerade auf dem Verkehrsgebiet für die ganze Wirtschaft verhängnisvoll wäre.** Darüber hinaus sind die Gefahren nicht zu verkennen, die darin liegen, daß ein allgemeines Verkehrsmonopol ganz verschiedener Verkehrsmittel zu einem Monstreapparat führen muß, der allzu leicht auch der besten Führerhand entgleiten kann.“ (Fettdruck und Sperrung wie im Original.)

Fast sollte man meinen, das Blatt der Schwerindustrie mache hier einen Aprilscherz. Die angeführten Sätze stehen aber in einem ernst zu nehmenden Aufsatz, in dem die Monopolherren von der Ruhr sich dagegen wehren, daß *andere*, etwa die Reichsbahn, *ihnen* Monopolgewinne abknöpfen. Die Einsicht in die Wirkungen von Monopolen wird hier den Lesern gegenüber zur Unverschämtheit. Denn: Wer steigert ständig die „eigenen Ansprüche“? Wer führt zu einer Verteuerung, die für die ganze Wirtschaft verhängnisvoll ist? Und schließlich: Wer baut zur Beherrschung der verschiedensten Betriebe „Monstreapparate“ auf?

-t.

ENGLAND

Steigende Baumwollausfuhr: Im Februar der nachstehenden Jahre wurden ausgeführt:

	1930	1931	1932	
Baumwollgarn (ungebleicht)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	Millionen Pfund
Baumwollwaren	299,5	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Das Ansteigen der Ausfuhr im Februar 1932 hat seine Ursache in der Verbilligung britischer Waren durch die Pfundentwertung, aber auch im chinesischen Boykott gegenüber Japan.

Stark steigende Baumwollausfuhr nach China: Im Februar der nachstehenden Jahre wurden aus England nach China ausgeführt:

	1930	1931	1932	
Baumwollgarn (ungebleicht)	114,0	239,0	2283,0	Tausend Pfund
Baumwollwaren	8,0	5,2	16,6	Millionen square yards

Sinkende Baumwollausfuhr nach Indien: Im Februar 1930 wurden aus England nach Indien 135 Millionen square yards Baumwollwaren ausgeführt. Das war fast die Hälfte der gesamten englischen Baumwollwarenausfuhr. Im Februar 1932 war die Ausfuhr nach Indien zusammengeschrumpft auf 42 Millionen square yards infolge des indischen Boykotts gegenüber englischen Waren.

DEUTSCHLAND

Ein Jahr Arbeiterentlassungen bei den Vereinigten Stahlwerken: Die Zahl der Arbeiter und Angestellten hat sich während eines Jahres folgendermaßen entwickelt:

	Arbeiter	Angestellte
Ende März 1931	105 100	14 900
Ende Juni 1931	102 900	14 000
Ende September 1931 . . .	97 100	13 600
Ende Dezember 1931 . . .	84 500	12 700
Ende März 1932	82 500	12 100

Ende 1929 waren noch 173 900 Arbeiter und 15 400 Angestellte beschäftigt.

Großhandelsindex: Im März: 99,8 wie im Vormonat. Innerhalb des Index haben folgende Verschiebungen stattgefunden: Agrarstoffe: + 2 Prozent, Kolonialwaren: — 1,3 Prozent, industrielle Rohstoffe und Halbwaren: — 0,8 Prozent, industrielle Fertigwaren: — 1,2 Prozent. — Am höchsten steht noch immer der Index für industrielle Fertigwaren mit 120,7.

Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

	Diesseits. Berliner Produktenbörse. Wochendurchschnitt.			Jenseits. Hamburg, unverzollt
	3.4—9.4.	Vorwoche	Vorjahr	9. 4.
Weizen	25,95	25,54	28,90	10,84
Roggen	19,97	19,94	18,86	10,07
Braugerste . .	18,79	18,65	23,58	—
Futtergerste . .	17,68	17,47	22,08	10,54
Hafer . . .	16,41	16,19	17,04	7,91
Weizenmehl . .	33,27	34,01	37,63	—
Roggenmehl . .	27,18	27,25	28,15	—

Ergebnisse aus den Wahlkreisen.

In der folgenden Zusammenstellung sind unter „2. Wahlg." die im zweiten Wahlgang (10. April) abgegebenen Stimmen, unter „1. Wahlg." die im ersten Wahlgang (13. März) abgegebenen Stimmen und unter „Rtgw." die bei der Reichstagswahl 1930 abgegebenen Stimmen aufgeführt. Dabei sind unter „Rtgw" für THÄLMANN die kommunistischen Stimmen, für HINDENBURG die Stimmen der seine Kandidatur unterstützenden Parteien (in der Hauptsache: SPD, Staatspartei, Zentrum, Wirtschaftspartei, Landvolk), für HITLER die nationalsozialistischen Stimmen und für DUESTERBERG die deutschnationalen Stimmen von 1930 angegeben.

1. Wahlkreis: Ostpreußen.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	84 928	116 451	124 375
Hindenburg	546 391	509 883	475 113
Hitler	493 176	402 300	236 507
Duesterberg	—	133 879	205 378

2. Wahlkreis: Berlin.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	314 671	371 410	408 646
Hindenburg	565 509	559 329	518 564
Hitler	332 058	247 387	158 257
Duesterberg	—	90 831	145 032

3. Wahlkreis: Potsdam II.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	167 957	205 442	217 950
Hindenburg	581 201	566 070	533 992
Hitler	415 362	326 477	184 037
Duesterberg	—	116 885	164 178

4. Wahlkreis: Potsdam I.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	182 838	229 503	230 806
Hindenburg	535 020	505 470	538 639
Hitler	483 599	375 479	215 933
Duesterberg	—	132 583	159 500

5. Wahlkreis: Frankfurt a. d. Oder.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	57 389	81 523	84 268
Hindenburg	442 299	409 484	484 193
Hitler	420 891	338 049	204 595
Duesterberg	—	123 219	119 086

6. Wahlkreis: Pommern.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	64 519	94 570	85 955
Hindenburg	395 696	361 223	406 109
Hitler	510 655	391 813	237 080
Duesterberg	—	198 371	242 720

7. Wahlkreis: Breslau.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	69 138	96 862	83 133
Hindenburg	568 218	541 871	625 028
Hitler	461 150	403 282	259 227
Duesterberg	—	81 702	95 276

8. Wahlkreis: Liegnitz.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	33 946	46 744	41 447
Hindenburg	359 409	338 024	436 925
Hitler	313 797	275 062	142 173
Duesterberg	—	62 910	58 549

9. Wahlkreis: Oppeln.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	79 032	102 706	110 633
Hindenburg	403 263	369 831	354 043
Hitler	213 747	185 301	63 565
Duesterberg	—	54 656	101 568

10. Wahlkreis: Magdeburg.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	81 293	107 435	98 389
Hindenburg	491 195	471 107	602 482
Hitler	413 513	350 958	191 398
Duesterberg	—	99 050	73 729

11. Wahlkreis: Merseburg.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	165 189	201 514	205 574
Hindenburg	304 867	286 780	373 044
Hitler	351 748	273 410	168 677
Duesterberg	—	103 626	65 413

12. Wahlkreis: Thüringen.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	177 764	246 561	192 259
Hindenburg	555 371	497 822	633 365
Hitler	582 888	450 529	244 121
Duesterberg	—	168 307	54 283

13. Wahlkreis: Schleswig-Holstein.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	72 604	100 327	94 329
Hindenburg	415 814	393 845	492 986
Hitler	466 312	417 711	240 288
Duesterberg	—	61 870	54 569

14. Wahlkreis: Weser-Ems.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	50 413	69 844	50 853
Hindenburg	482 578	463 070	535 646
Hitler	323 143	269 046	166 117
Duesterberg	—	81 190	53 695

15. Wahlkreis: Osthannover.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	35 685	49 333	43 072
Hindenburg	271 239	252 132	365 015
Hitler	288 843	240 731	118 672
Duesterberg	—	77 665	46 217

16. Wahlkreis: Südhannover-Braunschweig.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	61 012	87 868	63 764
Hindenburg	611 157	602 225	754 916
Hitler	545 779	468 638	283 430
Duesterberg	—	71 581	61 953

17. Wahlkreis: Westfalen-Nord.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	122 849	173 921	152 475
Hindenburg	883 974	869 071	949 353
Hitler	376 407	318 775	161 993
Duesterberg	—	74 830	79 015

18. Wahlkreis: Westfalen-Süd.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	190 426	280 359	239 663
Hindenburg	823 319	790 678	895 656
Hitler	583 834	510 869	284 996
Duesterberg	—	64 053	54 615

19. Wahlkreis: Hessen-Nassau.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	112 539	166 745	137 148
Hindenburg	760 061	737 743	897 285
Hitler	583 884	510 869	294 996
Duesterberg	—	68 039	44 554

20. Wahlkreis: Köln-Aachen.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	132 876	182 816	169 157
Hindenburg	817 559	819 871	765 564
Hitler	244 201	215 982	169 510
Duesterberg	—	31 927	34 816

21. Wahlkreis: Koblenz-Trier.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	37 902	52 171	40 143
Hindenburg	441 207	420 510	450 029
Hitler	195 916	155 459	94 157
Duesterberg	—	52 799	29 442

22. Wahlkreis: Düsseldorf-Ost.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	234 265	319 930	321 294
Hindenburg	594 824	594 113	610 500
Hitler	388 720	334 550	210 162
Duesterberg	—	47 291	59 421

23. Wahlkreis: Düsseldorf-West.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	125 521	189 646	176 116
Hindenburg	575 275	564 402	576 282
Hitler	299 303	262 645	168 784
Duesterberg	—	54 582	59 010

24. Wahlkreis: Oberbayern-Schwaben.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	87 725	116 139	82 172
Hindenburg	1 014 317	978 159	998 768
Hitler	365 030	366 731	218 326
Duesterberg	—	31 690	31 498

25. Wahlkreis: Niederbayern.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	33 786	42 798	28 431
Hindenburg	501 581	472 899	489 920
Hitler	158 400	150 020	72 159
Duesterberg	—	8 361	8 093

26. Wahlkreis: Franken.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	62 475	89 218	65 122
Hindenburg	824 639	811 480	990 674
Hitler	621 168	557 227	281 118
Duesterberg	—	61 897	31 833

27. Wahlkreis: Pfalz.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	41 683	63 434	48 994
Hindenburg	287 166	282 578	306 278
Hitler	219 777	196 169	106 325
Duesterberg	—	11 300	3 628

28. Wahlkreis: Dresden-Bautzen.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	110 481	148 409	139 556
Hindenburg	640 839	625 859	744 903
Hitler	434 956	342 947	180 530
Duesterberg	—	77 410	55 786

29. Wahlkreis: Leipzig.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	121 640	144 385	142 251
Hindenburg	449 085	454 544	536 429
Hitler	296 207	237 362	115 987
Duesterberg	—	36 647	30 727

30. Wahlkreis: Chemnitz-Zwickau.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	177 660	236 175	204 959
Hindenburg	445 023	410 335	587 776
Hitler	557 464	487 882	264 854
Duesterberg	—	55 653	49 716

31. Wahlkreis: Württemberg.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	108 075	145 154	131 735
Hindenburg	897 891	850 461	901 594
Hitler	416 529	369 725	131 683
Duesterberg	—	83 963	55 202

32. Wahlkreis: Baden.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	107 989	148 351	112 975
Hindenburg	737 798	720 430	802 482
Hitler	489 785	385 504	226 655
Duesterberg	—	49 589	32 688

33. Wahlkreis: Hessen-Darmstadt.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	70 378	104 862	84 499
Hindenburg	434 630	427 840	506 906
Hitler	313 429	280 170	137 962
Duesterberg	—	16 203	11 901

34. Wahlkreis: Hamburg.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	96 483	123 879	135 279
Hindenburg	441 144	446 054	436 909
Hitler	238 689	200 634	144 684
Duesterberg	—	37 995	31 376

35. Wahlkreis: Mecklenburg.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	33 255	46 712	42 738
Hindenburg	260 053	245 537	273 937
Hitler	236 530	187 120	100 244
Duesterberg	—	61 095	53 059

L. N. TOLSTOI

Wieviel Erde braucht der Mensch?

Erschienen im Insel-Verlag zu Leipzig.

Die ältere Schwester aus der Stadt besuchte ihre jüngere Schwester im Dorfe. Die ältere war mit einem Kaufmann in der Stadt verheiratet, und die jüngere mit einem Bauern im Dorfe. Die Schwestern tranken Tee und kamen ins Gespräch. Die ältere Schwester begann zu prahlen und ihr Leben in der Stadt zu rühmen: wie geräumig und wie reinlich sie in der Stadt wohne, wie schön sie sich kleide und ihre Kinder putze, wie gut sie esse und trinke, und wie sie Spazierfahrten und Vergnügungen mitmache und Theatervorstellungen besuche.

Die jüngere Schwester fühlte sich dadurch verletzt, und sie begann das Kaufmannsleben herabzusetzen und ihr eigenes Bauernleben zu rühmen.

„Ich würde um nichts in der Welt", so sagte sie, „mein Leben mit dem deinigen vertauschen. Es ist ja wahr, daß wir nicht besonders schön wohnen, dafür kennen wir auch keine Sorge. Ihr lebt allerdings schöner und sauberer, dafür könnt ihr heute viel Geld verdienen, morgen aber alles verlieren. Es gibt auch ein Sprichwort: der Verlust ist der ältere Bruder des Gewinns. Es kommt ja wirklich vor, daß jemand heute reich ist und morgen betteln geht. Unser Bauernleben ist viel sicherer: das Leben des Bauern ist karg, doch lang. Reich werden wir nie werden, dafür aber immer zu essen haben."

Darauf entgegnete die ältere Schwester:

„Ja, doch welch ein Essen ist es: aus einem Trog mit den Schweinen und Kälbern! Denn ihr lebt in Schmutz und ohne Manieren. Wie sehr sich dein Bauer auch abmüht, ihr werdet doch nicht anders als auf dem Misthaufen leben und werdet auch auf dem Misthaufen sterben. Und euren Kindern wird es nicht anders gehen."

„Was macht denn das?" erwiderte die Jüngere. „Unser Leben ist einmal so. Dafür leben wir sicher, brauchen uns vor niemand zu bücken und fürchten niemand. Ihr lebt aber in in der Stadt in ständiger Anfechtung; heute lebt ihr gut, und morgen kommt der Böse und verführt deinen Mann zum Kartenspiel oder zum Trunk oder gar zu einer Liebschaft. Und gleich ist euer ganzer Wohlstand zu Ende . . . Das kommt doch vor?"

Der Bauer Pachom lag auf dem Ofen und hörte dem Gespräch der beiden Frauen zu.

„Es ist ja alles wahr," sagte er sich. „Unsereiner hat von Kind auf mit der Erde zu schaffen, und daher kommen ihm solche Narrheiten nie in den Sinn. Eines ist nur traurig: wir haben zu wenig Land! Wenn ich genug Land hätte, so fürchtete ich niemand, nicht einmal den Teufel!"

Die Weiber tranken ihren Tee aus, schwatzten noch von Putz und Kleidern, räumten das Geschirr weg und legten sich schlafen.

Der Teufel hatte aber hinter dem Ofen gesessen und alles gehört. Er freute sich, daß die Bäuerin ihren Mann zum Prahlen verleitet hatte: er prahlte ja, daß, wenn er genug Land hätte, so würde ihn auch der Teufel nicht holen können.

„Es ist gut," sagte sich der Teufel, „wir wollen sehen: ich will dir viel Land geben und dich gerade damit fangen."

II.

In der Nachbarschaft wohnte eine Gutsbesitzerin. Sie war nicht sehr reich und besaß etwa hundertundzwanzig Deßjatinen Land. Anfangs vertrug sie sich mit den Bauern sehr gut und tat ihnen nie etwas zuleide. Nun stellte sie sich aber einen verabschiedeten Soldaten als Verwalter an, und dieser begann die Bauern mit Geldstrafen zu plagen. Wie sehr sich auch Pachom in acht nahm, kam es doch jeden Tag vor, daß entweder sein Pferd in den fremden Hafer ging oder seine Kuh sich in den Garten verirrte oder die Kälber auf der fremden Wiese weideten; jedesmal gab es Geldstrafen.

Pachom zahlte die Strafen und ließ seinen Aerger an seinen Hausgenossen aus. Gar oft hatte sich Pachom im Laufe des Sommers um dieses Verwalters willen an den Seinen versündigt. Als das Vieh im Herbste in den Stall kam, atmete er erleichtert auf: das Futter kostete zwar Geld, dafür aber hörte die ewige Angst auf.

Im Winter hieß es plötzlich, daß die Gutsherrin ihr Land verkaufen wolle und daß der Besitzer der Herberge an der Landstraße mit ihr darüber unterhandle. Als die Bauern davon hörten, begannen sie zu jammern und sagten: „Wenn der Wirt das Gut bekommt, wird er uns noch viel ärger zusetzen als die Gutsherrin. Wir können ohne dieses Land nicht auskommen, denn unser Besitz ist darin von allen Seiten eingeschlossen." Die Bauern gingen nun alle zur Gutsherrin und baten, sie möchte das Land nicht dem Wirt, sondern ihnen verkaufen: sie versprachen auch einen höheren Preis zu zahlen. Die Gutsherrin ging darauf ein. Die Bauern wollten das Land als Gemeindegut erwerben; sie versammelten sich einige Male, um die Sache zu besprechen, konnten aber nicht einig werden. Jedesmal kam es zu Streitigkeiten, denn der Böse hatte seine Hand im Spiele. Darauf beschlossen die Bauern, daß ein jeder auf eigene Rechnung je nach seinem Vermögen kaufen solle. Auch darauf ging die Gutsherrin ein. Pachom hörte, daß sein Nachbar der Gutsherrin zwanzig Deßjatinen abgekauft hatte, wobei er die Hälfte des Kaufpreises in jährlichen Raten bezahlen durfte. Pachom wurde neidisch. „Sie werden," denkt er sich, „das ganze Land aufkaufen und mir nichts übriglassen." Und er beriet sich mit seiner Frau.

„Da alle Leute kaufen," sagte er ihr, „müssen wir auch an die zehn Deßjatinen kaufen. Sonst ist es ja wirklich kein Leben: der Verwalter hat uns mit seinen Geldstrafen beinahe zugrunde gerichtet."

Und sie überlegten sich, wie sie es anstellen sollten. Sie hatten hundert Rubel erspart; nun verkauften sie ein Füllen und die Hälfte der Bienenstöcke, verdingten den Sohn als Arbeiter, borgten sich noch etwas beim Schwager und brachten auf diese Weise die Hälfte der Kaufsumme auf.

(Fortsetzung folgt.)

REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Anzeigenpreise Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

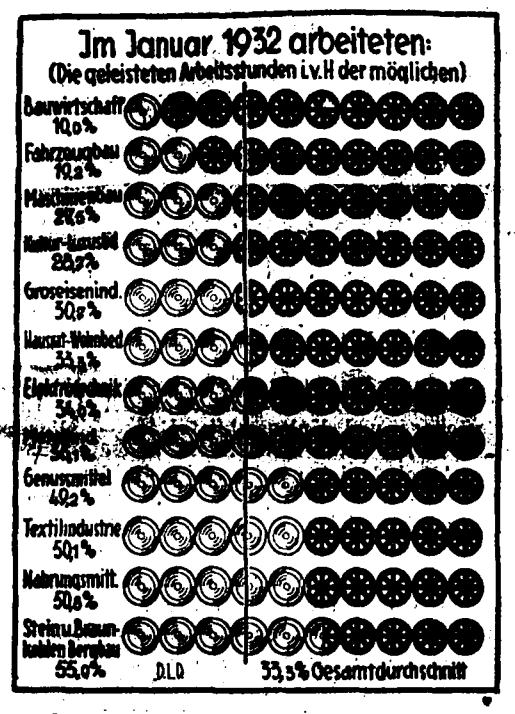
NUMMER 86 A — BERLIN • Mittwoch, den 13. April 1932 — 1. JAHRGANG

Zum Krisenkongreß des ADGB.

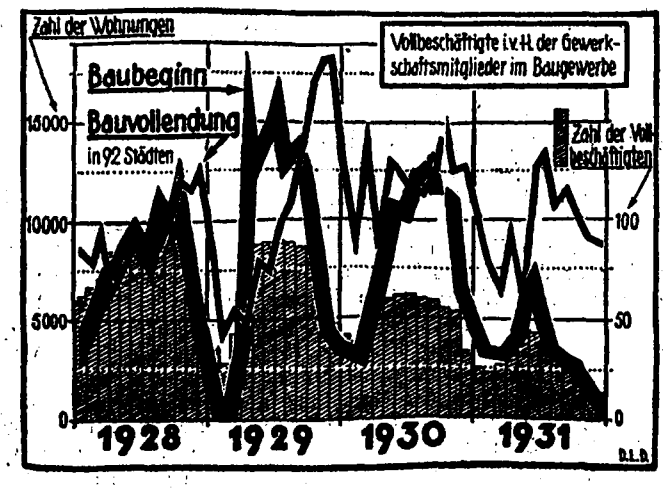
7 Millionen rufen nach Arbeit.

Wieviel Räder stehen still?

Rpt. Von je zehn Rädern in zwölf wichtigen deutschen Industriezweigen stehen die hier schwarz gefärbten still, — gleichzeitig Ursache und Zeichen von Massenelend.



Am schwierigsten ist die Lage in der Bauwirtschaft. Die Zahl der vollbeschäftigten deutschen Bauarbeiter und die Zahl der Baubeginne sind beinahe auf Null angelangt.



Kohle, Eisen, Futtermittel.

Vervollständigen wir das Bild der Lage durch Betrachtung einiger Preise vom Februar 1932 (Durchschnittspreise in Mark).

1 Tonne Steinkohle	Essen	14,21	Newcastle (England)	8,81
1 Tonne Roheisen	Essen	69,—	Groß-Britannien	41,79
			Antwerpen	41,22
			Longwy (Frankr.)	40,30
1 Tonne Stabeisen	Düsseldorf	110,—	Antwerpen	52,78
1 Tonne Roggen	Berlin	196,60	Rotterdam	85,70
			Posen	108,60
1 Tonne Mais	Deutschland	167,70	Hamburg (unverzollt)	63,60
			Buenos Aires	49,40
1 Tonne Gerste	Berlin	158,10	Rotterdam	91,50
			Hamburg (unverzollt)	94,60

Sowohl die Fertigwarenindustrie als auch die Bauern müssen für die Rohstoffe, die sie brauchen, Monopolpreise bezahlen. Ihre Fertigprodukte werden dadurch teuer und finden nur schwer Absatz.

Brot und Zucker.

Betrachten wir noch die Preise von zwei Konsumgütern.

In London kostet ein (deutsches) Pfund Weizenbrot 11 Pfennige und in Berlin 33 Pfennige. Diese Vergleichung hinkt, weil in England Weizenbrot, in Deutschland aber Roggenbrot oder Mischbrot das Brot des Massenkonsums ist. Nehmen wir also zur Vergleichung das zum größten Teil aus Roggen gebackene deutsche und das aus Weizen gebackene englische Brot; vergessen wir dabei aber nicht, daß Roggen allgemein **um 20 bis 30 Prozent billiger ist als Weizen. Trotzdem kosten:**

1 Pfund Weizenbrot in London	**11**	**Pfennige**
1 Pfund Brot in Berlin	18	Pfennige
1 Pfund Brot in Hamburg	18,5	Pfennige
1 Pfund Brot in Köln	21,5	Pfennige
1 Pfund Brot in München	**20**	**Pfennige**
1 Pfund Brot im Durchschnitt der vier größten deutschen Städte	**19,5**	**Pfennige**

Wenn der Preis nur um vier Pfennige, also um weniger als die Hälfte des Unterschieds, gesenkt würde, so würde das für die gesamte deutsche Bevölkerung (bei einem jährlichen Brotkonsum von 180 Pfund pro Kopf) eine Ersparnis von 470 Millionen Mark jährlich ausmachen. Eine Senkung um 7 Pfennige, die aber erst nach und nach erfolgen könnte, würde rund 820 Millionen Mark Ersparnis in einem Jahr bedeuten.

Die deutsche Bevölkerung zahlt für Zucker heute das Dreifache des Weltmarktpreises.

Die Preisüberhöhungen sollten ursprünglich die deutschen Konsumenten heranziehen zur Finanzierung des Exports von verbilligtem Zucker; im Wirtschaftsjahr 1930/31 wurde den Konsumenten ein Exportverlust von 100,6 Millionen Mark aufgebürdet. Der Export wird jetzt sehr eingeschränkt. Sachverständige rechnen aus, daß nach Fortfall des Verlustexports der Kleinhandelspreis (heute 35 Pfennig pro Pfund) ohne weiteres um 5 Pfennig gesenkt werden könnte, ohne daß der Zuckerrübenbauer deshalb weniger erhalten müßte. Das würde für die gesamte deutsche Bevölkerung (bei einem jährlichen Zuckerkonsum von 50 Pfund pro Kopf) eine Ersparnis von rund 160 Millionen Mark jährlich ausmachen.

Schon bei diesen beiden Produkten könnten sofort 630 Millionen Mark gespart werden.

Wir beobachten: Krisenverschärfung statt Ueberwindung.

Frühere Krisen wurden dadurch überwunden, daß insbesondere die Rohstoffpreise sanken und daß die Massenkaufkraft stieg.

Heute werden die Rohstoffpreise (zum Beispiel für Kohle, Eisen, Futtermittel) künstlich hochgehalten; die Massenkaufkraft wird durch hohe Konsumgüterpreise (zum Beispiel für Brot und Zucker) künstlich niedrig gehalten. Der Staat tut durch seine zahllosen Eingriffe alles, um diesen Zustand aufrecht zu erhalten und damit die Ueberwindung der Krise zu hemmen.

Die Fortführung der heutigen Wirtschaftspolitik führt also immer tiefer in die Krise hinein.

Wir fordern von unseren Lesern: Studiert selber das Krisenproblem!

7 Millionen Erwerbsfähige rufen in Deutschland nach Arbeit.

Krisenzeiten sind noch stets Zeiten der Hochkonjunktur für Plänemacher gewesen. Hunderte von Plänen versprechen die Ueberwindung der Krise, versprechen Arbeit. Welcher Plan ist richtig? Wem sollen wir trauen?

Jeder soll sich selber zutrauen, die Ursachen der Krise zu erkennen und aus dieser Erkenntnis Sicherheit darüber zu gewinnen, in welcher *Richtung* die Wirtschaftspolitik gehen muß, wenn die Krise überwunden werden soll. Eine Hilfe für das eigene Studium des Krisenproblems bietet unsere Broschüre: „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise."

Wir fordern von den Gewerkschaften: Aktive Wirtschaftspolitik.

Einer der Theoretiker der Gewerkschaften, Woytinsky, fragte öffentlich: „Wann kommt die aktive Wirtschaftspolitik?" Mit seinen Vorschlägen haben wir uns im einzelnen im Wirtschaftsteil beschäftigt.

Wir fordern von den Gewerkschaften, daß sie selber aktive Wirtschaftspolitik treiben. Wir hoffen, daß sie diese Politik einleiten durch den Krisenkongreß, der am Mittwoch in Berlin beginnt. Wir erwarten, daß sie für die Durchführung dieser aktiven Wirtschaftspolitik alle gewerkschaftlichen Machtmittel einsetzen.

*

Das Programm zur Bekämpfung der Krisen, das wir den deutschen freien Gewerkschaften gedruckt überreicht haben, liegt auf der Linie dessen, was Arbeiterführer seit Marx über Krisenursache und Krisenüberwindung gesagt haben. Unser Programm zieht die Folgerung aus der Theorie, daß die Unterkonsumtion der Massen die letzte Ursache der Krisen ist.

Zwei Forderungen stehen in unserem Programm im Vordergrund. Wir wiederholen sie hier noch einmal:

1. **Radikale Senkung der Kartellpreise.** Dabei wollen wir Bankerotte und als deren Folge Arbeiterentlassungen in Kauf nehmen und die hier liegenden Gefahren durch einen Gegenstoß überwinden: **Ankurbelung der Bauwirtschaft.**

2. **Senkung der Getreidepreise.** Dabei wollen wir Bankerotte von Großgrundeigentümern gern in Kauf nehmen. Als Gegenstoß fordern wir: **Siedlung.**

Beide Maßnahmen zusammen mit den Gegenstößen vermehren die Kaufkraft der Massen.

Nur durch Vermehrung der Kaufkraft der Massen kann die Krise überwunden werden. Das lehren Krisentheorie und Krisengeschichte. Es gilt, danach zu handeln.

AUS DEM INHALT:

Besuch im Streikrevier.
Die Opfer des Kapitalismus.
Was lehrt uns die USA-Krise?
Was geschieht nach dem Hoover-Jahr?
„Wirtschaftsführer!"
Metallarbeiterverband gegen NS.
Afrika wird „zivilisiert".
Sind Soldaten Mörder?
Völkerverständigung.
Von der Kunst, zu philosophieren.

Vier Tote im Bergwerk.

1 Essen, 12. April.

Auf der Zeche „Matthias Stinnes III/IV" verunglückten durch Verfallen eines größeren Bruches drei Bergleute und ein Abteilungsleiter tödlich. Ein Hauer wurde schwer verletzt.

Irland gegen England.

m **London, 11. April.**

Der Kampf um den irischen Treueid wird von seiten beider Regierungen, der englischen wie der irischen mit einer Hartnäckigkeit und Unnachgiebigkeit geführt, die eine Verständigung immer schwieriger erscheinen lassen.

Vor einer Massenversammlung in seinem Wahlkreis Ennis (Grafschaft Clare) hielt Ministerpräsident DE VALERA, umgeben von Soldaten der Republik, eine eindeutige Rede über die Forderungen des irischen Freistaates: Keine Drohung wird uns daran hindern, so erklärte er, den Eid aus der irischen Verfassung zu entfernen. Irland ist keine britische Kolonie. Es ist eine der ältesten Nationen der Welt. Unser Unabhängigkeitsrecht ist älter als irgendein britisches Statut, älter als das englische Parlament und älter als die englische Nation selber. Das irische Volk will die Abschaffung des Treueides und wir werden seinem Willen, soweit es in unserer Macht steht, Folge leisten. Wir werden keinerlei Einmischung von außen dulden, da es sich um eine rein innere Angelegenheit handelt. Die besten Rechtsgelehrten Irlands haben nachgewiesen, so erklärte DE VALERA weiter, daß Irland nicht dazu verpflichtet sei, auch nur einen roten Heller Entschädigungszahlungen zu leisten. Kein Pfund werde Irlands Boden mehr verlassen, wenn England nicht triftige Beweisgründe für sein unbestreitbares Recht auf diese Zahlungen vorbringen könne. Dagegen würden die von den irischen Landwirten abzuführenden Jahreszahlungen an England weiter geleistet werden. Wie sich denken läßt, gibt England solchen Bestrebungen keinen Finger breit nach, solange es dazu nicht gezwungen ist. Die englische Antwort auf die irische Note ist scharf gehalten. Die britische Regierung erklärt, aus der Note DE VALERAS gehe klar hervor, daß die Forderungen der irischen Regierung sich nicht nur auf den Treueid und die Entschädigungssummen bezögen, sondern viel weiter gingen. Es handele sich um nichts weniger als eine Zurückweisung des ganzen englisch-irischen Vertrages, auf dessen Innehaltung die englische Regierung energisch bestehe.

Ungeklärte Lage im Fernen Osten.

In das Hin und Her der Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai vermag man, bei den spärlichen Nachrichten, die die Presseagenturen melden, nicht einzudringen. Nur das Eine bleibt klar, daß eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Schiffen und Truppen der Japaner in Schanghai bleibt, die den bewaffneten Frieden oder den Krieg sichern sollen.

In der Mandschurei muß der Regent PUYI erklären, daß er den chinesischen Außenminister WEELINGTON KU, der der Völkerbundskommission angegliedert ist, nicht über die Grenze lassen wird. Der einzige Sachverständige, der die Sprache der Mandschurei kennt, wird also nicht an der Studienfahrt beteiligt sein, wenn es dem Engländer Lord LYTTON, dem Chef der Kommission, nicht noch im letzten Augenblick gelingt, sich mit Tokio über die Einreiseerlaubnis zu verständigen.

Die Signatarmächte klagen.

Der Fall Memel vor dem Haager Schiedsgerichtshof.

i **Haag, 11. April.**

Die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Japans haben heute durch Vermittlung ihrer hiesigen Gesandtschaften eine Klage gegen die litauische Regierung eingereicht. Sie zählen in ihrer Klageschrift die Streitfälle in Memel auf, die Absetzung BÖTTCHERS, die Ernennung des Direktoriums SIMMAT, die Auflösung des Landtags. Diese Taten, so wird betont, stellen Meinungsverschiedenheiten dar hinsichtlich der Frage, ob sie in Uebereinstimmung mit dem der Memelkonvention angefügten Statut des Memellandes stünden. Da diese Meinungsverschiedenheiten weder durch Intervention des Völkerbundes noch durch Verhandlungen der Signatarmächte mit Litauen beigelegt werden konnten, beantragen die vier Signatarmächte, daß der Gerichtshof sich zu sechs Fragen aussprechen soll, in denen sie die Streitpunkte zusammengefaßt haben.

In Genf geht's wieder los.

i **Genf, 11. April.**

Die Abrüstungskonferenz ist nach ihren Osterferien heute wieder zusammengetreten mit der Aufgabe, nun als Erstes die grundsätzlichen Fragen, wie die der Sicherheit, der Gleichberechtigung der Völker, der vollständigen Abrüstung, in Angriff zu nehmen.

In der Eröffnungssitzung am Montag nachmittag legte der amerikanische Botschafter GIBSON der Konferenz einen neuen Abrüstungsvorschlag seiner Regierung vor, der darauf ausgeht, durch Abschaffung der Angriffswaffen die Verteidigungsmaßnahmen wieder ihrer wahren Bedeutung zuzuführen und damit in den Völkern ein Gefühl der Sicherheit zu schaffen.

*

Die Notwendigkeit, auch weiterhin Maßnahmen zur Verteidigung zu treffen, zeigt leider, daß das neu zu schaffende Sicherheitsgefühl nicht auf sehr festen Füßen stehen wird.

Der Krieg soll nicht abgeschafft werden, er soll nur auf die Stufe zurückgeschraubt werden, auf der die bisher üblichen Verteidigungsmaßnahmen, die der modernen Kriegstechnik gegenüber zu versagen drohen, einen Schutz bieten!

GIBSON spricht daher in den konkreten Verschlägen, die er macht, auch nur von der Abschaffung der „schweren" Angriffswaffen.

*

In der Aussprache fand der amerikanische Vorschlag starke Zustimmung bei den Vertretern Englands, Deutschlands und der Schweiz, die nur alle drei eine Erweiterung der Liste der zu verbietenden Waffen forderten. Wie man erwartete, erfolgte dann ein Gegenstoß von TARDIEU, der den amerikanischen Vorschlag zurückwies, da dieser 1. nur die Landwaffen beschränke und 2. den französischen Forderungen nach internationalen Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen nicht gerecht werde.

Der Hauptausschuß beschloß, die amerikanischen Vorschläge gemeinsam mit sämtlichen in gleicher Richtung liegenden Anträgen zunächst im Präsidium zur Verhandlung zu stellen. Der Hauptausschuß wird jetzt in zwei Sitzungen täglich die Hauptaussprache über sämtliche grundsätzlichen Anträge der Abrüstung weiter fortsetzen und tritt am Dienstag früh zu einer neuen Sitzung zusammen.

*

Voraussichtlich wird in Genf auch die Behandlung der Donaupläne wieder aufgenommen werden.

Piccards Gondel war nicht durch Sturm, sondern durch Menschen von ihrem Standort entfernt worden. Jetzt ist sie aus der Schlucht heraufgeholt und zum Bahnhof befördert worden.

„Soldaten sind Mörder!"

Enthält dieser Satz eine Beleidigung der Reichswehr?

GROENER hatte gegen OSSIETZKY, den Schriftleiter der „Weltbühne", Klageantrag gestellt wegen eines Artikels von IGNAZ WROBEL (Pseudonym TUCHOLSKIS) aus dem August vorigen Jahres. In dem Artikel schrieb TUCHOLSKI: „Da gab es vier Jahre lang ganze Quadratmeilen Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon entfernt streng verboten war. Sagte ich Mord? Natürlich Mord, denn Soldaten sind Mörder."

Auf diesen Artikel hin hatte der Oberstaatsanwalt beim Landgericht III in Berlin gegen OSSIETZKY (TUCHOLSKI ist im Ausland) Anklage wegen Beleidigung der Reichswehr erhoben.

Darüber hat jetzt das Schöffengericht Berlin-Charlottenburg unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors SCHMITZ entschieden: es erblicke in dem Artikel keine strafbare Handlung und lehne es ab, gegen OSSIETZKY das Hauptverfahren zu eröffnen.

Damit ist allerdings noch nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen: Die Staatsanwaltschaft hat gegen die Entscheidung des Schöffengerichts Beschwerde erhoben. Diese wird vor der dritten Großen Strafkammer beim Landgericht III verhandelt werden.

Vulkanausbrüche in Chile.

Eine Reihe der großen Vulkane in den chilenischen Anden, die alle als erloschen galten, sind seit Sonntag in heftiger Tätigkeit. Ein dichter Aschenregen verdunkelt die Luft völlig. Die Asche bedeckt den Boden in einigen Dörfern bereits bis zu einer Höhe von 75 cm.

Bis nach Santiago hinein ist der Donner der Explosionen zu hören. Der Staub wird nach Osten getrieben; in Buenos Aires, das rund 1500 km entfernt ist, ist er in den Straßen deutlich spürbar. Die chilenische Regierung hat Flugzeuggeschwader in die bedrohten Gebiete entsendet.

Die Fernsprech- und Telegraphenverbindungen sind zerstört.

Dauernd erschüttern schwere Stöße die Erde.

Die ersten Alkoholgewinne in Finnland.

In Finnland setzte am 5. April der Alkoholausschank ein. Seit 1919 konnten die Finnländer zum erstenmal wieder Schnaps kaufen. Die Wirtschaften und Restaurants waren gestopft voll.

Der erste Tag brachte der Monopolgesellschaft einen Umsatz von rund 154 000 Mark, bei einer Bevölkerung von rund 3,5 Millionen Einwohnern.

In Helsingfors, der Hauptstadt mit 212 000 Einwohnern, verkaufte die Gesellschaft am ersten Tag direkt an die Bevölkerung für rund 30 000 Mark, für ebensoviel an die Wirtschaften.

Die Wirtschaften sind in solche 1. und 2. Klasse eingeteilt. Die der 1. Klasse verkaufen mit 60 Prozent, die der 2. Klasse mit 40 Prozent Gewinnaufschlag. Im allgemeinen gelten die Preise als hoch. Die Monopolgesellschaft vertröstet das Land, daß mit steigendem Konsum die Preise sinken werden; ferner damit, daß bei schwindender Kälte der Import sich einfacher und billiger gestalten werde.

Die deutschen Weinfirmen werden gewarnt, Angebote zu machen, da die Monopolgesellschaft in erster Linie mit Frankreich handelt.

Opiumhandel in Asien, Alkoholhandel in Europa, daneben Missionare und Kultusministerien, — alles nach dem Spruch: die rechte Hand sieht nicht, was die linke tut. Die Frage des Alkohols ist gewiß nicht die brennendste unter den wirtschafts- und kulturpolitischen Fragen unserer Zeit. Ihre Lösung wird sich im sozialistischen Staat, wenn die Lebensbedingungen und die Erziehung der Menschen freier sein werden als heute, ohne staatliche Zwangsmaßnahmen regeln lassen. Ob man innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft zu staatlichen Verboten übergehen soll, hängt von der Kraft des jeweiligen Staates ab, dem Schmuggel- und privaten Brauwesen zu steuern. Die Verteuerung des Alkohols in Prohibitivstaaten spricht für ein Verbot; die Möglichkeit, gesundheitsschädlichen Fusel zu trinken, spricht gegen das Interesse des Proletariats. Eine Stellungnahme erfordert in jedem einzelnen Fall eine gesonderte Beobachtung *aller* Verhältnisse des Landes.

L. N. TOLSTOI

Wieviel Erde braucht der Mensch?

Erschienen im Insel-Verlag zu Leipzig.

(1. Fortsetzung.)

Als Pachom das Geld beisammen hatte, suchte er sich ein Stück Land nach seinem Geschmack aus — es waren fünfzehn Deßjatinen mit einem kleinen Wald — und begab sich zur Gutsherrin, um über den Kauf zu verhandeln. Sie wurden handelseinig, und er gab ihr eine Anzahlung auf die fünfzehn Deßjatinen. Dann fuhren sie in die Stadt und schlossen den Kaufvertrag ab; Pachom zahlte die Hälfte des Preises und verpflichtete sich, den Rest innerhalb zweier Jahre nachzuzahlen.

Nun hatte Pachom ein ordentliches Stück Land. Er verschaffte sich Saat auf Kredit und besäte den gekauften Grund. Schon die erste Ernte war so gut, daß er gleich im ersten Jahre sowohl der Gutsherrin als auch dem Schwager die Schuld bezahlen konnte. So wurde Pachom Gutsbesitzer: der Boden, den er bebaute, auf dem er mähte, sein Holz fällte und sein Vieh weidete, gehörte nun ihm. So oft Pachom auf sein eigenes Land hinausfuhr, um zu pflügen oder um die Saat und das Gras anzusehen, war er stolz und glücklich. Es schien ihm, daß auf seinem Grund und Boden ganz anderes Gras wachse und andere Blumen blühten, als sonst irgendwo. Als er noch vor einem Jahre an diesem Stück Land vorbeigefahren, schien ihm das Land ganz gewöhnlich; jetzt war es aber ein gesegnetes Land.

III.

So lebte Pachom in Freuden. Er wäre wohl ganz zufrieden gewesen, wenn ihm die Bauern nicht ständig mit den vielen Flurschäden zugesetzt hätten. Pachom ersuchte sie auf die freundlichste Weise, seine Felder und Wiesen in Ruhe zu lassen; es half aber alles nichts: bald ließen die Hirten die Kühe auf seinen Wiesen grasen, bald verirrten sich nachts die Pferde in sein Korn. Pachom beschränkte sich darauf, daß er das fremde Vieh wegtrieb; er verzieh den Bauern immer wieder und zeigte sie nie an; auf die Dauer wurde es ihm aber zu dumm, und er begann, die Schuldigen bei der Dorfpolizei anzuzeigen. Er wußte zwar, daß die Bauern es nicht mit böser Absicht taten, und daß es nur daher kam, weil sie so dicht beieinander wohnten; und doch mußte er sich sagen: „Das kann ja wirklich nicht so weitergehen! Wenn ich es ihnen jedesmal verzeihe, werden sie bald mein ganzes Land ruinieren. Ich muß ihnen doch einmal eine Lehre geben!"

Er zeigte einen Bauern an, dann einen andern, und beiden wurden Geldstrafen zudiktiert. Das ärgerte die Nachbarn, und von nun an kam es vor, daß sie ihn mit Absicht schädigten. Jemand kam nachts in sein Wäldchen und fällte zehn junge Linden, um sich aus ihrer Rinde Bast zu machen. Als Pachom am nächsten Tage an dieser Stelle vorbeifuhr, sah er etwas weiß schimmern. Wie er näher kommt, liegen die abgeschälten Stämme auf der Erde, nur die Stümpfe ragen noch aus dem Boden. Wenn der Dieb wenigstens die äußersten Stämme vom Gebüsch gefällt und die mittleren stehen gelassen hätte; er hatte aber alle der Reihe nach abgehauen. Pachom wurde wütend.

„Wenn ich nur wüßte, wer es war! Dem möchte ich einen ordentlichen Denkzettel geben!" Er überlegte lange hin und her und sagte sich schließlich: „Es kann niemand anders als Ssemjon gewesen sein."

Er ging zu Ssemjon, durchsuchte seinen Hof, fand aber nichts; es kam nur zu einem Streit. Pachom war erst recht davon überzeugt, daß Ssemjon der Täter war. Er reichte eine Klage ein. Es kam zur Verhandlung, und die Richter mußten Ssemjon freisprechen, da jeglicher Beweis für seine Schuld fehlte. Darob geriet Pachom noch mehr in Zorn, und er fing einen Streit mit dem Schulzen und den Richtern an. Er sagte ihnen: „Ihr steckt unter einer Decke mit den Dieben. Wenn ihr anständig wäret, würdet ihr den Dieb nicht freisprechen!"

Nun war Pachom mit den Richtern und den Nachbarn verzankt. Die Bauern drohten ihm mit dem roten Hahn. Pachom hatte zwar auf seinem Grund und Boden genügend Raum, doch in der Gemeinde wurde es ihm zu enge.

Um jene Zeit kam das Gerücht auf, daß viele Bauern weiter nach Osten auswanderten. Und Pachom sagte sich: „Ich selbst brauche ja nicht auszuwandern, denn ich habe auch hier genügend Land; wenn aber jemand von den Nachbarn auswandern wollte, würde es hier geräumiger werden. Ich würde das Land der Auswandernden aufkaufen und damit meinen Besitz abrunden; ich würde es dann viel bequemer haben, denn jetzt ist es wirklich zu eng!"

Als Pachom einmal zu Hause saß, klopfte bei ihm ein durchreisender Bauer an. Pachom gewährte ihm Nachtquartier, gab ihm zu essen und zu trinken und fragte ihn, woher er des Weges komme. Der Bauer sagte, daß er aus dem unteren Wolgagebiete komme, wo er auf Arbeit gewesen. Sie kamen ins Gespräch, und der Bauer erzählte von den Verhältnissen der Einwanderer in jener Gegend. Viele Leute aus seinem Dorf seien hingezogen; man habe sie ohne Schwierigkeiten in die Gemeinde aufgenommen und einem jeden zehn Deßjatinen Land zugeteilt. Der Boden sei dort sehr fruchtbar; zwischen den Kornähren könne sich ein Pferd verbergen, und fünf Handvoll Aehren gäben eine Garbe ab. Ein Bauer, der gänzlich verarmt und mit leeren Händen hingekommen sei, besitze jetzt sechs Pferde und zwei Kühe.

Pachoms Herz entbrannte. Er sagte sich: „Was soll ich mich hier in der Enge plagen, wenn ich anderswo viel besser leben kann? Ich will meinen hiesigen Besitz verkaufen und mich mit dem Erlös drüben einrichten. Denn hier in der Enge wird man ständig zu Streitigkeiten verleitet. Nur muß ich zuerst selbst hin und mir die Sache näher anschauen."

Als die Sommerarbeiten zu Ende waren, machte sich Pachom auf den Weg. Er fuhr bis Ssamara die Wolga hinab und ging von dort etwa vierhundert Werst zu Fuß. Er kam in die Gegend. Alles stimmte. Die Bauern hatten dort viel Land. Einem jeden waren zehn Deßjatinen zugeteilt, und Fremde wurden ohne Schwierigkeiten in die Gemeinde aufgenommen. Wer aber auch noch Geld mitbrachte, durfte außer den angewiesenen zehn Deßjatinen noch so viel Land kaufen, als er wollte; eine Deßjatine bester Erde kostete nur drei Rubel.

Als Pachom alles an Ort und Stelle kennengelernt hatte, kehrte er zum Herbst nach Hause zurück und begann, seinen Besitz zu verkaufen. Er verkaufte sein Land mit Gewinn, verkaufte sein Gehöft, sein Vieh, trat aus der Gemeinde aus und zog im nächsten Frühjahr mit seiner Familie in die neue Heimat.

(Fortsetzung folgt.)

Stimmen über die Wahl.

Presse innerhalb Deutschlands.

Ein Teil der bürgerlichen Presse ergeht sich in „Berechnungen“ darüber, wieviel ehemalige THÄLMANN-Wähler diesmal HITLER gewählt haben, am ausführlichsten das „Berliner Tageblatt“ in einem Leitartikel:

„Kommunisten stimmen für HITLER.“ Die „Germania“ versteigt sich zu der nicht nur leichtsinnigen, sondern *sicher* falschen Behauptung

„der für Herrn HITLER nicht besonders schmeichelhaften Tatsache, daß für seinen Ruf im zweiten Wahlgange Hunderttausende von Kommunisten ihr Placet in die Wagschale geworfen haben *müssen*.“

Von Müssen, davon, daß man aus den Stimmenzahlen *mit Notwendigkeit* auf das Ueberlaufen von THÄLMANN-Wählern zu HITLER schließen könnte, ist keine Rede. Nicht einmal der zunächst naheliegende Schluß, daß ehemalige THÄLMANN-Wähler diesmal HINDENBURG *oder* HITLER gewählt haben, ist stichhaltig.

Besonnener urteilt die „Frankfurter Zeitung“, die in solchen „Rechnungen“ eine „Beschäftigung von fragwürdigem Nutzen“ sieht. Gegenüber den mit dem Schein von Exaktheit auftretenden Rechnungen über einzelne lokale Ergebnisse erinnert die „Frankfurter Zeitung“ daran, daß solche Rechnungen den sehr verschiedenen Charakter — mehr landwirtschaftlichen oder mehr industriellen — der verschiedenen Wahlkreise nicht beachten.

Sehr optimistisch urteilt die „Germania“ über die Reife des deutschen Volkes zur Demokratie:

„Der letzte Wahlgang scheint uns ganz allgemein die Annahme zu bestätigen, als ob das deutsche Volk durch die Ueberspitzung der Wahlagitation gegenüber allen Bauernfangsmethoden längst immun geworden ist.“ Zur Begründung dieser Behauptung weist die „Germania“ nur auf die weitere Stärkung der HINDENBURG-Front hin, ohne den viel größeren Zuwachs des Demagogen HITLER hier zu erwähnen.

Presse außerhalb Deutschlands.

Frankreich.

„Echo de Paris“ (extrem rechts):

„Wir glauben nicht, daß die Führung der deutschen Politik plötzlich in andere Hände übergehen wird. Aber wir sind darauf gefaßt, daß sie kühner und unternehmender wird... Der letzte Anschein von Friedfertigkeit, den STRESEMANN benutzte, um so viele Leute in England und Frankreich irrezuführen, ist nunmehr verschwunden.“

„Journal“ (gemäßigt rechts):

„HITLER bleibe mehr denn je der Mann, mit dem man rechnen müsse.“

„Le Populaire“ (SP):

„HITLER ist endgültig von der Präsidentschaft des Reiches ausgeschaltet, folglich auch von der Regierung. Das sozialistische Proletariat hat den Nazis den Weg zur Macht verlegt. Der Aufstieg auf legalem Wege ist ihnen künftig verwehrt.“

England.

„Times“:

„.... Präsident HINDENBURG bleibt auf jeden Fall an der Spitze des Reiches in der Stellung, die er seinem großen Ansehen, dem gesunden Sinn des deutschen Volkes.... verdankt.... Das Stimmenergebnis bedeutet eine schöne Huldigung für die Persönlichkeit des alten Feldmarschalls... .“

„Daily Herald“ (Arbeiterpartei) meint, die Zunahme von HITLER-Stimmen infolge kommunistischer Hilfe liefere den Sozialdemokraten eine wertvolle Wahlparole für die Preußenwahlen.

Italien.

„Tribuna“: Vom 13. März bis gestern habe der preußische Innenminister SEVERING gegen die Partei HITLERS versucht, mit der Polizei vorzugehen. Damit werde nur bewiesen, wie ungesetzlich gerade die Sozialdemokratie vorgehe, die die Macht nicht abgeben wolle, obwohl jeder Wahlgang aufs neue zeige, daß sie keine gesetzliche Grundlage mehr habe. Die HITLER-Wähler haben gegen den preußischen Polizeiapparat, gegen die Regierungsmaschine und gegen die Mehrheit der Presse standgehalten. Dieser Erfolg sei durch die unbeugsame Taktik HITLERS erreicht, die sich durch Willen und Verantwortungsbewußtsein auszeichne und daher in Zeiten der Verwirrung sehr heilsam sei.

„Lavoro Fascista“: „Die Tatsache, daß mehr als dreizehn Millionen Wähler für HITLER stimmten, trotzdem sie im voraus wußten, daß ihr Kandidat nicht gewählt werden würde, gibt diesen Stimmen außer ihrer eindrucksvollen Zahl noch eine besonders qualitative Bedeutung.“

Brüning, Reichskabinett, Reichstag.

h Berlin, 11. April.

BRÜNING war heute zum Vortrag beim Reichspräsidenten. Dabei bot er, wie es nach einer Neuwahl des Reichspräsidenten üblich ist, den Rücktritt des Kabinetts an. HINDENBURG hat natürlich das rein formale Angebot abgelehnt.

In den nächsten Tagen wird das Kabinett den neuen Reichshaushalt vorbereiten. BRÜNING wird an den Beratungen teilnehmen.

Am Donnerstag wird BRÜNING nach Genf reisen, voraussichtlich für etwa 10 Tage.

Es wird über Pläne einer Kabinettsumbildung, über Besetzung der gegenwärtig unbesetzten Ministerien des Aeußern und des Innern gesprochen.

Der Aeltestenrat des Reichstags hat gegen die Stimmen der Kommunisten und der Rechtsopposition einen Antrag auf Reichstagseinberufung zum 26. April abgelehnt.

Regierungsantrag im Landtag angenommen.

Berlin, 12. April.

Bei der heutigen Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien auf Aenderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten war das Haus wider Erwarten beschlußfähig. Es wurden 232 Stimmen abgegeben, und zwar 228 mit Ja, 3 mit Nein, 1 war ungültig. Der Antrag ist also angenommen worden.

Wahlergebnis in Preußen.

Die in den preußischen Wahlkreisen abgegebenen Stimmen setzen sich wie folgt zusammen:

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
Thälmann	2 211 197	3 724 687	3 141 547
Hindenburg	11 830 204	11 022 089	12 030 182
Hitler	8 625 832	6 844 854	3 967 379
Duesterberg	—	1 825 158	1 968 856

Wahlergebnis in Bayern.

In den vier bayrischen Reichstagswahlkreisen wurden folgende Stimmen abgegeben:

	2. Wahlg.	1. Wahlg.	Rtgw.1930
THÄLMANN	225 669	311 589	224 719
HINDENBURG	2 627 703	2 545 116	2 337 432
HITLER	1 364 375	1 270 147	677 928
DUESTERBERG	—	113 248	75 052

Bei den Vergleichszahlen von 1930 sind gerechnet worden: für THÄLMANN die Stimmen der KPD, für HINDENBURG die Stimmen der SPD, der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei, der Wirtschaftspartei, des Deutschen Landvolks und des Christlich-Sozialen Volksdienstes, für HITLER die Stimmen der NSDAP und für DUESTERBERG die der Deutschnationalen Volkspartei.

Wahlresultate aus Städten mit mehr als 200000 Einw.

	THÄLMANN			HINDENBURG			HITLER			DUESTERBERG	
	2.Wahlg.	1.Wahlg.	Reichs.1930	2.Wahlg.	1.Wahlg.	Reichs.1930	2.Wahlg.	1.Wahlg.	Reichs.1930	1.Wahlg.	Rchs 1930
Altona	19 688	25 205	28 140	77 446	76 578	81 493	52 174	44 495	32 109	7 148	5 238
Berlin	572 638	685 411	739 235	1 328 577	1 307 661	1 197 743	863 747	666 053	395 988	323 758	351 277
Bochum	23 328	33 462	34 359	95 161	93 246	101 178	58 380	50 146	31 238	8 515	7 420
Breslau	31 090	45 768	33 327	187 548	182 194	211 685	153 739	129 988	87 278	22 417	29 750
Chemnitz	34 307	40 513	40 512	94 780	93 513	103 443	94 841	79 253	49 423	11 015	12 612
Dortmund	51 622	77 962	60 555	186 238	179 040	195 323	64 624	55 524	24 934	11 817	11 644
Dresden	35 902	47 614	56 278	246 436	247 489	246 410	144 080	110 199	73 677	25 257	22 339
Duisburg-Hamborn	38 152	60 052	57 587	115 933	112 461	111 814	67 318	57 069	41 157	11 359	12 622
Düsseldorf	51 190	68 970	72 027	151 996	152 328	157 312	76 796	64 544	39 170	7 729	13 560
Essen	60 078	87 080	88 742	212 951	216 165	197 565	95 155	75 812	52 434	12 765	13 863
Frankfurt a. M.	37 248	58 129	49 441	202 457	198 151	203 299	109 142	96 963	68 498	55 303	17 185
Gelsenkirchen	33 089	49 002	45 527	85 942	85 087	98 738	45 794	38 863	17 671	8 487	10 624
Hamburg	92 695	119 070	163 571*	412 414	418 172	330 255*	220 568	185 343	187 091*	33 431	*38 628
Hannover	17 218	23 379	18 106	161 932	166 443	195 910	117 015	101 301	59 383	9 576	11 855
Kiel	10 798	15 233	13 643	63 986	63 245	74 274	66 661	56 330	29 771	7 629	11 795
Köln	58 456	81 317	67 786	255 002	267 006	249 272	92 592	84 111	70 280	4 794	6 613
Königsberg	27 630	32 896	36 994	84 148	90 641	80 119	69 512	53 774	43 510	11 364	11 493
Leipzig	71 227	81 941	83 981	263 345	275 103	272 884	138 439	110 714	62 559	12 751	16 748
Magdeburg	17 708	25 715	25 005	111 810	110 027	121 305	63 062	50 935	38 089	18 945	10 871
Mannheim	22 172	32 362	34 293	91 692	94 008	110 675	42 047	35 261	27 218	2 001	2 299
München	41 430	56 711	40 169	287 405	291 323	260 615	108 992	102 372	86 607	9 055	9 387
Nürnberg	20 490	29 604	20 262	140 764	142 048	163 845	103 767	93 452	60 095	7 222	6 005
Stettin	17 081	24 210	25 120	78 381	76 485	83 563	58 762	52 304	29 909	13 460	20 365
Wuppertal	39 791	56 973	57 805	102 751	102 203	116 161	107 350	91 015	58 756	15 282	17 829

* Als Vergleichszahl geben wir das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl vom Mai 1931.

Wahlergebnis im Freistaat Braunschweig.

	2. Wahlg.	1. Wahlg.
Thälmann	18 164	27 926
Hindenburg	154 267	149 917
Hitler	148 658	125 817
Duesterberg	—	20 103

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

iSK

7. JAHRGANG 4. HEFT APRIL 1932

INHALT:

Völkerverständigung:

GRETE HERMANN:
Der Völkerbund.

MINNA SPECHT:
Briand.
Aussprüche Briands.

★

FRITZ GROB:
Gegen die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.

★

WILLI EICHLER:
Arbeiterschaft und Wahlen.
Die Reichspräsidentenwahl
Die Landtagswahlen in Deutschland

★

Zum Nachdenken:
Die katholische Presse der Vereinigten Staaten.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate
Koffer ☐ Schatullen ☐ Schränke
Schallplatten
für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen
Otto Pfotenhauer
Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

WAHN-EUROPA 1934
Schöner Ganzleinenband. Preis M. 4,80 (oder 8 Wochenraten zu M. 0.60)
A. H. Timmermann / Hamburg 24
Barcastraße 8. Postscheck: Hamburg 83167

MAGDEBURG
Getrocknete Bananen
sind nahrhaft und billig, als Brotbelag und zum Obst für jung und alt zu verwenden
Postpäckchen
4 Pfd. brutto nur 3 Mark frei Haus nach allen Orten.
Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 17924 erbeten
Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O. v. Guericke-Str. 104.

Elegante und praktische
Herren- und Damenkleidung
nach Maß fertigt sauber und billig an
RUDOLF SCHÖNHEIT
Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig.
Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 104, H. r. I

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften
bei billigster Preisberechnung druckt
A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelnummer F1 Moritzplatz 5471

Das Zentrum gewinnt an Macht.
Eines Tages wird es seine Rechnung präsentieren.
Rüstet zum Kulturkampf!

Die Schrift:
Rettet die Kinder!
Herausgegeben vom
Sozialistisch-dissidentischen Lehrer-Kampf-Bund
1.—5. Tausend / 32 Seiten / 50 Pf.

gehört zum Rüstzeug der Kirchengegner.
Denn sie vermittelt Kenntnis von kirchlichen Erfolgen und deren Ursachen.
Denn sie bringt Klarheit über die Ziele des Kulturkampfes.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

„Wirtschaftsführer“!

Zum bevorstehenden Lahusen-Prozeß.

Demnächst wird wieder ein Prozeß gegen einige gestürzte Wirtschaftsgrößen die Oeffentlichkeit beschäftigen: gegen den letzten Vorstand des Nordwolle-Konzerns: die Gebrüder LAHUSEN. Wir erinnern daran, daß der Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns, der Verluste von etwa 200 Millionen Mark aufzuweisen hatte, durch seine Rückwirkungen auf die Danat- und SCHRÖDER-Bank in starkem Maße zur Verschärfung der Finanzkrise beigetragen hat.

Anfang dieses Jahres haben die Gebrüder LAHUSEN eine Broschüre herausgegeben, die den Titel trägt: „Die Nordwolle unter unserer Leitung.“ Diese Schrift sollte der Verteidigung dienen, zeigt aber — außer einigen ganz interessanten Einblicken in den Aufbau eines Konzerns — nur die Engstirnigkeit und innere Verlogenheit dieser „Führer“ eines der größten deutschen Konzerne. Die folgenden Zitate sind dieser Broschüre entnommen.

„ . . . eng verbunden mit wohl sämtlichen Angestellten und Arbeitern.“

Gleich die ersten Seiten zeigen uns, was für ein übles Machwerk die Schrift ist:

„Wenn wir im Folgenden nun die Nordwolle schildern, wie sie wirklich war, so wissen wir uns in der Erinnerung an diese Zeiten gemeinsamer Arbeit in und an unserem schönen Unternehmen eng verbunden mit wohl sämtlichen Angestellten und Arbeitern. . . . Wir fühlen uns allen Angestellten und Arbeitern gegenüber, die mit uns in gleicher Auffassung tätig waren, verpflichtet, an dieser Stelle auszusprechen, daß uns nichts so sehr schmerzt als die Gewißheit, ihnen in der Sorge um eine ungewisse Zukunft nicht behilflich sein zu können. Wir gedenken ihrer aller mit größter Dankbarkeit und innerer starker Verbundenheit.“

Gleich die nächsten Seiten geben uns Auskunft darüber, wie es in Wirklichkeit mit der starken inneren Verbundenheit aussah. Die „Nordwolle“ besaß in ihrer Zentrale ein Arbeits-Institut, in dem mit wissenschaftlichen Methoden sogenannte „Menschenwirtschaft . . . eifrig und energisch gepflegt und gefördert“ wurde. Man klügelte dort ein Leistungs-System aus, durch das die Arbeiter der „Nordwolle“ bis zum äußersten ausgepreßt wurden. Für jede Maschine wurde ein theoretisches Leistungssoll festgestellt, mit dem Ziel:

„ . . . das praktische Leistungssoll so nahe wie nur möglich an das theoretische Leistungssoll der Maschine heranzubringen. In ständiger Kontrolle sorgte die verantwortliche Abteilung der Zentrale dafür, daß allmählich eine von einem Werk erreichte besonders gute Leistung zur Durchschnittsleistung des Konzerns wurde.“

Mit rücksichtsloser Konsequenz wurde dieses Antreibe-System durchgeführt. **Als Beispiel wird das Werk Kaiserslautern genannt:**

„Es konnten dort nach wenigen Wochen 600 Leute unter voller Aufrechterhaltung der Produktion entlassen werden, wodurch eine Lohnersparnis von ca. 1 200 000,— RM. jährlich (bei einem Aktienkapital von nom. 4 000 000,— RM.) erreicht wurde.“

Im „Funken“ (Nr. 11) ist bereits von einer Textil-Arbeiterin eines Nordwolle-Betriebes geschildert worden, wie die Arbeiter bis zur Besinnungslosigkeit schuften mußten, um das zu erreichen, was im Werk Kaiserslautern erreicht wurde. 1927 wurde von den Freien Gewerkschaften ein Streik gegen die Einführung des „Leistungs-Systems“ durchgeführt, der drei Monate dauerte. Während dieses Streiks versuchte die „Nordwolle“-Leitung den Textilarbeiter-Verband wegen „unsittlicher Handlung“ zu verklagen, weil er die Streikenden mit Essenmarken unterstützte. — Nach Meinung des „Norwolle“-Vorstandes wurden aber die Arbeiter noch nicht genügend ausgepreßt. Der Broschüre sind Auszüge aus elf Jahresberichten der Gesellschaft angehängt, in denen immer wieder gegen die hohen Löhne und gegen die Arbeitslosenversicherung zu Felde gezogen wird.

Ultra-Mare, die stille Reserve.

Die Ultra-Mare, eine holländische Tochtergesellschaft der „Nordwolle“, diente der Bilanzverschleierung und Steuerhinterziehen. Das wird von den Gebrüdern LAHUSEN ohne weiteres zugegeben. Sie schreiben, daß es von vornherein ihre Absicht war, diese Gesellschaft „als stille Reserve für die Nordwolle zu behandeln. . . Es ist das Wesen jeder stillen Reserve, daß sie in der Bilanz nicht erscheint.“ Zunächst flossen der Ultra-Mare die Gewinne aus den Wollimport-Geschäften zu, sie entgingen somit der Besteuerung. Als die „Nordwolle“ anfing, mit Verlust zu arbeiten, diente die Ultra-Mare zur Verschleierung dieser Verluste. Wie das vor sich ging, können wir ebenfalls aus der Broschüre erfahren:

„Der einfachste Weg war immer, eine Vergütung durch Erheben irgend einer Reklamation wegen minderwertiger Lieferung von Rohwolle oder Kammzug oder dergl. seitens der „Nordwolle“ zu beanspruchen. Mit einer solchen Vergütung konnte die „Nordwolle“ jederzeit den von ihr gewünschten Betrag aus der Reserve herüberziehen.“

Diese Scheinmanöver wurden so weit durchgeführt, daß ein großer Teil des 200-Millionen-Verlustes der „Nordwolle“ zu Lasten der Ultra-Mare ging. Infolgedessen war anscheinend selbst der Aufsichtsrat der „Nordwolle“ bis zum letzten Augenblick nicht darüber orientiert, wie hoch die wirklichen Verluste des „Nordwolle“-Konzerns waren.

Die Gründe des Zusammenbruchs.

Nicht in einer völligen Verkennung der Wirtschaftslage, nicht in den Fehldispositionen beim Ausbau des Konzerns sehen die Gebrüder LAHUSEN die Ursache des Zusammenbruchs. Nein, sie besitzen die Dummdreistigkeit, noch Anfang 1932 **zu erklären:**

„Ja, es ist sicher, daß 1931 eines der besten Jahre geworden wäre, das die „Nordwolle“ jemals erlebt hat, wenn man sie es hätte erleben lassen. Es hat sich tatsächlich nur um einige Wochen gehandelt.“

Schuld am Zusammenbruch sind nach ihrer Ansicht diejenigen, die ihnen nicht noch einige Wochen Zeit ließen, weiter Bilanzen zu fälschen und Verluste zu verschleiern. Der „Nordwolle“-Konzern ist „an der Danatbank zugrunde gegangen“ schreiben die Gebrüder LAHUSEN. Warum? Weil die Danatbank, durch verschiedene Umstände zur Vorsicht gemahnt, daran ging, den „Nordwolle“-Konzern einer Prüfung zu unterziehen. Schuld ist die Reichsregierung, weil sie nicht, wie bei den Banken, die Verluste der „Nordwolle“ zu Lasten des Reiches übernommen hat. Das ist der Ausklang des Rechtfertigungsversuches der Gebrüder LAHUSEN. Führende Männer der Wirtschaft, die gerade in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges den Beweis für ihre Qualifikation als Wirtschaftsführer liefern sollten, verkriechen sich mit faulen Ausreden hinter die Verantwortlichkeit anderer.

Im Ganzen bietet dieser Rechtfertigungsversuch nur ein trostloses Bild von Verantwortungslosigkeit und moralischer Verkommenheit.

Wilhelm Heidorn.

Der nächste Korruptionsprozeß beginnt.

h Berlin, 9. April.

Am 15. April beginnt vor der Dritten Großen Strafkammer beim Landgericht I ein neuer Betrugsprozeß.

Angeklagt sind Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder der Landhilfe G. m. b. H., Vorstandsmitglieder der Bauhilfe G. m. b. H., Vorstandsmitglieder der Gemeinnützigen Baugesellschaft Groß-Berlin m. b. H. Hauptangeklagter ist der „Weinbergsbesitzer“ GUSTAV HOEFT. („Weinbergsbesitzer“ heißt hier, daß sich auf dem kleinen elterlichen Grundstück einmal ein Weinberg befand.) HOEFT gründete 1920 einen „Reichsbund für Siedlung und Pachtung“, 1925 die Landhilfe G. m. b. H. Er fälschte die Satzungen dieser Gesellschaften und warb mit gefälschten Listen Genossen.

Die Anklage läuft seit zwei Jahren.

Während dieser beiden Jahre haben HOEFT und die Mitangeklagten zum Schaden mehrerer Kleinbauern und Gewerbetreibender ihre Betrügereien fortgesetzt.

Voraussichtliche Prozeßdauer: drei Monate. Zahl der geladenen Zeugen: 132.

Was geschieht nach dem Hoover-Jahr?

Am 1. Juli 1932 ist das HOOVER-Jahr abgelaufen. Vermutlich ist unter Mitwirkung der amerikanischen Botschafter in Paris und Berlin bereits allerhand geschehen zur Vorbereitung der Reparationskonferenz in Lausanne, die mit Rücksicht auf die Wahlen in Frankreich und Deutschland, vor allem aber, weil die Hauptbeteiligten sich im Winter noch nicht einigen konnten, verschoben wurde bis zum letzten Monat des HOOVER-Jahres.

Vielleicht kann man in den nächsten Tagen wenigstens einige Ergebnisse der geheimen Verhandlungen erkennen. Am 15. April müssen nämlich — worauf die „Frankfurter Zeitung“ bereits im Februar hingewiesen hat — Frankreich und Italien, wenn sie am 15. Juli die dann fälligen Raten ihres Schuldendienstes an Großbritannien nicht zahlen wollen, dies der englischen Regierung ankündigen. Nach den abgeschlossenen Verträgen muß diese Ankündigung 90 Tage vor dem Fälligkeitstag der aufzuschiebenden Leistungen erfolgen. Die beiden genannten Staaten sind (abgesehen von Griechenland, dessen Zahlungen aber nicht ins Gewicht fallen) die ersten, die nach Ablauf des HOOVER-Jahres ihre Schuldendienstzahlungen wieder aufnehmen müssen, wenn keine neue Vereinbarung getroffen wird.

Daß Deutschland am 1. Juli seine Reparationszahlungen nach dem YOUNG-Plan fortsetzt, glaubt heute wohl auch in Frankreich kein Mensch, — obgleich die deutschen Zahlungen in voller Höhe im französischen Staatshaushalt als Einnahmen eingesetzt worden sind!

Zur Diskussion stehen augenblicklich: Ein Plan des englischen Außenministers Sir JOHN SIMON. Nach diesem Plan soll Deutschland nach Ablauf einiger Schonjahre noch zehn Jahre lang jährlich 100 Millionen Dollar zahlen.

Ein anderer ausführlicher Vorschlag ist soeben von Sir ARTHUR SALTER gemacht worden. Dieser war Direktor der Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkerbundes, ferner Generalsekretär der Reparationskommission. Seine Vorschläge muß man also ernst nehmen. Eine völlige Streichung der Reparationen und Kriegsschulden hält er für die beste Lösung, aber nicht für wahrscheinlich. Er schlägt vor: Dem ersten Feierjahr sollen vier bis fünf weitere folgen. Die Reparationen sollen dann auf Grundlage der „ungeschützten“ („nicht aufschiebbaren“) Annuität (612 Millionen Mark jährlich) erfolgen. Die Jahreszahlung soll aber entsprechend der inzwischen eingetretenen Steigerung der Kaufkraft des Goldes auf 400 Millionen Mark herabgesetzt werden. Die Zahlung selber soll beweglich gestaltet werden durch Schaffung von Anteilscheinen an der Deutschen Reichsbahn und an Rohstoff- und Schlüsselindustrien. In Zeiten guter Konjunktur werde der Ertrag dieser Anteile für die Reparationsgläubiger über 400 Millionen Mark liegen, in Zeiten schlechter Konjunktur werde der Ertrag darunter liegen oder ganz ausbleiben.

Man sollte es sich in denjenigen deutschen Kreisen, die von nichts anderem als von völliger Streichung der Reparationen reden, merken, daß man das vorläufig nicht einmal in England für möglich hält, — ganz abgesehen davon, daß die Franzosen sich nicht damit abfinden würden. Es wird daher für die endgültige Lösung der Reparationsfrage darauf ankommen, die deutsche Wirtschaft bald in den Stand zu setzen, wenigstens gewisse Leistungen aufzubringen.

Wie die Imperialisten Afrika „zivilisieren“.

Von G. Padmore.

Die Politik der Zwangsarbeit.

Die Lebensbedingungen der eingeborenen Arbeiter in den französischen und belgischen Kolonien sind unwürdig, und ihre Aufstände sind die Folge von intensiver Ausbeutung durch Zwangsarbeit, niedrige Löhne und lange Arbeitszeit.

Die Ziele des französischen Imperialismus in Afrika sind wirtschaftlicher und militärischer Art. Um sie zu erreichen, werden zwei Methoden angewandt: 1. Annexion von Land, 2. Zwangsarbeit. Durch die Enteignung erreicht die Regierung zwei Ziele auf einmal. Einerseits kann sie den französischen Kapitalisten große Ländereien anweisen zum Anbau von Kakao, Gummi, Baumwolle etc., und andererseits kann sie für diese Plantagen billige Arbeitskräfte zur Verfügung stellen.

Die Arbeiter werden von den Soldaten in den Dörfern zusammengetrieben und angewiesen, auf den Plantagen zu arbeiten. Dort werden sie in Gruppen eingeteilt und in den Wald geschickt, um Gummi, Maniok, Kokosnüsse und andere Produkte zu sammeln, wofür sie ein paar Francs im Monat bekommen. Jedem Arbeiter ist ein bestimmtes Maß von Arbeit zugewiesen, und wenn er das nicht in der angesetzten Zeit erledigt, so bedeutet das für ihn Prügelstrafe und manchmal den Tod, denn das Leben der Afrikaner liegt ganz in den Händen ihrer europäischen Aufseher.

Bei von der Regierung vergebenen Arbeiten ist die Lage noch schlimmer. Der Eisenbahnbau durch die Sahara und vom Kongo zum Atlantischen Ozean bildet einen Teil der Kriegsvorbereitungen der französischen Imperialisten gegen die Sowjet-Union. Um im Kriegsfall die schwarze Reservearmee, die Frankreich im westlichen und Aequatorial-Afrika mobilisiert, nach Europa befördern zu können, bauen die Imperialisten diese Eisenbahnen.

Die Franzosen haben so den Arbeitsdienst militarisiert. Alle gesunden Männer werden gezwungen, beim Eisenbahnbau zu arbeiten.

Das ist für das Stammesleben sehr ungünstig; denn die Männer werden auf einmal Hunderte von Meilen von ihrer Heimat für Monate entfernt. Sie dürfen erst zurückkehren, wenn ihre Gesundheit so ruiniert ist, daß sie nicht mehr arbeiten können. In den Jahren 1921 bis 1925 beschäftigte der Bezirk Upper Volta allein 49 000 Arbeiter an den Eisenbahnen und 312 814 in Plantagen, Bergbau und Fabriken.

Die Bevölkerungsabnahme im Kongo.

Die Ausmaße der Bevölkerungsabnahme in Aequatorialafrika infolge von Zwangsarbeit unter den Franzosen ersieht man aus dem erschreckenden Rückgang der Bevölkerungsziffer. 1910 z. B. war die Bevölkerungsziffer von Französisch-Aequatorialafrika ungefähr 9 Millionen; zwei Jahre später, 1912, war sie auf 7 Millionen gesunken, und 1921 waren es nur noch 2,8 Millionen. Seitdem sind keine Statistiken mehr über die Zahl der Eingeborenen in diesen Gebieten veröffentlicht; wahrscheinlich, weil der Rückgang der eingeborenen Bevölkerung so auffallend ist, daß eine Veröffentlichung von Statistiken nicht ratsam erscheint. In Gaboon, Französisch-Aequatorialafrika ist die Zahl der Eingeborenen von 1 500 000 im Jahre 1911 auf 300 000 im Jahre 1921 gesunken. In Upperroghue starben von 20 000 Einwohnern 4000. Ueber 25 000 Neger starben an Ueberarbeitung, Hunger und Krankheiten während der Arbeit am Bau der Kongo-Atlantik-Bahn. So entvölkert Frankreich, das sich als Fackelträger der Zivilisation rühmt, das Land von Schwarzen, und macht Millionen von Männern, Frauen und Kindern zu Sklaven.

„Der Juwel“ in der belgischen Krone.

Was Indien für die britischen Imperialisten ist, ist Kongo für die belgischen Kapitalisten, der „Juwel“ in der belgischen Krone.

Das ganze Gebiet ist ungefähr 80 mal so groß wie Belgien und besitzt ungeheure landwirtschaftliche Reichtümer und Bodenschätze, zu deren Nutzbarmachung die belgische Bourgeoisie mit Hilfe der Sozialdemokraten Aktiengesellschaften gegründet hat. Die Unternehmer haben ein einheitliches Steuersystem für die Eingeborenen, die ihre Steuern in Arbeit anstatt in Geld bezahlen müssen. Um die Produkte zu bekommen, werden alle gesunden Einwohner der Dörfer zu Arbeitskolonnen zusammengefaßt und in den Wald geschickt, um Gummi und Elfenbein zu sammeln. Es ist eine Truppe von Eingeborenen unter europäischen Offizieren organisiert, die die Arbeiter überwachen muß, die bei jedem Versuch zu revoltieren, niedergeschossen werden. Da die Eingeborenen gezwungen werden, unbewaffnet in den Urwald zu gehen und ohne entsprechende Nahrung, Kleidung und Obdach sehr weit von ihren Dörfern entfernt sind, sterben sie wie die Fliegen. Die Bevölkerungsziffer war zwanzig Millionen, während jetzt sehr optimistische Schätzungen sieben Millionen angeben.

Auch dort ist in der Minenindustrie und beim Bahnbau Zwangsarbeit eingeführt. Die Kupferminen von Katanga gehören zu den größten der Welt. Dort arbeiten über 20 000 Bergarbeiter. Diese Arbeiter werden unter dem Schutz der Regierung von den Agenten der Bergwerks-Gesellschaft rekrutiert. Die Bergarbeiter werden gezwungen, einige Monate lang für einen Lohn zu arbeiten, der durchschnittlich zwischen 10 und 15 Francs im Monat liegt.

Während ihres Aufenthalts in den Minenfeldern stehen sie unter bewaffneter Aufsicht. Alle Eisenbahnen in Kongo sind mit Zwangsarbeit gebaut. Ueber 10 000 Neger haben an der neuen Linie zwischen Metadi und Leopoldville gearbeitet.

(Uebersetzt aus „The Negro Worker“, März 1932.)

Ein neues synthetisches Malaria-Mittel.

Vor kurzem berichtete in London in einer Sitzung der „Royal Society of Medicine“ Professor SCHULEMANN aus Elberfeld (Wuppertal) in einem Vortrag über synthetisch dargestellte Malaria-Mittel. In Weiterentwicklung der Plasmochin-Arbeiten, die 1924 zu einem gewissen Ergebnis geführt hatten, ist durch die Zusammenarbeit von Dr. MIETZSCH, Dr. MAUS und Dr. KIKUTH in den Forschungslaboratorien der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft in Elberfeld in einer Atebrin genannten Verbindung ein neuer Fortschritt erzielt worden. Nunmehr machen Dr. KIKUTH, Professor SIOLI und Dr. PETER in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ nähere Angaben über diese neue Entdeckung. Nunmehr können sämtliche Erscheinungsformen der Malaria mit synthetischen Mitteln behandelt werden.

Was lehrt uns die USA-Krise?

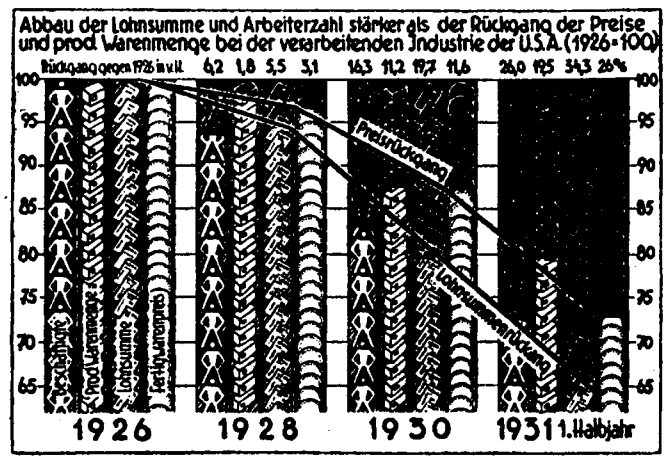
Material für den Krisenkongreß der Gewerkschaften.

In Deutschland finden diejenigen immer noch Glauben, die behaupten, zu hohe Löhne der deutschen Arbeiter hätten die Kapitalbildung in Deutschland beschnitten, und die zu geringe Kapitalbildung habe zur Krise geführt. Diese Ansicht wird natürlich von den deutschen Gewerkschaften nicht vertreten. Doch hat der Umstand, daß sie weiten Kreisen der Bevölkerung von der bürgerlichen Presse immer wieder eingehämmert wird, auf Seiten der Gewerkschaften eine gewisse Scheu zur Folge gehabt, ausreichende, ja überhaupt Reallohnerhöhungen zu fordern.

Zu niedrige Löhne als Krisenursache.

Nach unserer Ansicht ist die Krise bekanntlich verursacht durch zu niedrige Reallöhne der Arbeiter, durch Löhne, die nicht hinreichten, um die Konsumgütermengen zu kaufen, die mit Hilfe des vergrößerten Produktionsapparates produziert werden konnten.

Wir bringen zur Unterstützung unserer Ansicht hier eine Darstellung der Entwicklung der Lohnsummen und Preise in den USA.



Hier springt uns geradezu in die Augen, daß die Kaufkraft der Arbeiterschaft von 1928 an zurückging, während man bekanntlich den Ausbruch der Krise in den USA vom Börsenkrach im Oktober 1929 zu datieren pflegt. Die Lohnsumme (dritte Spalte) sank stärker als die Preise (vierte Spalte) und darum blieben Waren (zweite Spalte) unverkauft. Der Zusammenhang ist so unverkennbar, daß man ihn kaum leugnen kann.

Da die USA nach allgemeiner Ansicht ein kapitalreiches Land sind, haben in Deutschland bürgerliche Kreise verhältnismäßig früh zugegeben, daß in den USA andere Ursachen als Kapitalknappheit zur Krise geführt haben. Man konnte ja auch nicht gut auf den Kapital*reichtum* in den USA hinweisen, wenn man den Verzicht auf Reparationen als eine Kleinigkeit für die amerikanischen Gläubiger hinstellte, und gleichzeitig die amerikanische Wirtschaftskrise auf Kapital*knappheit* in den USA zurückführen.

Das Institut für Konjunkturforschung stimmt unserer Krisenerklärung zu — für die USA.

Bereits 1930 gab das deutsche Institut für Konjunkturforschung die folgende Erklärung für die Krise in den USA:

„Die Nachfrage des letzten Verbrauchers, die für den Umfang der Gesamtnachfrage ja letztlich bestimmend ist, hat sich nicht so erweitert, wie es der Ausgestaltung der Produktivkräfte entsprochen hätte. Zwar hat sich auch die Kaufkraft der letzten Verbraucherschichten in den letzten Jahren stark erhöht. Diese Steigerung war aber im Verhältnis zur Entwicklung der Produktivkräfte noch zu gering." („Vierteljahrhefte zur Konjunkturforschung", 5. Jahrgang, Heft 2, Teil A.)

Das Institut für Konjunkturforschung wußte natürlich, daß kapitalistische Kreise antworten würden: Wenn bei der Steigerung der Produktivkräfte durch Rationalisierung die Kaufkraft der letzten Verbraucher nicht zugenommen hat, dann hat doch die Kaufkraft der Unternehmer zugenommen. Darauf hat das Institut die folgende Antwort im voraus gegeben, die wir hier angesichts ihrer Bedeutung vollständig abdrucken wollen:

„Allerdings entspricht der relativen Verringerung des Konsumeinkommens auf der anderen Seite eine Steigerung derjenigen Beträge, die für Investitionszwecke verfügbar sind. Verringerung der Konsumtionsquote bedeutet also nicht ohne weiteres Verringerung der Gesamtnachfrage. Die hieraus gezogene Schlußfolgerung, daß es keine ‚allgemeine Unterkonsumtion' geben könne (Theorie der Absatzwege), ist jedoch insofern irrig, als die Nachfrage nach Verbrauchsgütern nicht beliebig durch Nachfrage nach Produktionsgütern ersetzt werden kann. Produktionsgüter sind nichts anderes als werdende Konsumgüter; einer bestimmten Länge der Produktionswege entspricht daher nach einer geraumen Zeit immer ein bestimmtes Quantum von Gütern, das an den letzten Verbraucher abgesetzt werden muß, so daß eine bestimmte Stufe der Produktivität auch immer eine ihr entsprechende Konsumtion erfordert."

Zusammenfassend schreibt das Institut sehr deutlich:

„Wir kommen also zu dem Schluß, daß die Hauptursache für den Konjunkturrückgang in den Vereinigten Staaten nicht in der Kapitalversorgung zu erblicken ist. Entscheidend ist vielmehr, daß, wie oben ausgeführt wurde, die starke industrielle Expansion zu einer Uebersteigerung der Kapazitäten führte und dies zur Folge hatte, daß die Produktionsausweitung nicht im Gleichschritt mit der Gestaltung der Kaufkraft bei den letzten Konsumenten blieb. Die Ueberinvestition führte also zur Ueberproduktion."

Unsere Leser wissen, daß wir die deutsche Krise und die Krise in anderen kapitalistischen Ländern, die heutige und frühere Krisen genau so erklären, wie es das Konjunkturforschungs-Institut für die amerikanische Krise tut. Den Nachweis für die Richtigkeit unserer Erklärung haben wir mehrfach geliefert. Vergleiche auch unsere Broschüre: „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit", Seite 8—14.

Krisenüberwindung durch Schrumpfung der Produktionsgüter-Industrien.

Unsere Leser wissen ferner, daß wir der Ansicht sind, gerade die Produktionsgüter-Industrien müßten, weil sie übermäßig ausgedehnt worden sind, in der Krise an Bedeutung verlieren (durch besonders starke Produktionseinschränkungen, Arbeiterentlassungen, Gewinnrückgänge und besonders viele Bankerotte). Nur dadurch kann die Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.

Eine uns vorliegende Statistik der National City Bank (New York) über die Gewinne von 1620 amerikanischen Industrie-Unternehmungen zeigt deutlich, welche Unternehmungen verhältnismäßig krisenfest sind und welche in der Krise besonders stark an Bedeutung verloren haben.

Der Jahresgewinn der 1620 untersuchten Unternehmungen ist von 1929 auf 1930 und 1931 zurückgegangen von 5,2 Milliarden auf 3 Milliarden, auf 1,3 Milliarden Dollar. Diese Gesamtziffern sind eindrucksvoll, noch interessanter ist aber ihre Untergliederung, die wir hier auszugsweise folgen lassen.

Zahl der Gesellschaften	Industriezweig	Reingewinn in 1000 Dollar 1929	1930	1931
57	Eisen und Stahl	409 721	191 315	22 220 V
14	Kupferbergbau	123 452	20 774	5 049 V
52	Petroleum	345 231	158 623	63 704 V
156	Eisenbahnen	896 807	523 908	131 000
26	Kraftfahrzeuge	355 909	160 600	67 144
72	Maschinen	78 116	39 111	9 879 V
13	Landwirtsch. Maschinen	75 659	42 198	6 057 V
6	Kunstdünger	5 295	6 764	1 239 V
25	Tabak	112 148	120 229	124 013
18	Bäckerei	52 882	50 463	40 489
15	Konfekt und Getränke .	42 805	42 946	38 114
43	Kettenläden	122 556	94 681	97 448
60	Elektr. Licht u. s. w. . .	414 760	419 822	404 221
24	Telephon-Gesellschaften	217 105	201 646	193 379

V = Verlust.

Abgesehen von Autoproduktion und Eisenbahnen sind es vor allem die Produktionsgüter-Industrien, deren Gewinne in der Krise stark zurückgegangen und zum Teil in Verluste umgeschlagen sind. Der Rückgang des Autoabsatzes und damit der Gewinne aus der Autoproduktion ist eine natürliche Krisenfolge; die Eisenbahnen hatten weniger zu transportieren und machten darum weniger Gewinne.

Die Tabakindustrie konnte ihre Gewinne in der Krise sogar steigern. Im übrigen konnten die Konsumgüter-Industrien ihre Gewinne auf hohem Stand erhalten.

Wenn diese Ansätze zur Krisenüberwindung nicht durch Wirtschaftspolitik vernichtet, sondern durch sie gepflegt werden, so könnte man aus ihnen eine Ueberwindung der Krise erwarten.

Und Deutschland . . .

In Deutschland starren die einen auf die Reparationsfrage. Sie erwarten ein außenpolitisches Wunder, das auf irgend eine geheimnisvolle Weise der deutschen Wirtschaft die Belebung bringt.

Andere fordern Freiheit des Tarifwesens, um durch Senkung der Löhne die Rentabilität von Unternehmungen steigern zu können; manche erhoffen dasselbe von einer Abschließung Deutschlands gegenüber dem Weltmarkt.

Wieder andere träumen von „Sozialismus wider Willen", davon, daß wider den Willen der Kapitalisten wenigstens in formaler Hinsicht der Sozialismus — sie verstehen darunter: staatliche Planwirtschaft — der Verwirklichung näher gebracht wird.

Die Gefahr ist riesengroß, daß inmitten der Massen, die auf Silberstreifen am außenpolitischen Horizont starren oder vom Sozialismus träumen oder auch beides gleichzeitig tun, jene wenigen *handeln*, die etwas *fordern*.

In dieser Lage möge der Hinweis auf die USA-Krise noch einmal zeigen, in welcher Richtung die *Forderungen* der Gewerkschaften gehen müssen, wenn ihre Verwirklichung zur Ueberwindung der Krise führen soll.

Durch Stärkung der Massenkaufkraft können Krisen vermieden werden. (Das gibt für die USA sogar das deutsche Konjunkturforschungs-Institut zu.)

Durch Stärkung der Massenkaufkraft können Krisen überwunden werden. Das lehren die Erfahrungen früherer Krisen.

Hellmut Rauschenplat.

Die Opfer des Kapitalismus.

Die veröffentlichten Erwerbslosen-Statistiken sind sämtlich unvollständig. Wohl in keinem Lande werden alle Erwerbslosen von der Statistik erfaßt. Die Erwerbslosen in China und Indien werden überhaupt nicht gezählt. Für Ende 1931 schätzte das Internationale Arbeitsamt die Zahl der Erwerbslosen in 25 Ländern auf 20 bis 25 Millionen.

Die folgenden Ziffern aus 27 Ländern, die vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlicht werden, geben, soweit Zahlenangaben — und gar unvollständige Zahlenangaben — das können, eine Ahnung davon, wie stark Elend und Not von Anfang 1931 bis Anfang 1932 gewachsen sind. Nur die Ziffern für Polen zeigen eine Abnahme; vermutlich hat aber dort lediglich die Zahl der *statistisch erfaßten* Erwerbslosen abgenommen und nicht die Zahl der Erwerbslosen überhaupt.

Die Zahlen sind nicht international vergleichbar, weil die Zählungen in den einzelnen Ländern auf verschiedener Grundlage erfolgen. Je nachdem, von welchem Monat die neuesten Angaben vorlagen, beziehen sich die Zahlen auf die Monate Januar, Februar oder März.

Arbeitslosenziffern nach der Erwerbslosenvers.-Statistik.

	1931	1932	Veränderung 1931-1932 in Prozenten
Belgien	190 915	333 485	+ 75
Dänemark	70 961	106 464	+ 50
Deutschland	4 971 843	6 127 808	+ 23
Großbritannien und Irland	2 697 422	2 809 103	+ 4
Holland	100 340	181 493	+ 81
Oesterreich	334 044	361 948	+ 8
Schweiz	60 181	102 900	+ 71
Tschechoslowakei	93 476	146 325	+ 57

Arbeitslosenziffern nach der Arbeitslosenversicherung.

	1931	1932	Veränderung 1931-1932 in Prozenten
Australien	104 951	118 732	+ 13
Kanada	31 602	41 482	+ 13
Ungarn	27 144	33 893	+ 25
USA	19,8%	23,1%	+ 17
Schweden	70 437	93 272	+ 32

Bei den Arbeitsämtern gezählte Personen:

	1931	1932	Veränderung 1931-1932 in Prozenten
Danzig	28 192	36 258	+ 29
Estland	6 063	9 055	+ 49
Finnland	11 706	20 944	+ 79
Frankreich	59 915	337 129	+463
Irland	26 825	31 162	+ 16
Italien	792 435	1 174 266	+ 48
Japan	362 050	470 736	+ 30
Jugoslawien	13 387	19 665	+ 47
Litauen	8 303	21 836	+163
Neu-Seeland	17 556	45 539	+159
Norwegen	29 107	37 796	+ 30
Polen	340 718	325 782	— 5
Saargebiet	20 139	42 394	+111
Schweiz	26 886	63 708	+ 37
Rumänien	38 804	51 612	+ 33
Tschechoslowakei	343 972	623 000	+ 81

Zum Fall Kreuger.

Weiterer Betrug aufgedeckt.

Ivar Kreuger hat nicht nur Bilanzen gefälscht, sondern, wie soeben bekannt wird, außerdem dieselben Wertpapiere zwei Mal verpfändet. Das machte er so: Einen Posten sechsprozentiger deutscher Staatsobligationen im Nennwert von 50 Millionen Dollar deponierte er zunächst bei der International Match Co., dem großen amerikanischen Tochterunternehmen seines Trusts; sie wurden dort beliehen. Im Sommer 1931 ließ Ivar Kreuger die Obligationen nach Europa schicken und belieh sie bei der Skandinaviska Kredit A/B., einer schwedischen Großbank, zum zweiten Mal. Die Skandinaviska Kredit A/B., die an Kreuger gegen Verpfändung dieser Papiere die kleine Summe von 125 Millionen Kronen geliehen hat, führt an, daß sie im guten Glauben gehandelt habe und daher über die Wertpapiere verfügen dürfe.

ENGLAND

Arbeitslosigkeit und Bauwirtschaft: Schätzungsweise sind eine halbe Million Personen erwerbslos infolge des Darniederliegens der Bauindustrie. (Die amtliche Statistik nennt nur 273 000.) Die Arbeitslosigkeit ist wesentlich gesteigert worden, dadurch daß Gemeinden ihre Bauvorhaben zurückgestellt haben.

ARGENTINIEN

Maisernte kleiner: Die ersten Schätzungen für die diesjährige Maisernte lauten auf 6,8 Millionen Tonnen. Die vorjährige Ernte ergab 10,5 Millionen Tonnen Mais. — Die Preissenkungen bewirken anscheinend doch endlich eine Verringerung des Anbaues.

Inflationsgefahr: Zur Abdeckung der hohen schwebenden Schuld wird vom Finanzminister eine „patriotische" Anleihe von 500 Millionen Pesos (etwa ebenso viel Mark) vorgeschlagen. Da auf die Anleihe-Stücke von der Konversionskasse in gewissen Grenzen Geld gegeben werden darf, besteht Inflationsgefahr. Der argentinische Notenumlauf beträgt zur Zeit 1250 Millionen Pesos, bei einer Golddeckung von etwa 47 Prozent.

Zinsfuß für Auslandsanleihen: Die Regierung hat auf eine Anleihe von 10 Millionen Dollar, die am 1. April fällig wurde, 1 Million Dollar in die USA zurückbezahlt. Die restlichen 9 Millionen Dollar wurden zu gleichen Bedingungen (6 Prozent Zinsen) um 9 Monate verlängert. — Dies ist neuerdings der Zinssatz für deutsche kurzfristige Auslandsschulden. Allmählich scheinen also die Deutschland abverlangten Zinsen auf das gegenüber Argentinien übliche Maß herabgesetzt zu werden!

gegenüber galant zu verhalten. Im französischen Tunis leben 100 000 Italiener; es bestand eine Abmachung zwischen den beiden Regierungen, wonach die Söhne der Italiener in Tunis nicht Franzosen zu werden brauchten. Diese Abmachung wurde von den Franzosen gekündigt. Seit dieser Zeit besteht ein Provisorium, das alle drei Monate verlängert wird. Faktisch liegt die Sache so, daß den Italienern, die nicht Franzosen werden, dauernd Schwierigkeiten bereitet werden. In diesen Erfahrungen mit Frankreich liegen die ersten Ursachen für das Mißverhältnis zwischen den beiden Staaten. Man kann den Anlaß für eine nationalistische Hetze auf seiten Italiens in den folgenden konkreten Problemen zusammenfassen:

1. Die Frage der Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Verträge.
2. Die tunesische Frage.
3. Die Forderung Italiens nach afrikanischen Besitzungen.
4. Die Lage der nach Frankreich ausgewanderten Italiener. Es leben in Frankreich etwa eine Million Italiener, in der Gegend von Paris allein etwa 300 000.

Zu diesen Problemen tritt hinzu die Frage der Seerüstung. Italien verlangt das Recht der gleichen Rüstung wie Frankreich; von der Lösung dieser Frage erwartet MUSSOLINI die Lösbarkeit der übrigen Probleme.

Die Schwierigkeiten der Bereinigung dreier Gegensätze wird dadurch verstärkt, daß an der Führung Italiens ein Mann steht, für den weniger die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Volkes, als vielmehr das Prestige der italienischen Nation eine ausschlaggebende Rolle spielt und der sich nur von Machtfaktoren einschüchtern läßt. Aber auch der Leiter der französischen Politik, TARDIEU, ist kein BRIAND.

* *

Wie stehen die französischen Sozialisten zu dem französisch-italienischen Gegensatz? Viele von ihnen haben in Frankreich auf Grund der sehr fühlbaren zugespitzten Lage einen falschen Schluß gezogen. Sie hielten es für klug, in die aufreizenden Gesänge der französischen Nationalisten einzustimmen, um in Italien den Faschismus in einem Krieg niederzuschmettern. Eine verhängnisvolle Verblendung! Mit solchen Methoden hat man in Deutschland im Jahre 1914 das deutsche Proletariat reif gemacht, gegen den russischen Zarismus zu marschieren.

Die klügeren Sozialisten in Frankreich, die einen solchen Krieg ablehnen, stellen daher ihre Politik darauf ein, die französische Regierung von militaristischen Provokationen gegen Italien fernzuhalten. Auf diesem Weg konnte ihnen BRIAND in gewisser Hinsicht ein Vorbild sein, der die Methode handhabte, in einer aus Liebenswürdigkeit und Ironie gemischten Sprache die Italiener merken zu lassen, daß er die großen Worte, die man dort liebt, nicht so wichtig nahm, wie man es in Rom gewünscht hätte.

Ein ebenso ernstes Problem, wie die Verhinderung eines Krieges, bleibt für die französischen Sozialisten die Aufgabe, gegen die arbeiterfeindliche Politik MUSSOLINIS dadurch Front zu machen, daß die französischen Sozialisten darauf dringen, den italienischen Arbeitern auf französischem Boden das Leben nicht unnütz schwer zu machen. Die Behandlung der Italiener in Frankreich und in Tunis sollte menschlicher gehandhabt werden. Man sollte keine Naturalisation verlangen als Voraussetzung dafür, daß Italiener in Tunis Boden erwerben; auch die Naturalisation in Frankreich sollte man nicht so geflissentlich betreiben. Was die italienischen Ansprüche an afrikanische Kolonien angeht, so sollten die französischen Sozialisten diese Forderungen ebenso werten wie die französischen Räuberansprüche auf afrikanischen Boden: sie sollten Franzosen und Italienern nachweisen, daß ihre Forderungen nur die Ansprüche der eigenen Nation ins Auge fassen, daß durch solche Ansprüche das Recht der 2 Millionen Araber, die in Tunis wohnen, nicht geachtet wird.

Und endlich kommt noch eine dritte mittelbare Aufgabe zu den bisherigen hinzu. Die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich macht es MUSSOLINI heute möglich, im Trüben zu fischen. Er benutzt diese Gegensätze, um die Atmosphäre in Europa düsterer zu machen, anstatt dazu beizutragen, den Horizont aufzuhellen. Zur Zeit wählt GRANDI auf der Donau-Konferenz die Seite Deutschlands. In der Flottenfrage war die Haltung Italiens schon viel undurchsichtiger. Von Zuverlässigkeit nach der einen oder anderen Seite kann keine Rede sein. Wenn Frankreich und Deutschland sich verständigen würden, dann verlöre MUSSOLINI die Möglichkeit, das Zünglein an der Waage zu spielen.

Die Politik des Nichtprovozierens des italienischen Faschismus, die Eroberung der Sympathie der italienischen Arbeiter, vor allem auf französischem Boden, die Ablehnung jeder Art von imperialistischem kolonialem Wettbewerb und die Verständigungspolitik mit Deutschland sind außenpolitische bedeutungsvolle Tagesaufgaben für die französischen Sozialisten, die vor ihnen stehen, besonders, wenn sie aus den bevorstehenden Wahlen verstärkt in die Kammer zurückkehren.

Sicherheit und Abrüstung.

Rußlands Abrüstungsvorschlag.

oe Genf, 12. April.

Der sowjetrussische Außenkommissar LITWINOW brachte im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz heute einen neuen allgemeinen Abrüstungsvorschlag ein. Danach sollen Heere bis 30 000 Mann von jeder Rüstungsbeschränkung unberührt bleiben, Heere von 30 000 bis 200 000 Mann je nach ihrer Größe um 5 bis 40 Prozent, Heere über 200 000 Mann um 50 Prozent herabgesetzt werden. Die bereits nach den internationalen Verträgen entwaffneten Staaten sollen von der Herabsetzung der Rüstungen unberührt bleiben. Der Grundsatz der Rechtsgleichheit aller Staaten soll verkündet werden. Er solle zu einem vollständigen Verzicht auf alle militärischen Bündnisse und Militärabkommen führen. Ferner fordert der sowjetrussische Vorschlag vollständige Abschaffung aller schweren Angriffswaffen. LITWINOW stellte an die Konferenz die Frage, ob die vertretenen Mächte bereit seien, eine wesentliche Herabsetzung ihrer Rüstungen zu beschließen oder im verneinenden Falle den vollständigen Mißerfolg und Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz zu erklären.

Tardieu auf dem Plan.

oe Genf, 12. April.

TARDIEU hat sich nicht damit begnügt, in der gestrigen Diskussion gegen den amerikanischen Vorschlag Stellung zu nehmen. Er hat heute in einer ausführlichen Rede aufs neue die französischen Sicherheitsforderungen dargelegt und sie gegen den amerikanischen Standpunkt: „Sicherheit durch Abschaffung der Angriffswaffen" verteidigt.

Er führte aus: Die Konferenz stehe vor der Entscheidung, entweder einzelne Waffengattungen aufzuheben und zu verbieten oder aber, die Waffen einer internationalen Macht zur Verwendung gegen einen angreifenden Staat zur Verfügung zu stellen.

TARDIEU schilderte die Möglichkeit, daß ein Staat unter Bruch des KELLOGG-Vertrages zum Angriff schreitet. Niemand könne ernsthaft annehmen, daß ein solcher Staat sich durch ein internationales Abrüstungsabkommen hindern lassen würde. Infolgedessen müßten unbedingt internationale Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen erwogen werden. Niemand könne die Möglichkeit der Verheimlichung von Waffen leugnen. Gegenüber den sowjetrussischen Vorschlägen erinnere er an den Krieg von 1905/06, der ausgebrochen sei, obwohl es damals noch keine schweren Angriffswaffen, wie Tanks, Großkampfschiffe und Bombenflugzeuge gab. Eine Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen sei überhaupt nicht denkbar. Wenn man die großen Waffen endgültig aufgeben würde, so würde man damit den angreifenden Staaten das uneingeschränkte Uebergewicht geben und den angegriffenen Staat seiner Verteidigungsmöglichkeiten berauben. Das Wettrüsten werde niemals ausgeschaltet werden können. Die Technik dränge zwangsläufig zu neuen Erfindungen und Verbesserungen. Dem „Westentaschenkreuzer" werde das „Westentaschenflugzeug" und die „Westentaschenkanone" folgen. Jedes Zivilflugzeug könne in ein Militärflugzeug umgeändert werden, ebenso landwirtschaftliche Traktoren in Tanks.

Hauptaufgabe der Abrüstungskonferenz könne unter diesen Umständen niemals die Abschaffung der Waffen, sondern nur die Organisation des Friedens sein.

*

TARDIEUS Kritik trifft im allgemeinen zu. Seine eigenen Vorschläge täten es gleichfalls — wenn gesichert wäre, daß die geforderte internationale Macht nur im Dienst des Rechts und des Friedens eingesetzt werden würde. Die Ablehnung, die TARDIEUS Rede in den Kreisen der Konferenz gefunden hat — eine offizielle Zurückweisung durch den deutschen und den italienischen Vertreter erwartet man für die nächsten Tage —, beruht offenbar auf dem Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit der französischen Pläne. Dieses Mißtrauen ist berechtigt, und darum sind TARDIEUS Vorschläge bedenklich.

Von Vertretern dieser Regierungen ist keine Sicherung des Friedens zu erwarten. Wir werden daher die vorgebrachten Vorschläge nur unter dem Gesichtspunkt zu betrachten haben, welcher von ihnen den unter den gegenwärtigen Umständen größtmöglichen Schutz der Völker herbeiführt.

Die Donau-Pläne vor dem Völkerbundsrat.

Verschoben bis zur Maitagung.

i Genf, 12. April.

Der Völkerbundsrat trat am Dienstag unter dem Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten TARDIEU und unter Teilnahme des Staatssekretärs VON BÜLOW, des englischen Außenminister Sir JOHN SIMON, des italienischen Außenministers GRANDI und des polnischen Außenministers ZALESKI zu seiner außerordentlichen Tagung zur Behandlung der Donaufragen zusammen.

Nachdem von den Sachverständigen der englischen, der französischen, der italienischen und der deutschen Regierung jeder den Standpunkt seiner Regierung klar gelegt hatte — wobei die Londoner Gegensätze erneut zu Tage traten — beschloß der Völkerbundsrat, daß die weitere Behandlung der Donaufragen in den Händen der von den vier Regierungen in London eingesetzten Regierungssachverständigen liegen solle. Der Finanzausschuß und die technischen Organe des Völkerbundes würden beauftragt, sich diesen Sachverständigen der vier Regierungen für die Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Vorschläge der Sachverständigen sollen auf der Maitagung des Völkerbundes zur Verhandlung gelangen.

Norden gegen Süden.

Gegensätze in Irland.

m London, 12. April.

Der Arbeitsminister von Ulster hat eine Erklärung abgegeben, daß Nordirland keineswegs bereit sei, sich dem irischen Freistaate anzuschließen und sich damit DE VALERA zu unterwerfen. Es sei Englands Pflicht, Nordirland vor den Aufsaugungsversuchen DE VALERAS zu schützen. Auf eine Anfrage erklärte auch der Ministerpräsident von Ulster, daß Nordirland seine lovale Haltung England gegenüber nicht brechen werde.

L. N. TOLSTOI

Wieviel Erde braucht der Mensch?

Erschienen im Insel-Verlag zu Leipzig.

(2. Fortsetzung.)

IV.

Pachom kam mit seiner Familie ins neue Land und ließ sich in einem großen Dorfe in die Gemeinde aufnehmen. Er bewirtete die Gemeindeältesten mit Schnaps, und sie verschafften ihm alle notwendigen Papiere. Sie nahmen Pachom in die Gemeinde auf und teilten ihm, da seine Familie aus fünf Köpfen bestand, fünfzig Deßjatinen Land auf verschiedenen Feldern zu; außerdem bekam er einen Anteil am Weideland. Pachom baute sich an und kaufte Vieh. Nun besaß er gleich am Anfang dreimal mehr Land als früher; es war guter, fruchtbarer Boden. Er konnte daher zehnmal so gut leben als früher. Er besaß genügend Ackergrund und Weideland und konnte sich soviel Vieh halten, als er wollte.

Anfangs, während er sich einrichtete, erschien ihm alles vortrefflich; nachdem er aber eine Zeitlang gewirtschaftet hatte, fand er es auch hier zu eng. Im ersten Jahre säte Pachom Weizen auf dem ihm zugeteilten Lande, und er gedieh sehr gut. Nun bekam er Lust, noch mehr Weizen zu bauen, doch das zugeteilte Land reicht nicht mehr dazu aus. Auch war es nicht von der nötigen Beschaffenheit. In jener Gegend sät man den Weizen auf neuen Steppenboden oder Brachfeld. Man sät ihn nur ein oder zwei Jahre und läßt dann die Erde brachliegen, bis sie wieder mit Steppengras bewachsen ist. Solches Land fand viele Liebhaber, aber für alle konnte es nicht reichen. Das gab immer Grund zu Streitigkeiten; die reicheren Bauern bebauten ihr Land selbst, und die ärmeren verpachteten das ihrige an Kaufleute, um mit dem Pachtzins ihre Steuern zu bezahlen. Auch Pachom wollte mehr von diesem Lande haben. Er ging im nächsten Jahre in die Stadt und pachtete von einem Kaufmann Land auf ein Jahr. Er besäte es, der Weizen gedieh gut, doch das Feld lag zu weit vom Dorfe entfernt; er mußte ganze fünfzehn Werst weit fahren. Er sah, daß die reicheren Bauern in der Umgegend wie Gutsbesitzer lebten und von Jahr zu Jahr reicher wurden. „Wenn ich mir noch etwas Land zu Erb und Eigen kaufen könnte", dachte er sich, „würde ich wir auch so ein Gut bauen! Das wäre ein ganz anderes Leben. Dann hätte ich alles beisammen." Und Pachom überlegte sich nun, wie er sich Erbland zulegen könnte.

So vergingen drei Jahre. Pachom nahm Land in Pacht und baute Weizen. Die Jahre waren gut, der Weizen gedieh vortrefflich, und Pachom konnte sich etwas Geld zurücklegen. Eigentlich sollte er sich damit begnügen, aber es ärgerte ihn, daß er jedes Jahr neue Pachtverträge abschließen mußte. Jedesmal gab es große Scherereien: wenn irgendwo besonders guter Boden zu verpachten war, stürzten sich die Bauern von der ganzen Gegend darauf und schnappten ihm alles vor der Nase weg, so daß er nichts säen konnte. Im dritten Jahr pachtete er zusammen mit einem Kaufmann von den Bauern Weideland; sie begannen schon zu pflügen, als die Bauern plötzlich einen Prozeß anfingen, und so war alle Mühe verloren. „Wenn ich eigenes Land hätte", sagte er sich, „brauchte ich mich vor niemand zu bücken und hätte diesen Aerger nicht."

Nun begann Pachom Erkundigungen einzuziehen, wo er sich Land zu Erb und Eigen kaufen könnte. Er stieß auf einen Bauern, der erst vor kurzem fünfhundert Deßjatinen gekauft hatte, aber in Not geraten war und das Land billig verkaufen mußte. Pachom unterhandelte mit dem Bauern. Sie handelten lange hin und her und einigten sich schließlich auf die Summe von 1500 Rubel, wobei die Hälfte des Betrages in Raten auszubezahlen war. Das Geschäft war beinahe abgeschlossen, als bei Pachom eines Tages ein durchreisender Kaufmann einkehrte, um seinen Pferden Futter zu geben. Sie tranken Tee und kamen ins Gespräch. Der Kaufmann erzählte, daß er aus dem fernen Baschkirenlande komme. Er hätte dort von den Baschkiren fünftausend Deßjatinen Land gekauft. Das Ganze hätte nur tausend Rubel gekostet. Pachom begann ihn auszufragen. Der Kaufmann erzählte:

„Ich habe das Land so billig bekommen, weil ich zuvor die Gemeindeältesten beschenkt habe: sie bekamen von mir Teppiche und Kaftans für etwa hundert Rubel, eine Kiste Tee, und solche, die Branntwein trinken, bewirtete ich mit Branntwein. Auf diese Weise bekam ich die Deßjatine zu zwanzig Kopeken."

Er zeigte den Kaufvertrag und sagte noch: „Das Land liegt an einem Fluß und ist gutes Steppenland."

Pachom fragte ihn weiter aus, und der Kaufmann sagte: „Es gibt dort soviel Land, daß man es auch in einem Jahre nicht umgehen kann. Alles gehört den Baschkiren. Die Leute sind stumpfsinnig wie die Schafe. Man kann das Land von ihnen beinahe umsonst haben."

„Nun", denkt sich Pachom, „warum soll ich für meine tausend Rubel fünfhundert Deßjatinen kaufen und mir dabei noch eine Schuld auf den Hals laden, wenn ich dort für das gleiche Geld viel mehr bekommen kann?"

V.

Pachom erkundigte sich, wie man zu den Baschkiren käme; kaum war der Kaufmann fort, als er sich zur Reise zu rüsten begann. Er vertraute die ganze Wirtschaft seiner Frau an und nahm einen seiner Knechte auf die Reise mit. Sie fuhren zuerst in die Stadt und kauften eine Kiste Tee, Geschenke und Branntwein — alles, wie der Kaufmann gesagt hatte. — Sie fuhren und fuhren und legten an die fünfhundert Werst zurück. Am siebenten Tage kamen sie in das Zeltlager der Baschkiren. Alles war wirklich so, wie der Kaufmann erzählt hatte. Die Baschkiren wohnen in der Steppe, am Flusse, in Zelten aus Filz. Sie treiben keinen Ackerbau und essen kein Brot. In der Steppe weiden ihre Vieh- und Pferdeherden. Hinter den Zelten sind die Füllen angebunden, und zweimal am Tage treibt man die Stuten zu ihnen hin. Die Stuten werden gemolken, und aus der Milch wird Kumys bereitet. Die Weiber rühren den Kumys und machen daraus Käse; die Männer tun aber nichts als Kumys und Tee trinken, Hammelfleisch essen und Flöte blasen. Es sind lauter gesunde, lustige Leute, die den ganzen Sommer lang feiern. Das Volk ist ganz ungebildet, versteht kein Russisch, ist aber sehr freundlich.

Kaum hatten die Baschkiren Pachom erblickt, als sie alle aus ihren Zelten herauskamen und den Gast umringten. Unter ihnen fand sich auch ein Dolmetscher. Pachom ließ ihn den Leuten sagen, daß er des Landes wegen gekommen sei.

(Fortsetzung folgt.)

Die Spaltung der holländischen SP.

Wie kam es dazu?

Von Simon Aarse (Amsterdam).

Ostern tagte in Haarlem der Parteitag der holländischen Sozialdemokratischen Partei. Schon am ersten Tag entschied sich spät nachts um 1 Uhr das Schicksal der Opposition. Am Montag, dem 20. März, wurde die „Unabhängige Sozialistische Partei" gegründet und damit die Spaltung Wirklichkeit.

Diese Entscheidung kam aber nicht plötzlich. Schon seit längerer Zeit bestanden Differenzen, die zum Verständnis der Spaltung notwendig sind.

1925 zog sich der bedeutende Führer TROELSTRA aus dem politischen Leben zurück, der immer in Verbindung mit den Massen gestanden hatte. Seitdem stand die Partei sehr rechts und ziemlich scharf. Das zeigte sich am deutlichsten an der Stellungnahme zu Rußland. Die niederträchtigsten Artikel gegen Rußland fanden im Hauptorgan „Het Volk" stets eine gute Stelle.

Einige Genossen gründeten innerhalb der Partei einen „Sozialistenklub". In ihm wurde Gelegenheit gegeben, über sozialistische Fragen zu diskutieren. Anfang 1926 wurde eine kleine Zeitschrift „Eenheed" ins Leben gerufen.

Im September 1927 wurde eine Sektion der „Liga gegen den Imperialismus und koloniale Unterdrückung" gegründet, und von ihr ein Blatt, „Recht en Vrijheid", herausgegeben. In dieser Sektion arbeiteten neben Kommunisten auch linke Sozialdemokraten mit. Selbstverständlich wurde dies benutzt, um die Opposition zu verdächtigen, obwohl die rechten Führer der Partei jeder gründlichen Diskussion über Fragen der Taktik und der Politik auswichen. April 1928 wurde vom Parteivorstand die Organisationsfrage behandelt und ein Beschluß des Parteitages herbeigeführt, der die Mitgliedschaft in der Liga gegen den Imperialismus und die in der Sozialdemokratischen Partei für unvereinbar erklärte. Die Führer der Opposition standen auf dem Standpunkt, dort zu bleiben und zu propagieren, wo die Masse der bewußten Arbeiter ist. Daher beschlossen sie, mit ihren Anhängern die Liga zu verlassen und in der Sozialdemokratischen Partei zu bleiben. Die Zeitschrift „Recht en Vrijheid" verblieb in den Händen der Kommunisten.

Die Agitationsfreiheit in der Partei war sehr gering. Die Opposition bat um ein Diskussionsblatt. Das wurde verweigert. Daher schuf sie sich ein eigenes Blatt „De Sociaalist". In dieser gut geleiteten Zeitschrift propagierte man deutlich und offen den linken Sozialismus und verrichtete viel positive Arbeit. Ueber die wichtigsten Punkte wurde deutlich die Meinung der Opposition formuliert, nicht nur in Artikeln, sondern auch in Broschürenform. Es erschien sogar ein Buch von P. J. SCHMIDT: „Die koloniale Gefahr".

Die Redakteure von „Het Volk" reagierten nur in recht gehässiger Weise, und scheuten auch nicht vor Verdächtigungen und Verleumdungen zurück. Nur über die Schulfrage schien sich eine sachliche Diskussion anzuspinnen; aber in ihr mußte sich der Hauptschriftleiter jämmerlich zurückziehen.

Trotzdem gewann das kleine Wochenblatt „De Sociaalist" starken Einfluß. Als es eine Bezieherzahl von 2500 Lesern gewonnen hatte, stellte der Parteivorstand den Antrag, ein Diskussionsblatt zu schaffen. Die Opposition unterwarf sich dem zustimmenden Beschluß des Parteitags und opferte ihre wertvolle Zeitung. Der Opposition wurde zugestanden, daß der Hauptschriftleiter, ein Reformist, nicht das Recht habe, einen Artikel seines Inhalts wegen zurückzuweisen. Dennoch wurde die Aufnahme mehrerer guter und wichtiger Artikel von Oppositionellen verweigert, vor allem solche über den großen Textilarbeiterstreik in Ost-Holland, wo die Führer der Streikenden große Fehler machten (vergleiche den Bericht im „Funken" Nr. 24). Darauf traten die linken Redakteure zurück und gründeten eine linke Zeitschrift „De Fakkel", die innerhalb eines Monats eine Auflage von 7000 erreichte.

Der Einfluß der Linken war in einigen Großstädten und auf dem Lande stark. Mit allen Mitteln des großen, mächtigen Organisationsapparats wurde die Opposition bekämpft. Auf dem Haarlemer Parteitag stellte der Parteivorstand den Antrag, die Opposition sollte ihre eigene Zeitschrift aufgeben und sich nur des offiziellen Diskussionsblatts bedienen. Namens 99 Ortsvereinen wurde ein Vermittlungsvorschlag gemacht, den die Opposition annahm. Vom Parteivorstand wurde aber dieser Antrag bekämpft; der Vorstand wollte den wachsenden Einfluß der reformistengegnerischen Sozialisten ausschalten; er wußte sehr gut, daß die Opposition unter keinen Umständen ihr Diskussionsorgan „De Fakkel" aufgeben würde. Mehr als ein Fünftel der Delegierten, 406 gegen 1599, entschied sich für die Opposition.

Am Montag, dem 20. März, wurde die neue Partei gegründet. Ihrem Vorstand gehören einige der bekanntesten holländischen Arbeiterführer an. So verließ einer der Gründer der Sozialdemokratischen Partei, FRANK VAN DER GOES, mit der Opposition die alte Partei, weiter SCHMIDT und DE KADT. Außerdem sind im Vorstand der neuen Partei EDO FIMMEN, der Leiter des Internationalen Transportarbeiter-Verbandes, und R. STENHUIS, der ehemalige Vorsitzende des Holländischen Gewerkschaftsverbandes. Im ganzen Land wurden schon neue Ortsgruppen gegründet. Die Ortsgruppe Amsterdam zählt schon 700 Mitglieder. Pfingsten findet der erste Parteitag der neuen Partei statt. Man rechnet bis dahin mit 6000 Mitgliedern. Die alte Partei besitzt noch 77 000 Mitglieder.

Der Streit Noske — NS.

Severing legt Berufung ein.

h Berlin, 12. April.

Der Preußische Minister des Innern teilt durch den Amtlichen Preußischen Pressedienst mit:

„Nachdem die in dem Rechtsstreit des Verlages des ‚Niedersächsischen Beobachters' in Hannover gegen den dortigen Oberpräsidenten ergangene einstweilige Verfügung durch Urteil des Landgerichts in Hannover vom 9. April 1932 bestätigt worden ist, hat der Preußische Minister des Innern gegen dieses Urteil beim Oberlandesgericht in Celle Berufung einlegen lassen. Da es sich bei der Anordnung des Oberpräsidenten an die Regierungspräsidenten und Polizeibehörden, die Wahlpropaganda der ‚Niedersächsischen Tageszeitung' nach Maßgabe der Bestimmungen der Notverordnungen des Reichspräsidenten über Verbreitung von Flugblättern zu behandeln, zweifelsfrei um eine rein polizeiliche Maßnahme handelt, die nur im Verwaltungswege angefochten werden kann, aber nicht der Entscheidung durch die Zivilgerichte unterliegt, kann erwartet werden, daß die einstweilige Verfügung mit ihrer offensichtlich unhaltbaren Begründung alsbald wieder aufgehoben wird.

Ueberdies hat der Preußische Minister des Innern den Herrn Justizminister gebeten, zu prüfen, ob aus dem Inhalt der Begründung — unbeschadet der richterlichen Unabhängigkeit — sich Anlaß ergibt, im Rahmen der Dienstaufsicht gegen die an dem Zustandekommen der einstweiligen Verfügung beteiligten Richter einzuschreiten."

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, 12. April, um 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Neuer Lohnabbau. — Hitler-Gefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

Bezirk Wedding: Mittwoch, 13. April, um 20 Uhr, Gesellschaftshaus Isert, Maxstraße 12. Thema: Neuer Lohnabbau. — Hitler-Gefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir! — Freie Aussprache! Eintritt frei!

Braunschweig: Am Donnerstag, dem 14. April, 20.15 Uhr, im „Handelshof", Lessingplatz 5. Thema: Ist HINDENBURGS Sieg ein Bollwerk gegen den Faschismus?

Hamburg: Donnerstag, den 14. April, 20.15 Uhr, im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstraße 21. Thema: Zur Hamburger Bürgerschafts-Wahl.

Hannover: Mittwoch, den 13. April, 20.15 Uhr, im Städtischen Saalbau, Gartenallee 1. Thema: Heraus aus der Krise durch Arbeitsbeschaffung. Zum Krisenkongreß des ADGB.

Hannover-Münden: Freitag, den 15. April, um 20.30 Uhr, spricht im Saale des „Volkshauses" CHIYIN CHEN aus Schanghai über das Thema: Die Lage in China und die Aufgaben des europäischen Proletariats. — Freie Aussprache. Eintritt 10 Pf.

Köln: Freitag, den 15. April, 20.15 Uhr, im Kolonialhaus, Aachener Straße 5. Thema: Die Wahlen. Parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen. Redner: MARIA HODANN (Berlin).

Witten: Mittwoch, den 13. April, um 19.30 Uhr, spricht CHIYIN CHEN, aus Schanghai, in einer öffentlichen Versammlung im großen Saal der Wirtschaft Burchholz, Winkelstr., über das Thema: Sturm über Asien. Was geht in China vor?

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Eisenach.

Donnerstag, den 14. April, 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN im Saale der Clemder über:

„Die Lage in China und das europäische Proletariat"

Freie Aussprache. Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Zur Einsichtnahme in den Religionsunterricht.

Besprechung der Lehrer mit dem Ministerium.

h Berlin, 11. April.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat über die Regelung der Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht die geplante Aussprache mit Vertretern der Lehrerverbände am 8. April im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst- und Volksbildung stattgefunden. Die grundsätzlichen Fragen und technischen Einzelheiten wurden mit den Vertretern der Lehrerverbände eingehend erörtert. Von Vertretern einiger Verbände wurde dabei der Wunsch geäußert, die Probleme in unmittelbarer Aussprache mit Vertretern der Kirche noch einmal zu erörtern. Der Minister hat zu einer solchen Aussprache auf den 19. April eingeladen.

Ueber den Inhalt der Besprechungen schweigen sich die Teilnehmer aus!

Die Bezirksverbände des „Preußischen Lehrervereins" benutzten ihre Ostertagungen, um gegen die Einsichtnahme der Kirche in den Religionsunterricht zu protestieren. Es wurden Anträge angenommen, die diesen Willen der Mitglieder zum Ausdruck bringen. Solche Anträge wurden nach Meldungen der Lehrerpresse gefaßt in Emden vom Bezirkslehrerverein Ostfriesland, in Marienburg vom Lehrerverband Westpreußen, in Peine vom Bezirkslehrerverein Hildesheim, in Uelzen vom Bezirkslehrerverein Lüneburg und in Hannover vom Bezirkslehrerverein Hannover. Die letzte der genannten Resolutionen verdient besondere Erwähnung, weil sie auf eine anläßlich des KEUDELLschen Schulgesetzentwurfes stattgefundene Umfrage hinweist, der zu Folge 76 Prozent der Lehrer des Bezirks bereit waren, den Religionsunterricht niederzulegen, wenn die kirchliche Einsichtnahme in den Religionsunterricht kommen sollte.

Die Vulkanausbrüche in Chile.

Der Ausbruch der riesigen acht Vulkane, die für erloschen galten, droht zu einer gewaltigen Katastrophe zu werden. Der Aschenregen dauert unvermindert fort und breitet sich über weite Strecken von Chile und Argentinien aus. Am meisten betroffen ist die Provinz Mendoza, durch die die Bahnlinie von Santiago nach Buenos Aires führt. Die Erde weist tiefe Risse auf, die in der Stadt Malargue die Häuser bedrohen. Aus einzelnen Bergen schlagen schon Flammen aus.

Die Regierung tut alles, die Einwohner abzutransportieren, da die schwefligen Gase, die aus den Vulkanen aufsteigen, die Luft bis zum Ersticken vergiften. Etwa 80 000 Menschen sind in Gefahr; die Züge, die mit Flüchtlingen überfüllt sind, können z. T. durch die Asche nicht mehr hindurch, die die Geleise überlagert.

Die ganze Bevölkerung, die anfangs dem großen Schauspiel der rauchenden Bergriesen mit Staunen und Bewunderung zusah, ist nunmehr von Angst erfüllt. Diese Furcht ist berechtigt. Erdbeben und Vulkanausbrüche vermögen in wenigen Minuten Tausende von Menschenleben zu vernichten, weniger unmittelbar durch die Erschütterungen und Lavamassen selber als durch den Einsturz der Häusermauern, der bereits bei Stößen von Sekundendauer erfolgen kann. Dazu tritt die Dunkelheit, die durch das Auftreten der dichten Aschenwolken verursacht wird, das Getöse der Eruptionen und die Panik, die durch das Unberechenbare solcher elementaren Naturereignisse ausgelöst wird.

Es liegen noch keine Meldungen aus den Erdbebenstationen vor, die über die Ursachen dieser plötzlichen Vulkantätigkeit Mutmaßungen aufstellen. Wahrscheinlich wird es sich um neue Schollenbewegungen handeln, bei denen die kontinentale Masse Südamerikas gegenüber dem absinkenden Becken des Pazifischen Ozeans unter einen ungeheuren Seitendruck gerät, der die in der Erdkruste gelagerten glutflüssigen Lava-(Magma-)Nester zum Explodieren bringt. Die ganze Westküste Südamerikas südlich von Peru verläuft am Rande einer alten Bruchspalte, an der der heutige Meeresboden in die Tiefe gesunken ist, während die Landscholle steil aufgerichtet wurde bis zu den Höhen der Kordilleren, auf denen die aufgesetzten Vulkane bis zu 7000 m emporragen.

Der Transport der Aschenmengen durch west-östliche Luftströme hat bereits die Frage angeregt, ob die Aschenmengen nach Europa gelangen könnten. Der Astronom HARTMANN vom Laplata-Observatorium hat geäußert, daß die Aschenwolken Europa in 48 Stunden erreichen könnten.

Es ist bekannt, daß Aschenmengen, wenn sie in große Höhen gelangen, Tausende von Kilometer weit getragen werden, wie z. B. die Massen, die im Jahre 1883 bei der Zerstörung der Vulkaninsel Krakatau in der Sundasee emporgeschleudert wurden und viele Monate später an klaren Abenden als leuchtende Wolken beobachtet werden konnten.

Daß aber die Asche nach Wanderungen von Tausenden von Kilometern noch als Regen die Erde erreicht, ist bisher noch nie festgestellt worden. Es spricht auch alles dafür, daß dies nicht geschieht. Denn wenn die Aschenschichten nicht schnell in sehr große Höhen geschleudert werden, wo sie in den Umschwung der Luftmassen hineingerissen werden, so werden die Ascheteilchen in den niedrigeren feuchten Luftschichten rasch von Wassertropfen umgeben und fallen dann infolge ihrer Schwere zu Boden. Der Aschenfall an der Ostküste Südamerikas hat bereits eingesetzt.

M. S.

*

r Buenos Aires, 13. April.

Die Eruptionen haben plötzlich nachgelassen, der Aschenregen hat abgenommen — nach der Ansicht der Erdbebenforscher in Buenos Aires ein Anlaß, mit verstärkter Tätigkeit der Vulkane und erneuten Beben zu rechnen.

Es ist bisher nur einem Flieger gelungen, das Vulkangebiet zu überfliegen. Zwei Vulkane sind in voller Tätigkeit; in kurzen Zwischenzeiten schießen ungeheure Stichflammen aus dem Krater heraus, zentnerschwere Felsblöcke werden herausgeschleudert.

Der Lavastrom hat eine Länge von etwa 100 Kilometer (Berlin—Dessau) erreicht. Die Andendörfer sind von der Umwelt abgeschnitten. Die größte Gefahr besteht zur Zeit in der Vergiftung durch die schwefligen Gase, die überall aus der Erde dringen. Da die Vulkane in einer von Menschen nicht bewohnten Höhe liegen, wurden bisher Ortschaften nicht zerstört; aber große Gefahr besteht für die Viehherden, von deren Schicksal man nichts weiß; das Wasser ist untrinkbar geworden.

Die Landschaft hat bis weit nach Argentinien hinein ein totes Aussehen angenommen. Die Rettungsversuche sind erschwert durch die Gaswolken, die ein Vordringen nach der am meisten gefährdeten Stadt Malargue erschweren.

35 000 Portionen königstreuer Gesinnung.

„Am Montag mittag", so melden die „Münchner Neuesten Nachrichten" vom 6. April, „zur Zeit der Essenausgabe, besuchte Kronprinz RUPPRECHT die Schützlinge der PATRONA BAVARIAE (der Beschützerin Bayerns: MARIA) im Marstallgebäude. In schlichter Weise richtete er das Wort an viele der Mithelfer am großen Hilfswerk des Heimat- und Königsbundes, dem täglich um so mehr Bedürftige zuströmen, als viele andere öffentliche Speiseanstalten mit dem Beginn des Frühjahres ihre Pforten geschlossen haben. Als der Kronprinz auf seinem Rundgang am Altar der PATRONA vorbeischritt, ertönte spontan die Königshymne. Die Speisung, die unter dem Protektorat des Heimat- und Königsbundes Spenden aus allen Kreisen der Bevölkerung empfängt, konnte bisher rund 35 000 Portionen umsonst an Bedürftige verteilen. Die tägliche Zahl der Mittagsgäste beträgt 500, aber zur Zeit sind es über 600, so daß noch viele warten, bis sie in den Kreis der Versorgten aufgenommen werden können. . . . Die frische, selbstverständliche Art, mit der sich eine Anzahl Damen der Gesellschaft in den Arbeitsdienst teilen, läßt keinerlei Gefühl der Bedrückung aufkommen. . . ."

Streik in Spanien.

p **Madrid**, 12. April.

In Granada erklärten die syndikalistischen Gewerkschaften zwecks Durchsetzung ihrer Forderung des Sechsstundentages den Generalstreik und verübten zahlreiche Sabotageakte. So warfen Streikende an verschiedenen Stellen der Stadt sieben Bomben. Ferner rissen sie Gasleitungen auf und zündeten das ausströmende Gas an Die Polizei wurde verstärkt und nahm umfangreiche Abwehrmaßnahmen auf.

In Valencia, Barcelona und Castellon streiken die Elektrizitätsarbeiter. Der Betrieb wird durch Militär- und Marineabteilungen aufrechterhalten. Da eine weitere Ausbreitung des Streiks befürchtet wird, sind allerorts Vorsichtsmaßnahmen in Vorbereitung.

Streik in Rumänien.

n **Bukarest**, 12. April.

Die gesamte Belegschaft der Resicawerke des größten rumänischen Industriebetriebes ist in den Streik getreten. Sie hat seit drei Monaten keinerlei Bezahlung erhalten. Schlichtungsverhandlungen sind eingeleitet worden.

Ein Lohndruck-Dokument.

Ein unerhörtes Lohndruck-Ansinnen stellt die Schuhfabrik Münster AG. an ihre Arbeiter. Sie läßt sich den folgenden Revers unterschreiben:

„Ich anerkenne hiermit, daß mir bei Einstellung erklärt worden ist, daß für die von mir angenommene Arbeit ein Arbeitnehmer in der Altersklasse von . . . bis . . . Jahren vorgesehen war und die Bezahlung demgemäß nur zu dem für diese Altersklasse festgesetzten Lohn erfolgt.

Ich erkläre mich bereit, ohne jemals Nachforderungsansprüche gegenüber der Schuhfabrik Münster AG., Münster, Dr. Dieburg, zu stellen, diese Arbeit, obwohl ich älter bin, zu dem Lohn der vorgesehenen Altersklasse auszuführen. Mit dem jeweils zur Auszahlung gelangenden Lohn erkläre ich meine Ansprüche als abgegolten.

Ich anerkenne gleichzeitig, daß ich mich für die Zeit von 10 Wochen bereiterklärt habe, als Anlern-Lohn 75 Prozent des Effektivlohnes und in den nachfolgenden vier Wochen 90 Prozent des Effektivlohnes zu erhalten.

Ferner wird beiderseits eintägige Kündigungsfrist vereinbart."

Dazu soll der Herr Betriebsleiter noch erklärt haben, daß Mitglieder einer Berufsorganisation nicht eingestellt werden.

Der Schuhmacher-Verband kündigt deshalb gerichtliches Vorgehen gegen die Maßnahmen der genannten Firma an. Wir teilen seine Ansicht, wenn er schreibt:

„Der Tarifvertrag hat Wirkung und Durchschlagskraft für das ganze Reich. Das Recht ist auf seiten der Arbeiter. Es ist nun notwendig, daß sich alle Arbeiter besinnen; daß sie zusammenhalten und sich geschlossen dem Verbande anschließen."

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Der bereits Ende vorigen Jahres vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes gefaßte Beschluß, eine internationale Gewerkschaftskonferenz einzuberufen, ist auf der Mitte März in Bern veranstalteten Ausschußsitzung einstimmig angenommen worden. Die Konferenz soll dazu dienen, den Beschlüssen des IGB zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise in möglichst vielen der einzelnen Länder Geltung zu verschaffen.

Die Konferenz findet am 16. und 17. April in Genf statt. Soweit bis jetzt feststeht, werden viele, auch dem IGB bisher nicht angeschlossene Ländergewerkschaften ihre Delegationen nach Genf senden. Leider ist es nicht gelungen, auch den amerikanischen Gewerkschaftsbund zur Teilnahme zu veranlassen, dem der IGB immer „zu sozialistisch" war.

Millionen-Defizit
im Berliner Haushalt.

h **Berlin**, 12. April.

Der Finanzbericht der Stadt Berlin vom 31. März weist einen ungedeckten Fehlbetrag von rund 98,5 Millionen Mark aus. Er ist vorwiegend auf den Rückgang der Steuereinnahmen und der Reichs- und Landessteuerüberweisungen und auf die seit dem 31. März 1931 fast auf das Doppelte gestiegenen Wohlfahrtslasten zurückzuführen.

Berliner Wohlfahrtserwerbslose.

h **Berlin**, 12. April.

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Berlin, von Erwerbslosen also, die ausschließlich von den Gemeinden erhalten werden, ist im März 1932 wieder gestiegen. Sie betrug Ende März 1932 (ohne Notstandsarbeiter) 263 813 gegenüber 251 256 am Ende des Vormonats. Sie hat demnach um 5 Prozent zugenommen.

Die Leitung des Antikriegsmuseums bittet uns um Aufnahme folgender Ankündigung:

Einen mexikanischen Volksabend veranstaltet das Antikriegsmuseum, Parochialstr. 29, in seinen Räumen, am Freitag, dem 15. April, abends 8 Uhr. Der mexikanische Dichter B. Traven hat der Büchergilde Gutenberg original mexikanische Schallplatten zur Verfügung gestellt, die vorgeführt werden und zu denen Erich Knauf verbindende Worte spricht. Ernst Friedrich spricht mexikanische Novellen.

Rundfunksendungen,
die wir zur Beachtung empfehlen.

Donnerstag, den 14. April.

Berlin:
15.20 Hörbericht aus der ländlichen Siedlung „Bärenklau" bei Velten (Siedlung Oppenheimers).
22.30 „Rufen Sie Herrn Plim!" Operngroteske. (Auch Wien).

Wien:
21.00 Wilhelm Busch-Abend.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):
20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

Der Mensch in gesunden und kranken Tagen.
Eine Ausstellung des Deutschen Hygiene-Museums in Berlin.

Im Europahaus, am Anhalter Bahnhof, ist heute die Wanderausstellung des Dresdner Hygienemuseums, „Der Mensch in gesunden und kranken Tagen", eröffnet worden, nachdem gestern eine Sonderführung für Vertreter der Presse stattgefunden hatte. Diese reichhaltige und schöne Ausstellung ist bereits in vielen Städten Europas gezeigt worden; 22 Millionen Menschen haben sie bisher besucht. Sie ist für Berlin noch einmal besonders überarbeitet und verbessert worden. Sie ist in drei große Abteilungen gegliedert; die erste zeigt den gesunden Menschen und seine Funktionen, dargestellt in Modellen, Plastiken, Präparaten aller Art, die in erstaunlich einfacher und anschaulicher Art, unter Zuhilfenahme nur wenig erläuternden Textes, das Wesentliche zu vermitteln. Besonders schön ist hier die Abteilung „Der durchsichtige Mensch". Nach einem besonderen Verfahren sind natürliche menschliche Organe durchscheinend gemacht worden, so daß man in das Innere des Körpers hineinsehen und den Aufbau der verschiedenen Organe erkennen kann. Die zweite Hauptabteilung führt die Gefahren vor, die dem gesunden Körper drohen in Gestalt der wichtigsten Krankheiten, und die dritte, die Abteilung „Gesundheitspflege", zeigt die Maßnahmen, die den Körper gesund erhalten und ihn vor Gefahren schützen nach dem Motto: Vorbeugen ist besser als Heilen. Die Pflege des Säuglings, des Kleinkindes, des Schulkindes, die tägliche Gesundheitspflege der Erwachsenen (bis zum richtigen Waschen und Rasieren!) und die Hygiene des arbeitenden Menschen werden dargestellt.

Am Eingang der Ausstellung ist in einer Reihe von Bildern das Verhältnis von Aberglauben und Gesundheit dargestellt, Bilder aus den verschiedenen Völkern und den verschiedenen Jahrhunderten geben einen Eindruck von den vielerlei mytischen und kultischen Formen, in denen der Aberglaube ausgedrückt wurde, der den Menschen Hoffnung auf Erhaltung seiner Gesundheit oder auf Bekämpfung von Krankheit und Siechtum gab. Die wissenschaftliche Medizin und Hygiene konnten erst festen Boden fassen, nachdem die Naturwissenschaft ihren Siegeszug antrat; aber noch heute ragen viele Reste aus altem Aberglauben in unsere Zeit hinein und bilden gerade in der Arbeiterschaft ein Hindernis für eine vernünftige hygienische Volksbelehrung sowie für ein gesundheitsgemäßes Verhalten der Menschen. Ja, es entstehen noch neue Formen medizinischen Aberglaubens (wie zum Beispiel die weitverbreitete Weißenberg-Sekte!). Diese Ausstellung kann ein wirksames Instrument sein, um weite Kreise der Bevölkerung (Kinder, Jugendliche und Erwachsene) gesundheitlich aufzuklären. Sie ist gleichzeitig — ohne daß dies ausdrücklich betont wird — eine Anklage gegen die heutige Gesellschaft, die es fast überall an den gesunden Lebensbedingungen fehlen läßt, die man hier als notwendig erkennt.

Es ist ihr der gleiche Erfolg zu wünschen, den die Krebsausstellung am gleichen Ort im Februar-März gehabt hat.

Die Ausstellung ist täglich von 10—20 Uhr geöffnet. Der Eintritt kostet 50 Pf., für Krankenkassen und Vereine 30 Pf., für Erwerbslose 20 Pf. pro Person.

Maria Hodann.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

.....

Name Ort

.....

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

iSK

7. JAHRGANG 4. HEFT APRIL 1932

INHALT:

Völkerverständigung:

GRETE HERMANN:
Der Völkerbund.

MINNA SPECHT:
Briand.
Aussprüche Briands.

★

FRITZ GROB:
Gegen die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.

★

WILLI EICHLER:
Arbeiterschaft und Wahlen.
Die Reichspräsidentenwahl
Die Landtagswahlen in Deutschland

★

Zum Nachdenken:
Die katholische Presse der Vereinigten Staaten.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG
Sonnenblumen-Oel
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.
5-kg-Kanne 5.50 RM ab hier
Kanne 1,— RM Pfand.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O, v. Guerickestr. 104.

Elegante und praktische
Herren- und Damenkleidung
nach Maß fertigt sauber und billig an
RUDOLF SCHÖNHEIT
Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig.
Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 104, H. r. 1

BUROBEDARFSARTIKEL
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcastraße 8.
Telephon: 25 53 42

Sprechapparate
Koffer ☐ Schatullen ☐ Schränke
Schallplatten
für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen
Otto Pfotenhauer
Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Geinhausen

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Von der Kunst, zu philosophieren.
Von Leonard Nelson.

35 Seiten. Geheftet 0,45 Mark.

Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:
„Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft."

„Wie alle Arbeiten Nelsons zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorübergehen."
„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau" Nr. 41.

„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter.
Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen ‚Professorenweisheiten', sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt."
„Der Funke" Nr. 86.

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Wer bezahlt die Sanierung der englischen Baumwollindustrie?

Abhängigkeit vom Export.

Die Lage in der englischen Baumwollindustrie hängt fast völlig von der Möglichkeit ab, Baumwollwaren auszuführen. Im Jahre 1930 wurden 82 Prozent der erzeugten Baumwollwaren ausgeführt, davon der größte Teil in fertig gewebtem Zustande.

Seit dem Krieg ist die Ausfuhr von Baumwollwaren aus England ständig zurückgegangen. Seit Beginn der Wirtschaftskrise Ende 1929 und des Boykotts englischer Waren in Indien, der im Frühling 1930 einsetzte, hat sich dieser Rückgang sehr verschärft. Den nachstehenden Zahlen über den Wert der englischen Ausfuhr von Baumwollgeweben fügen wir die Durchschnittserlöse pro Quadratyard (1 Yard = 0,9 Meter) bei, um zu zeigen, daß die wertmäßige Abnahme der Ausfuhr zum größten Teil auf den Rückgang der Ausfuhr*mengen*, und nicht auf *Preissenkungen* zurückzuführen ist.

Jahr	Ausfuhr in Mill. Pfund	Erlös pro Quadratyard in Pence
1913	97,8	—
1924	153,4	8,28
1929	99,3	6,47
1930	61,3	6,11
1931	37,3	5,22

Nach der Pfundentwertung.

Eine Besserung der Lage in der englischen Baumwollindustrie zeigte sich zum erstenmal seit dem Kriege nach Aufgabe der Goldwährung in England.

Der Prozentsatz der Erwerbslosen in den baumwollverarbeitenden Industrien ist seit dem Kriege sehr in die Höhe gegangen. Er betrug

1913	1,7 %
1924	13,7 %
1928	12,0 %
1929	13,2 %
1930	37,1 %
1931	38,4 %
Sept. 1931	44,7 %
Dez. 1931	27,4 %

Der Rückgang des Prozentsatzes der erwerbslosen Baumwollarbeiter nach Aufgabe der Goldwährung ist nicht völlig der Belebung der Industrie zuzuschreiben. Im Herbst trat auch das neue Arbeitslosenversicherungs-Gesetz (Anomalies Act) in Kraft, durch das vielen Arbeitern die Versicherungsleistungen entzogen wurden, die daraufhin nicht mehr alle in der offiziellen Arbeitslosen-Statistik erscheinen. Immerhin ist aber die Zahl der Baumwollarbeiter, die nach Aufgabe der Goldwährung wieder beschäftigt wurden, beträchtlich.

Zu viel Spindeln und Webstühle.

Während die Produktion von Baumwollwaren stark zurückgegangen ist, hat sich die Größe des Produktionsapparates seit 1913 nur wenig verändert. Der Vorsitzende der Cotton Spinners' and Manufacturers' Association, eines der Unternehmerverbände der englischen Baumwollindustrie, hat hierüber kürzlich einige interessante Mitteilungen gemacht:

„In den Spinnereien waren vor dem Kriege 55 Millionen Spindeln vorhanden. Heute sind es gerade über 54 Millionen. Vom Höhepunkt bis jetzt ist die Produktion der Spinnereien um nicht viel mehr als 2 oder 3 Prozent zurückgegangen; und doch hätten 1930 etwa 30 Millionen Spindeln (und Anfang 1931 noch weniger) bei voller Arbeitszeit das gesamte produzierte Garn erzeugen können. 11,5 Millionen Spindeln standen ungenutzt in stillgelegten Werken . . . und der größte Teil des Rests arbeitete zu weniger als 60 Prozent der Kapazität.

. . . In den Webereien waren zur Zeit unserer Untersuchung 150 000 Webstühle ungenutzt in stillgelegten Werken. Es gab im ganzen 680 000 Webstühle: 380 000 hätten das ganze Tuch, das im Jahre 1930 gewoben worden ist, fertigstellen können. . . .

Wenn wir eine Rückkehr zu normaleren Zuständen in der Welt erwarten, was für eine Produktionsmenge können wir dann für die nächsten zwei oder drei Jahre erwarten? . . . Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß es nicht übermäßig optimistisch ist, einen Handel zu erhoffen, der die Produktion von etwa 4,5 Millionen Yard Tuch und 1,2 Milliarden Pfund Garn sichert. . . . Wenn es möglich wäre, dieses Tuch zu weben und dieses Garn zu spinnen in Fabriken, die voll arbeiten, so würden 40 Millionen Spindeln und 500 000 Webstühle für diese Produktion völlig hinreichen."

Der „schmerzlose Weg".

Was soll geschehen, um die überflüssigen Maschinen zu beseitigen?

An Plänen hierfür fehlt es nicht. Schon vor zwei Jahren wurde der Anfang zur Reorganisierung der englischen Baumwollindustrie gemacht. Ein Prinzip geht durch alle Pläne, die angenommen sind oder noch zur Diskussion stehen: Bankerotte müssen vermieden werden! Der „schmerzlose" Weg soll begangen werden!

Der Schlepper durch die Krise.

Vor zwei Jahren ist der erste Plan verwirklicht worden. Die Lancashire Cotton Corporation (LCC) ist gegründet worden zur Vereinigung von zumeist eigentlich bankerotten Spinnereien. Sie gehört heute zu den größten Gesellschaften in der englischen Baumwollindustrie.

Wie konnte ein solches Gebilde zustande kommen? Die Dinge liegen so: Die meisten der Spinnereien, die in der LCC vereinigt sind, sind so stark an die Banken verschuldet, daß diese praktisch über sie bestimmen können. Um nicht alles zu verlieren, lag den Banken nun daran, diese Fabriken irgendwie, unter Vermeidung des offenen Bankerotts, durch die Krise zu schleppen. Die LCC dient als Schlepper. Viele der in ihr vereinigten Werke sind stillgelegt worden; einige davon konnten nach der Aufgabe der Goldwährung wieder aufgemacht werden.

Die LCC hat also nicht zur Vernichtung der überflüssigen Produktionskapazität geführt, sondern sie nur, in Erwartung besserer Zeiten, bei Seite gestellt.

Konsumenten sollen die überflüssigen Maschinen bezahlen.

Da auch in besseren Zeiten nicht der ganze Produktionsapparat ausgenutzt werden kann, sieht man sich nun nach einem Weg um, sich der überflüssigen Maschinen zu entledigen, wohlverstanden nicht auf dem Wege des Bankerotts!

Der neue Plan, der jetzt zur Diskussion steht, sieht die Einführung eines Umlagesystems vor. Für jede Spindel und jeden Webstuhl, der sich in Betrieb befindet, soll eine bestimmte Summe in einen Fonds gezahlt werden. Dieser Fonds soll dann zum Ankauf unwirtschaftlicher Maschinen benutzt werden.

Also: die englischen Verbraucher (denn auf die Exportpreise können ja wegen der Konkurrenz auf dem Weltmarkt keine Aufschläge gemacht werden) müssen mehr für ihre Baumwollwaren zahlen, damit Unternehmer ihre völlig überflüssigen Maschinen, für die sie ohne dieses System wohl überhaupt keine Käufer finden würden, einen Preis erhalten, der jedenfalls den augenblicklichen Wert der Maschinen übersteigt.

Wer hat Interesse an diesem Plan?

Die *Banken*, bei denen unrentable Baumwollfabriken verschuldet sind, können bei Einführung des Umlagesystems ihre Forderungen ganz oder teilweise eintreiben. Sie sind also an dem Plan interessiert.

Den *Besitzern unrentabler Baumwollfabriken* wird durch den Plan die Möglichkeit geboten, sich ohne Bankerott ihrer Maschinen zu entledigen. Auch sie sind also an dem Plan interessiert.

Die *Besitzer rentabler Baumwollfabriken* werden einen Teil ihrer Konkurrenz los. Der Plan liegt darum auch in ihrem Interesse. Allerdings müssen sie die Umlage bezahlen. Da sie aber die Umlage auf die einheimischen Verbraucher abwälzen können, weil alle anderen Fabriken die gleiche Umlage zahlen müssen, können sie mit dem Plan einverstanden sein.

Wir sehen also: Der Plan liegt völlig im Interesse der englischen Kapitalisten. Er geht auf Kosten der Massen der Konsumenten.

•

Und die Gewerkschaftsführer?

Welches ist die Stellung der Gewerkschaftsführer zu diesem Plan? Sie sind von seinem planwirtschaftlichen Charakter bestochen und haben daher sogar mitgeholfen, ihn auszuarbeiten. Sie sind weit eifrigere Verfechter des Plans, als die Kapitalisten selber. Auch Linksstehende setzen sich eifrig dafür ein. Sie glauben, daß der Plan zur Wiederbelebung der Baumwollindustrie führen wird und damit zur Beschäftigung einer größeren Anzahl von Arbeitern. Sie sehen nicht, daß die Umlage in Wirklichkeit von den Verbrauchern, also vor allem den Arbeitern selber bezahlt wird, daß deren Kaufkraft dadurch weiter geschwächt und infolgedessen die Arbeitslosigkeit eher noch gesteigert wird.

Die Gewerkschaftsführer glauben, daß der Plan die Ausmerzung „unwirtschaftlicher" Konkurrenz zur Folge haben wird, anstatt zu sehen, daß die Unternehmer die größere Einigkeit nur dazu benutzen werden, noch schärfere Angriffe auf die Löhne der Arbeiter vorzunehmen.

Hilde Meisel.

Folgen der Subventionspolitik.

In Dessau haben die Gläubiger der JUNKERS-Werke einen Schutzverband gebildet, der etwa 275 Dessauer Gläubiger mit rund 630 000 Mark Forderungen vertritt. Dazu kommen noch etwa 400 000 Mark rückständige Löhne und Gehälter. Dessauer Einwohner haben also insgesamt 1 Million Mark zu fordern. Die Dessauer Gläubiger wollen beim Reichsverkehrsminister durchdrücken, daß ihre Forderungen sämtlich vorweg befriedigt werden. Sie geben dafür die zeitgemäße Begründung: Wir haben deshalb den JUNKERS-Werken Kredit gegeben, weil wir glaubten, JUNKERS werde vom Reich gestützt werden!

•

Kürzlich lasen wir im Geschäftsbericht einer Genossenschaftsbank, das Reich habe einen „befriedigenden Zuschuß" gezahlt. Nicht das befriedigt heute die Genossen und zeugt in ihren Augen von Tüchtigkeit ihrer Direktoren, daß diese sparsam wirtschaften und vorsichtig handeln, sondern daß sie „befriedigende Zuschüsse" erbetteln oder erkämpfen.

Weitgehend gilt: Wenn Subventionen in Aussicht stehen, konkurrieren die Unternehmungen nicht mehr um Kunden, sondern um Subventionen.

—t.

Konsumgenossenschaften und freier Wettbewerb.

Verschiedene Länderregierungen regten beim Reichswirtschaftsrat einen Konzessionszwang für Großbetriebe des Einzelhandels und auch für Konsumvereine an. Natürlich haben sich die Konsumgenossenschaften gegen diesen Plan gewandt. Sie betonten dabei den Grundsatz des freien Wettbewerbs. Das veranlaßte ihre Gegner, ihnen vorzuwerfen, die Konsumgenossenschaften verfolgten privatkapitalistische Absichten im Gegensatz zu ihren planwirtschaftlichen Grundsätzen.

Gegen diesen Vorwurf verteidigt sich jetzt das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt" Nr. 5, von Mitte März. Es heißt dort: „Die Konsumgenossenschaften fördern die Einsicht derer, die neu zu ihnen kommen; denn sie wissen, daß der Ausbau einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsverfassung nur dann Sinn hat, wenn sie wirklich besser und leistungsfähiger ist. Das kann sich aber nur zeigen, wenn der Staat jeder Wirtschaftsform das gleiche Recht für ihre Entfaltung einräumt und niemand durch Konzessionszwang oder ähnliche Willkürmaßnahmen Hindernisse in den Weg legt. Das ist der Grund, warum die Konsumvereine am freien Wettbewerb interessiert sind."

•

Uns scheint: Die Konsumgenossenschaften *haben* noch nicht bewiesen, daß sie dem freien Handel überlegen sind. Sonst wäre ja überhaupt nicht zu verstehen, daß Arbeiterfrauen noch an anderen Stellen Einkäufe machen.

Die Ueberlegenheit der Planwirtschaft *können* sie innerhalb der Marktwirtschaft überhaupt nicht beweisen. Denn wer weiß, wie es in den deutschen Konsumvereinen aussähe, wenn neben ihnen keine Konkurrenz stände?

Die Aufgabe, die die Konsumgenossenschaften heute erfüllen können, ist: im freien Wettbewerb die Preise für diejenigen Waren so weit wie möglich zu senken, die Arbeiter und Angestellte vor allem kaufen. In gewissem Maße erfüllen die Konsumgenossenschaften diese Aufgabe; inwieweit, das ist örtlich sehr verschieden. Aber wohl überall könnte in dieser Richtung noch weit mehr geschehen.

H. H.

Zurück zum Naturaltausch.

Tabak gegen Eisen.

Die bulgarische Eisenbahn-Direktion hatte eine Lieferung auf 20 000 Tonnen Eisenbahn-Material ausgeschrieben. Die Königslaurahütte (Polen) hatte das billigste Angebot abgegeben. Der Zuschlag ist ihr erst erteilt worden, nachdem Polen sich zu folgendem Tauschgeschäft bereiterklärt hatte: Polen nimmt im Gegenwert von 16 000 Tonnen Eisen der bulgarischen Agrarbank teure Tabake ab, die diese den verschuldeten bulgarischen Tabakorganisationen abgekauft hat.

Südfrüchte gegen Maschinen.

Die russischen Handelsorganisationen planen, russische Südfrüchte nach Deutschland einzuführen, um so deutsche Maschinenlieferungen nach Rußland zu bezahlen.

FRANKREICH

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen: Seit mehreren Wochen verhandeln Vertreter Deutschlands und Frankreichs, um einen gewissen [illegible] daß Deutschland gegen die französischen Einfuhrkontingentierungen keinen Widerspruch erhebt. Von deutscher Seite wurde gefordert: Frankreichs Verzicht auf eine Reihe deutscher Zollbindungen und Zollermäßigungen, die für die deutsche Industrie „unbequem" sind. Ferner: endgültige Begrenzung der Liste derjenigen Waren, die Gegenstand der Kontingentierungen sein sollten. Außerdem: Zusage Frankreichs, keine Kontingentierungen vorzunehmen ohne vorherige Fühlungnahme mit den in Frage kommenden deutschen Industriekreisen. Die Verhandlungen sind völlig ergebnislos verlaufen.

Avi-Rückvergütungen auch in Frankreich? Zwischen Vertretern der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie Frankreichs werden in Kürze Besprechungen stattfinden, in denen die Einführung von Exportrückvergütungen nach deutschem Muster erörtert werden soll. — Ueberall dasselbe: Der französische Inlandsmarkt ist zollgeschützt; darunter leidet die exportierende eisenverarbeitende Industrie. Ihre Exporterlöse gehen immer weiter zurück. Anstatt die Schwierigkeiten durch Wiederherstellung der freien Konkurrenz zu beheben, werden weitere Kartellvereinbarungen getroffen!

ENGLAND

Zollerhöhungen in Aussicht: Nach englischen Zeitungsmeldungen befürwortet die Zolltarifkommission die Erhöhung des Einheitszolles von 10 Prozent des Wertes der eingeführten Waren auf

20 Prozent . . . für halbfertige Waren
30 Prozent . . . für Fertigerzeugnisse
33⅓ Prozent . . für Eisen- und Stahlhalbzeug.

Die erhebliche Erhöhung des Zollschutzes für die Eisen- und Stahlindustrie wird angeblich vorläufig nur für 6 Monate empfohlen. — Behaupten die englischen Freihändler immer noch, der Schutzzoll sei eine vorübergehende Episode?

DEUTSCHLAND

Stillhalteabkommen für kurzfristige öffentliche Auslandsschulden: Am 9. April sind die Verhandlungen zwischen 8 Ländern, 22 Gemeinden und 3 Gemeindeverbänden einerseits und ihren Auslandsgläubigern andererseits abgeschlossen worden. Ergebnis: Die kurzfristigen Schulden in Höhe von rund einer Viertel Milliarde Mark werden grundsätzlich bis zum 15. März 1933 gestundet. Baldige Teilrückzahlung von 10 Prozent. Zinssatz zur Zeit 6 Prozent. — Bisher lag der Durchschnittszinssatz bei 9 Prozent. Die Belastung der Devisenbilanz durch Zinszahlungen wird also verringert. Dafür werden jedoch bald 25 Millionen Mark Tilgungsrate in Devisen umgewandelt werden müssen.

Der *Kohlenabsatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats* ist gefallen von 155 000 Tonnen arbeitstäglich im Februar auf 152 000 Tonnen im März. Der arbeitstägliche Absatz in das bestrittene Gebiet ist dabei gestiegen von 68 000 Tonnen im Februar auf 69 000 Tonnen im März. — Eine für die Ruhrkohlenherren, die weitergehenden Schutz im „bestrittenen Gebiet" (z. B. durch schärfere Einfuhrkontingentierung) verlangen, peinliche Statistik!